

Nummer 52 | Februar März 2024



der Kranich Iodis

das Magazin für ein neues Sozialmodell von Attac Italien

EUROPA:
a che punto
è la notte?



Folgen Sie
uns auf:





*immer deutlicher: Destination Extinction.
Globale Erwärmung, Zerstörung der Artenvielfalt,
Wasserknappheit, zerstörerische Pandemien,*

EDITORIAL

Trans-Europa Express

von

Vittorio Lovera (*Attac
Italien*)

Vom 6. bis 9. Juni 2024 finden die Wahlen zum Europäischen Parlament statt, an denen 720 Abgeordnete (15 mehr als in der vorangegangenen Wahlperiode) aus den 27 Ländern der erweiterten Europäischen Union teilnehmen werden.

In Italien wird im 20. Monat der melonischen Regierung am Samstag, den 8. und Sonntag, den 9. Juni 2024 gewählt, und es werden 76 Abgeordnete gewählt.

Das wirtschaftliche Europa ist ein Zug, dessen Lokführer nur noch die Befehle der multinationalen Unternehmen, der Märkte und der Banken kennt. Es ist ein schwer zu reparierender Zug. Die Mängel sind zahlreich und schwerwiegend. Man kann nicht einmal daran denken, einen Zug zu reformieren und zu modernisieren, der mit seinem ständigen Gezeter, mit seinen ständigen Verspätungen, mit seinen blutigen Spaltungen zwischen Nationalisten auf der einen und mehr oder weniger Liberalen auf der anderen Seite, mit seiner kurzsichtigen und erstickenden Retro-Bürokratie wirklich den Punkt ohne Wiederkehr erreicht hat.

Der Trans Europe Express ist in einer Sackgasse gelandet.

"Der Zug fährt durch die Nacht, schneller und schneller. Wohin fährt er, wohin bringt er uns?

*Zu Konzentrationslagern? In
einen Atomkrieg?*

Zu einer Reihe von Pandemien?

Wir wissen es nicht

*Doch jetzt, im Moment der offenen Coronavirus-Krise,
erscheint auf dem Bildschirm am unteren Ende des
Wagens die Meldung "Destination extinction".*

Die Buchstaben zittern noch leicht, werden aber

Wachsende Spannungen zwischen den Staaten, die das Risiko eines Atomkriegs erhöhen, immer größere und obszönere Ungleichheiten, überall zunehmender Rassismus und Nationalismus ebnen den Weg zu diesem Schicksal.

Haltet den Zug an, haltet den Zug an! Aber wir fahren ihn nicht.

Wir kontrollieren sie nicht.

Es gibt Persönlichkeiten, die behaupten, seine Dirigenten zu sein, aber hinter ihnen steht eine dunklere Kraft, die sie nicht kontrollieren: das Kapital.

Der Zug wird vom Kapital angetrieben, und das Kapital ist ein unwiderstehlicher Antrieb für individuelle Expansion, für Profit.

Ziehen Sie die Notbremse! Dunkle Zeiten.

Die Hoffnung wird lächerlich.

Schlimmer noch, sie wird geschmacklos, unsensibel.

Doch so viele Menschen haben im letzten Jahrhundert von der Hoffnung beseelt gelebt und sind gestorben.

Auch jetzt gibt es einen großen Durst: nach Hoffnung, nach einem Ausweg, nach einer anderen Welt.

Dieses Buch ist all jenen gewidmet, die - wie ich - dumm genug sind zu glauben, dass wir den Todeszug noch aufhalten können, dass wir noch eine Welt schaffen können, die auf der gegenseitigen Anerkennung der Menschenwürde beruht.

Zerstört den Zug!"

(Aus dem Vorwort von Vittorio Sergi **zu Hope in a Hopeless Time** von **John Holloway**, übersetzt und herausgegeben von Roberto Mapelli, **Edizioni Punto Rosso**).

Wir haben uns entschlossen, die Veröffentlichungen des *Sandkorns* im Vorfeld der Europawahlen wieder aufzunehmen. Wir versuchen, die Kluft aufzuzeigen, die heute zwischen denjenigen, die sich ein feministisches, ökologisches, sozialistisches, internationalistisches und friedliches Europa vorstellen, und der tatsächlichen Lesart des aktuellen europäischen Zuges besteht.

Hier sind die zehn Themenbereiche, die wir untersuchen werden: **Wirtschaftspolitik & Austerität** - vielen Dank an Eric Toussaint, internationaler Sprecher des **Komitees für die Abschaffung illegitimer Schulden (CADTM)**, für seinen wertvollen Beitrag, und an die gute Arbeit des **Centro Studi Cadtm Italia** für die aktuellen Analysen zum Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM), zur Reform des Stabilitätspakts und zu den Einschätzungen zur Besteuerung - **Krieg und Frieden; Klimakrise; Landwirtschaft; Soziales; Migration;**



Demokratie; Beziehungen zwischen Europa und anderen Kontinenten; Stand der europäischen Bewegungen und digitale Rechte.

Das Bild, das sich aus dieser zeitgemäßen Analyse ergibt, ist ein wahres *"cahier de doléances"*, das den Trans Europe Express hoffnungslos in einer Sackgasse stecken sieht.

"Die Krise besteht gerade darin, dass das Alte stirbt und das Neue nicht geboren werden kann: in diesem Interregnum treten die verschiedensten morbiden Erscheinungen auf", schrieb Antonio Gramsci aus dem Gefängnis.

Und hier sind einige der morbiden Phänomene, die die Lokomotive des europäischen Zuges zum Entgleisen gebracht haben: Fremdenfeindlichkeit und Rassismus, vor allem im erweiterten Europa des Ostens; die dramatischen Schäden durch die liberalistische Politik, die durch die Pandemie noch verschlimmert werden; die irrsinnige und unmenschliche Migrationspolitik mit der Einführung eines berüchtigten Neokolonialismus (allen voran der *neue Mattei-Plan* von Melon); die Unfähigkeit, den unausweichlichen ökologischen Wandel mit einem Mindestmaß an Kohärenz zu bewältigen (Wiederzulassung von Pestiziden und GVO, großzügige Ausnahmeregelungen für fossile Brennstoffe); die x-ten Kürzungen der *Sozialleistungen* in einem Kontext, in dem bereits ein Viertel der europäischen Bevölkerung (21,8%) an der Armutsgrenze lebt.

Wenn diese Aspekte schon wahre Ungeheuer offenbaren, so betrifft die größte Abscheulichkeit die absolute Unterwürfigkeit gegenüber zwei Kriegen, die einige tausend Kilometer von Brüssel entfernt stattfinden.

Und wenn die bisherige Handhabung des Russland-Ukraine-Konflikts schon illusorisch war, so ist das Ausbleiben eines entschlossenen Eingreifens zur Beendigung des **Völkermords** in den (seit 1948) besetzten Gebieten Palästinas eine lebenslange Strafe für alle Mitglieder der europäischen Institutionen.

Die Kriegswirtschaft, der Waffenmarkt und der bevorstehende lukrative Wiederaufbau in Konfliktgebieten siegen über die Friedenswirtschaft, Menschenleben werden auf dem Altar des Geschäfts

Der ausgezeichnete Artikel unseres Kollegen Antonio De Lellis ***Ausstieg aus der Kriegswirtschaft, hin zu einer Wirtschaft des Friedens*** ist ein seltener Hoffnungsschimmer in diesem Kontext unsäglicher Barbarei.

Die Friedenswirtschaft und eine große und kohäsive Care-Gesellschaft sind das anzustrebende Ziel



Wie man Attac Italia beiträgt

Die Mitgliedschaft ist eine Jahresmitgliedschaft. Attac-Mitgliedschaften werden sowohl auf lokaler als auch auf nationaler Ebene gesammelt. Die Mitgliedschaft ist individuell, aber auch kollektive Mitgliedschaften von Vereinigungen werden akzeptiert. Im letzteren Fall senden Sie bitte Ihren Antrag an segreteria@attac.org mit dem Betreff "Attac Territoriales Netzwerk". Für Einzelmitgliedschaften ist es am einfachsten, sich an das nächstgelegene lokale Komitee zu wenden.

Die Kosten für die Mitgliedskarte beginnen bei:

"Ich habe keinen Euro"	10€
"Die Krise erlaubt es mir nicht mehr"	20€
Eine andere Welt ist möglich	50€
"der schönste Verein der Welt"	100€

Oder Sie können den Mitgliedsbeitrag direkt auf das Konto Nr. 111670 überweisen:

ATTAC Italien bei der Banca Popolare Etica, Zweigstelle Rom,
IBAN : IT85 M050 1803 2000 0000 0111 670

und senden Sie eine Kopie des Zahlungsbelegs zusammen mit dem [Beitrittsformular](#), das Sie von der Website attac-italia.org herunterladen können, an segreteria@attac.org oder per Post an

Attac Italia Via S. Ambrogio 4 00186 Rom.

Bitte beachten Sie, dass wir das Beitrittsformular benötigen, um Ihre Mitgliedschaft zu registrieren.

Spenden Sie 5 Promille an Attac Italia C.F. 91223590372

Eine Spende von 5 Promille an Attac ist einfach.

Füllen Sie einfach das Feld für die fünf Promille in Ihrer Steuererklärung (CUD, Formular 730, Modello Unico Persone Fisiche) wie folgt aus:

- das Kästchen "Unterstützung der Freiwilligenarbeit, der gemeinnützigen Vereine, der Vereine zur Förderung der sozialen Arbeit und der anerkannten Vereine, die in den in Artikel 10, c.1, Buchstabe a) des Gesetzesdekrets Nr. 460 von 1997 genannten Bereichen tätig sind" ankreuzen;
- Geben Sie die Steuernummer von Attac Italia (91223590372) in dem Feld unmittelbar unter der Unterschrift an.

Schreiben Sie an Attac.

Haben Sie Vorschläge zur Verbesserung *des Grain of Sand*? Haben Sie Ereignisse zu berichten?

Möchten Sie Analysen, Karikaturen oder Nachrichten vorschlagen? Schreiben Sie an redazione@attac.org.





versuchen, den altermondialistischen Bewegungen, die zu Beginn des Jahrtausends die Hoffnung auf einen anderen Horizont zu wecken vermochten und sich dann angesichts der Folgen der Kriegslogik in Luft auflösten, wieder eine Stimme und eine Aktion zu geben.

Marco Bersani skizziert in *Does Europe Still Exist?* klar die vier Kardinalpunkte, um gemeinsam die Initiative zurückzugewinnen und den Horizont für eine gesellschaftliche Alternative auf europäischer Ebene neu zu bestimmen.

Und zum Thema der alternativen Gesellschaft in der anregenden und partizipativen Nationalversammlung von Attac Italia (Neapel, 3. und 4. Februar 2024, im ehemaligen Asilo Filangieri) war eines der angesprochenen Themen eben die Wiederbelebung des Weges der Gesellschaft der Sorge.

Nach zwei Jahren - zeitgleich mit der Pandemie - harter Arbeit und großem Enthusiasmus hat sich der Schwung dieses Weges - fast physiologisch - abgeschwächt und ist wieder zu einem Rinnsal geworden.

Heute ist es mehr denn je notwendig, erneut zu versuchen, das Gewebe aus Verbindungen und Konvergenzen, das wir schaffen konnten, zu weben und neu zu weben. Wir müssen uns zusammenschließen, um das Projekt einer alternativen Gesellschaft zu verwirklichen, einer Gesellschaft der Fürsorge, die das Leben und seine Würde in den Mittelpunkt stellt, die es versteht, mit der Natur zusammenzuarbeiten, die es versteht, ihre Produktion auf dem Gebrauchswert, ihren Austausch auf Gegenseitigkeit, ihre Beziehungen auf Gleichheit und ihre Entscheidungen auf Beteiligung aufzubauen. Die auf eine ausschließlich auf Frieden ausgerichtete Wirtschaft hinarbeitet, die Kriege und kriegerische Auseinandersetzungen immer und in jedem Fall ablehnt, um den Verbrauch zu senken.

In ähnlicher Weise haben wir in der Nationalversammlung erneut den Weg analysiert, den die nationale Kampagne *"Take Back the Commons"* eingeschlagen hat. Es ist zwar richtig, dass

es schwierig ist, nach einer durchschlagenden Niederlage neu anzufangen, und das Nichterreichen des Quorums an Unterschriften war eine durchschlagende Niederlage, aber es ist ebenso richtig, dass die von der Kampagne angesprochenen Themen (Vergesellschaftung der Cassa Depositi e Prestiti; und Reform

der lokalen öffentlichen Finanzen) sind von zentraler Bedeutung für jeden Versuch eines Paradigmenwechsels. Es ist unsere Aufgabe, Wege und Formen zu finden, um diese beiden Themen wieder in den Mittelpunkt zu rücken, wobei wir auch darauf achten müssen, wie die territorialen Komitees, die für die Unterschriftensammlung eingerichtet wurden, weiterarbeiten und die vorgeschlagenen Initiativen verfolgen.

Darin werden wir durch die Beobachtung des Dichters und utopischen Sozialisten William Morris bestärkt, auf den sich Murray Bookchin bezieht: *"Männer kämpfen und verlieren Schlachten. Es kommt jedoch vor, dass die Dinge, für die sie gekämpft haben, trotz ihrer Niederlage in Erfüllung gehen; und doch ist das, was in Erfüllung geht, nicht das, was sie beabsichtigt haben, und andere Menschen werden für dieselbe Sache kämpfen müssen, indem sie sie anders nennen."*

Und das werden wir tun!

Was gibt es sonst noch zu sagen im 17. Monat der Ära Meloni?

Kein Sonnenschein, immer stockdunkel.

Möhren für Traktoren und Knüppel für junge Studenten (**KRIMINAL!!!**), was haben wir denn erwartet?

Eine Steuerpolitik zugunsten der Reichen, ständige Amnestien für Steuerhinterzieher, die totale Leugnung der Klimakrise, Privatisierungen *in Hülle und Fülle*, um Geld zu verdienen, Rentenkürzungen, Kürzungen im Gesundheitswesen, eine wilde *Deregulierung* zugunsten der Jagd, nutzlose Arbeiten am Ball (siehe die Brücke über die Straße von Messina), eine differenzierte Autonomie, um die Ungleichheit zwischen Nord und Süd weiter zu verschärfen, und das Risiko von Premieren. Pech gehabt!

Wenn es uns als Bewegungen nicht gut geht, wie steht es dann um die institutionelle linke Mitte? Weites Feld? Enges Feld? Langes Feld?

Wahlscharmützel, darüber hinaus ein pneumatisches Vakuum, einschließlich der Frage des Krieges, die mehr auf der philologischen Seite (kann man Völkermord sagen?) als in der Substanz spielte.

Sardinien gewonnen (dank Salvini), Euphorie am Ball. Abruzzen verloren, kosmische Depression. Jetzt, mit der Basilikata, dem Piemont und den Europawahlen, werden wir sehen, wie schwerwiegend ihre Bipolarität ist. Während Elly Schlein und Giuseppe Conte plaudern,



Teilnahme an allen Pro-Palästina-Demonstrationen (sehr zahlreich und immer mit großer Beteiligung trotz der Repression), Teilnahme an der Demonstration in Neapel (16. März 2024) gegen die differenzierte Autonomie. Vom 4. bis 6. April 2024 werden wir in Lyon sein, für die Europäische Wasserbewegung; wieder in Neapel (20. und 21. April 2024) werden wir an der Nationalversammlung des Italienischen Forums der Bewegungen für die öffentliche **Wasserversorgung teilnehmen, wir geben nicht auf!** Schließlich werden wir in Marseille (26. und 28. April 2024) am Europäischen Gemeinsamen Raum der Alternativen teilnehmen.

1977 veröffentlichten Kraftwerk ein kultiges elektronisches Konzeptalbum. *Trans Europe Express* war der Titel der Platte und sollte sowohl die Unterschiede zwischen Realität und Bildern als auch die Verherrlichung des Weges zu einem neuen Europa darstellen.

Heute, fast 50 Jahre später, steckt der *Trans Europe Express* hoffnungslos in einer Sackgasse. Er hat alle Erwartungen enttäuscht, auch die kleinsten. Der Fehler kann nicht behoben werden. Für die Zukunft wird er in einem Museum landen.

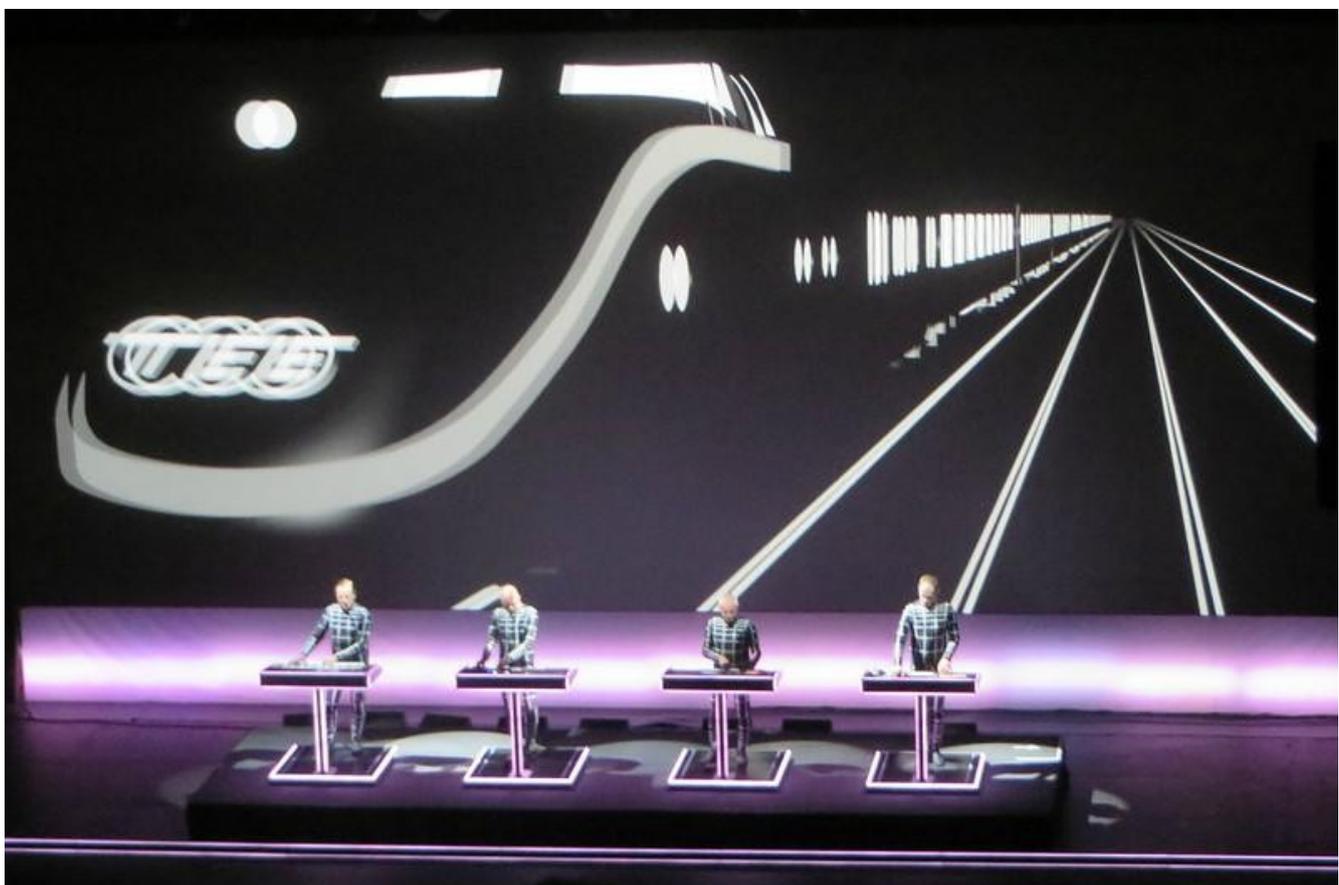
In dieser Ausgabe haben wir versucht herauszufinden, wie man die Nacht hinter sich lassen und aus der Schwärze auftauchen kann.

Die Zeit der Profite und der Kriege ist vorbei, heute ist es an der Zeit, sich um uns selbst, die Lebenden und den Planeten zu kümmern und einen gemeinsamen Kampf gegen diejenigen zu führen, die dies verhindern. Wir müssen wieder anfangen, uns das Ende des Kapitalismus vorzustellen, anstatt konsterniert auf das Ende der Welt zu warten.

In der Kutsche geht es wieder los.

Ein starker Gedanke an Ilaria Salis, ein Beispiel, das uns aufklären sollte, eine Frau, die sich den Rechtsextremen sogar in ihrer Heimat widersetzt und heute noch im Heimatland von Viktor Orbán, dem engen Mitarbeiter von Giorgia Meloni, im politischen Gefängnis sitzt.

Frieden. Freiheit für Gaza. Frei Ilaria.





Sie existiert noch Europa?

herausg

egeben von

Marco Bersani
(Attac Italien)

Ein dramatischer Übergang

Wie in der Geschichte des Kapitalismus sind wir in eine Übergangsphase eingetreten: Der kapitalistische Zyklus der Finanzialisierung auf der Grundlage der Globalisierung der Märkte, der den Planeten im letzten halben Jahrhundert überschwemmt hat, neigt sich seinem Ende zu.

Vereinfacht könnte man sagen, dass der Kapitalismus im 16. bis 18. Jahrhundert **merkantil** geprägt war, während er im 19. Jahrhundert und bis zum Zweiten Weltkrieg eine spezifisch **koloniale** Ausprägung hatte, die in der Nachkriegszeit von der Phase des **Staatskapitalismus** auf der Grundlage des Kompromisses zwischen Kapital und Arbeit abgelöst wurde, die schließlich vom "**nanziarisierten Kapitalismus**" und der liberalistischen Globalisierung überholt wurde.

Heute hat auch dieser letzte Zyklus zu kämpfen, da er von zahlreichen Krisen heimgesucht wird, die sich alle gleichzeitig zuspitzen: Wir befinden uns nämlich inmitten einer dramatischen Umwelt- und Klimakrise, inmitten einer anhaltenden Wirtschafts- und Finanzkrise, inmitten einer beispiellosen sozialen Ungleichheit und inmitten einer vertikalen Krise der Demokratie.

"Die Krise besteht darin, dass das Alte stirbt und das Neue nicht geboren werden kann: in diesem Interregnum treten die verschiedensten krankhaften Erscheinungen auf", schrieb er



"G20 green bandana 1" von Matthew Fells (CC BY-NC 2.0 DEED)



Antonio Gramsci im Jahr 1930 aus dem Gefängnis. Und genau das ist die Übergangsphase, in der wir uns befinden, in der nicht zufällig der **Krieg als eine gewöhnliche Dimension der Existenz der Menschen**, der Organisation der Gesellschaft und der internationalen Beziehungen wieder in den Mittelpunkt gerückt wurde, bis hin zu der nun viel weniger entfernten Möglichkeit eines dritten Weltkriegs.

Das Ergebnis dieser Übergangsphase ist nicht vorhersehbar: Der Kapitalismus versucht, einen neuen Zyklus zu eröffnen, indem er einerseits die geopolitischen Machtverhältnisse durch die laufenden und/oder in Vorbereitung befindlichen Kriege neu ordnet und andererseits eine neue Phase der Akkumulation einleitet, die zwar immer noch auf dem Primat des Finanzwesens beruht, aber dieses Mal auf die digitale technologische Innovation und ein merkantiles Narrativ als Lösung für die Klimakrise aufgepfropft wird.

Europa am Ende der Fahnenstange

Eine unbestreitbare Tatsache im Rahmen dieser Analyse ist das Ende Europas, wie wir es bisher kannten, und zwar in vielerlei Hinsicht.

Die Europäische Union, die im Rahmen eines liberalen Profils geboren wurde, trug dennoch gewisse Merkmale der Originalität in sich, die zum einen auf ihre geopolitische Lage und zum anderen auf die Zyklen der sozialen Kämpfe zurückzuführen waren, die sie durchlaufen hatte.

Die Lage am Rande des Kalten Krieges und im Zentrum des ideologischen Kampfes zwischen Kapitalismus und Realsozialismus hat in Europa dazu beigetragen, die wilden Vorstöße des ersteren zu mäßigen und die Anziehungskraft der Vorschläge des letzteren zu dämpfen (leider haben sie sich im Laufe der Zeit fast nur als Illusionen erwiesen).

Der soziale Konflikt, der die Jahrzehnte der 1960er und 1970er Jahre durchzog, hat den Bereich der Einkommen, der sozialen Rechte und der Demokratie in allen Teilen der Bevölkerung stark erweitert.

Infolge dieser Faktoren wurde Europa **zum Kontinent des Kompromisses zwischen Kapital und Arbeit**, des *Wohlstands* als Recht und der politischen Hypothese

Die Europäische Union, mit allen möglichen Zweideutigkeiten und Widersprüchen, wurde auch als eine (wenn auch abstrakte) Sehnsucht nach **Frieden** und Koexistenz zwischen den Völkern Europas geboren, die auf tragische Weise durch zwei verheerende Weltkriege zerrissen wurden.

Mit dem Aufkommen der neoliberalen Politik hat sich Europa auf eine wohl unumkehrbare Weise selbst verloren.

War die Friedensperspektive schon 1999 mit der Bombardierung Belgrads gefährdet, so hat sich die Situation heute zu einem **innergemeinschaftlichen Krieg und einem Völkermord in Palästina** zugespitzt, beides Konflikte, in denen Europa keine autonome Position hat und deren Außenpolitik vollständig an die NATO delegiert ist, die den Kontinent in eine Kriegswirtschaft, eine Kriegskultur und die Unterdrückung aller sozialen Konflikte treibt.

Die Sparpolitik, die durch das ideologische Narrativ der Staatsverschuldung ermöglicht wurde, hat **den gesamten Wohlstand zerstört** und die Arbeitnehmerrechte, die sozialen Rechte, die Gemeingüter und die öffentlichen Dienstleistungen dem Ansturm der großen Finanzinteressen ausgeliefert.

Der Wohlstand des vereinten Europas hat dazu geführt, dass **95,3 Millionen Menschen von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht sind**, das sind 21,6 % der Gesamtbevölkerung.

Und selbst zaghafte Positionen zu Umweltfragen werden nach und nach von einem Narrativ zerfetzt, das auf die **dreifaltige Gottheit des Wachstums-Wettbewerbs-Wettbewerbs** nicht verzichten zu können scheint, in einem Kontext, in dem der Profit der einzige soziale Motor und die Einsamkeit die einzige existenzielle Dimension zu sein scheint.

Kann Europa, nachdem es seine Originalität als Gesellschaftsmodell verloren hat, die andere Seite dieses Modells, nämlich die Demokratie, bewahren? Ja, denn die Krise der Demokratie geht weit über die natürliche Kritik an ihrer Unvollkommenheit, ihrer Substanzlosigkeit, der



Die Demokratie hat sogar aufgehört, wünschenswert zu sein, und hat den Weg für Populismus, Souveränismus und neue Faschismen in Politik, Kultur und Gesellschaft geebnet.

Wir sind heute eine Festung Europa, schwach gegenüber den Starken und **stark gegenüber den Schwachen**, die auf den Schiffen ihrer Hoffnungen Schiffbruch erlitten haben oder in den neuen Lagern, die über Europa und das Mittelmeer verstreut sind, gefangen sind.

Ein anderer Horizont

Es besteht kein Zweifel, dass die einzige Chance, das Abdriften in Obskurantismus und Barbarei zu stoppen, in der **Wiederaufnahme der sozialen Kämpfe und Mobilisierungen** liegt.

Und wenn die derzeitige Europäische Union als unreformierbar angesehen wird, dürfen wir nicht "*das Kind mit dem Bade ausschütten*", **Europa ist die notwendige Dimension**, um zu hoffen, dass wir den Kurs ändern und aus der Übergangsphase mit einem anderen Ergebnis und einer alternativen Gesellschaft hervorgehen.

Genauso wenig kann man die Realität "*mit steifem Nacken*" betrachten und sich eine nostalgische Rückkehr in die Zeit des Kompromisses zwischen Kapital und Arbeit wünschen. Man kann nicht daran denken, neue Räume zu öffnen, indem man sich in die Dimension des Nationalstaates flüchtet, der in seinen Funktionen und seiner Rolle durch die jahrzehntelange Liberalisierungs- und Privatisierungspolitik tiefgreifend verändert wurde.

Es sollte auch nicht vergessen werden, dass jede der oben beschriebenen Krisen sogar einen planetarischen Umfang hat und dass folglich keine von ihnen ernsthaft angegangen werden kann, ohne zumindest eine kontinentale Dimension zu berücksichtigen.

Auf diesem Terrain ist es müßig, **die große Rückständigkeit der sozialen Bewegungen** zu

betonen, die nach der sehr fruchtbaren altermondialistischen Phase zu Beginn des Jahrtausends nicht mehr in der Lage waren, eine stabile europäische Dimension der Konfrontation aufrechtzuerhalten,

Es gibt mindestens vier Horizonte, die diesen Qualitätssprung erfordern:

- **Europa, ein Kontinent des Friedens:** Aufbau einer Anti-Kriegs-Mobilisierung, die nicht nur einen sofortigen Waffenstillstand für alle laufenden Konflikte fordert, sondern auch in der Lage ist, sich dem Eindringen des Krieges in Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur und Demokratie entgegenzustellen;
- **Europa aus der Schuldenfalle:** Aufbau einer Mobilisierung gegen die Sparpolitik, den Stabilitätspakt und den Maastrichter Vertrag, die den Neoliberalismus auf kontinentaler Ebene de facto konstituiert haben;
- **Europa der ökologischen Umstellung:** alle ökologischen Kämpfe der neuen Generation von Aktivisten nutzen, um sie in einem anderen Horizont als der Ideologie des Wachstums, dem Fideismus des Wettbewerbs, dem Diktat des Wettbewerbs zusammenlaufen zu lassen;
- **Ein Europa des bürgerlichen Raums und der Eingliederung:** ein Streit um die Eroberung einer neuen Demokratie, die auf der Beteiligung und Eingliederung territorialer Gemeinschaften von unten nach oben beruht und in der Lage ist, sich eine Zukunft vorzustellen, die weit über den Börsenindex des nächsten Tages hinausgeht.

Damit all dies möglich ist, bedarf es jedoch eines weiteren qualitativen Sprungs: Es **muss damit begonnen werden, sich die Möglichkeit eines anderen Horizonts vorzustellen** und die Kämpfe, Erfahrungen und Praktiken in diesen Horizont einzuordnen.

Heute geht **es** nicht mehr um Profite und Kriege, sondern **darum, sich** um sich selbst, um die anderen, **um** die Lebenden und um den Planeten **zu kümmern und gemeinsam und unermüdlich** gegen diejenigen **zu kämpfen**, die dies verhindern.

Wir müssen wieder dazu übergehen, uns das Ende des Kapitalismus vorzustellen, anstatt bestürzt auf das Ende der Welt zu warten.



AUSTERITY

Die Europäische Union und ihre Neugründung

herausg
gegeben von

Eric Toussaint
(CADTM)

Die Europäische Union (EU) hat ihren Ursprung in der EGKS, der Wirtschaftsgemeinschaft für Kohle und Stahl, dem "Gemeinsamen Markt". Diese europäische Konstruktion basierte auf der Idee der Vorherrschaft des kapitalistischen Marktes und der industriellen Produktion zum Nutzen des Großkapitals und nicht zum Nutzen der Arbeiter und Völker, die Europa bilden. Die EU ist in erster Linie eine wirtschaftliche Struktur, die darauf abzielt, den gemeinsamen Markt so weit wie möglich zugunsten der Unternehmen auszudehnen, damit diese ihre Produkte exportieren, die Arbeitnehmer ausbeuten und mit ihnen konkurrieren können, indem sie die Lohnunterschiede ausnutzen (der gesetzliche Mindestbruttolohn

Der bulgarische Lohn steigt auf 300 EUR, sechsmal weniger als in Belgien und Frankreich, wo er 2.000 EUR erreicht) und hart erkämpfte soziale Rechte. Ziel ist es, die Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt zu maximieren, z. B. gegenüber China mit seinen niedrigen Arbeitskosten, was bedeutet, dass hart erkämpfte europäische Löhne und soziale Rechte beschnitten werden.

Außerdem ist bekannt, dass Unternehmen in Italien Arbeitnehmer mit bulgarischen oder polnischen Verträgen zum Mindestlohn des jeweiligen Landes beschäftigen können. Lohnunterschiede, unterschiedliche Sozialschutzsysteme und steuerliche Unterschiede (Steuern und Abgaben) ermöglichen es den Arbeitgebern, Druck auf die Arbeitnehmer auszuüben, indem sie mit Standortverlagerungen und dem Import von Konkurrenzprodukten drohen und *Dumping* praktizieren [*ein sozialer Wettlauf nach unten, Anm. d. Red.* Die EU erlegt Zwänge in Form von "freiem Wettbewerb", aber auch durch Vorschriften zur Staatsverschuldung auf. Man kann hier die



"Ein Europa, das niemanden außer den 1% schützt" von Attac Österreich (CC BY-SA 2.0 DEED)



die berühmte Regel, das öffentliche Defizit auf 3 % und das Verhältnis der öffentlichen Schulden eines Staates zu seinem BIP auf 60 % zu begrenzen. Diese verbindlichen Regeln dienen den Regierungen verschiedener Länder als Instrumente zur Durchsetzung von Sparmaßnahmen und Deregulierung, insbesondere zur Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen und zum Abbau sozialer Rechte und Errungenschaften.

Zwischen dem 6. und 9. Juni 2024 finden in den 27 EU-Mitgliedstaaten Wahlen zum Europäischen Parlament statt. Es ist wichtig, an den Europawahlen teilzunehmen und die von den verschiedenen Parteien vorgeschlagenen Programme zu studieren. Gleichzeitig ist klar, dass das Europäische Parlament nicht mit einem nationalen Parlament gleichzusetzen ist: Es hat viel weniger Macht, da die Kommission und der Europäische Rat die Verträge und die Arbeitsregeln ausarbeiten. Ein weiterer wichtiger politischer Faktor ist das Gewicht der *Lobbys*, die große transnationale Unternehmen, nicht nur europäische, vertreten. Das Gewicht dieser Lobbys ist für die Europäische Kommission, die Kommissare, aber auch für die Abgeordneten des Europäischen Parlaments sehr wichtig, wie der *Qatargate-Skandal* gezeigt hat, in den belgische, griechische und italienische Abgeordnete verwickelt waren. Hier haben wir gesehen, wie Staaten und private Unternehmen versuchen

Kauf, Bestechung und Beeinflussung von Entscheidungen zu ihren Gunsten.

Als Beispiel können wir die Big *Pharmas* - die großen Pharmakonzerne - anführen, die die Entscheidungen der EU über den Impfstoff gegen COVID-19 beeinflusst haben, oder auch die Entscheidungen über die Verwendung von Pestiziden und Herbiziden, die als gefährlich für die öffentliche Gesundheit gelten: In diesem Zusammenhang hat Ursula von der Leyen beschlossen, die geplanten Maßnahmen, die in dieser Hinsicht bereits unzureichend waren, nicht anzuwenden. Dies ist ein Sieg für Großkonzerne wie Monsanto, Syngenta, etc. Sie nahm die Forderungen der Landwirte als Vorwand, während in Wirklichkeit die Interessen der privaten multinationalen Konzerne weitgehend berücksichtigt wurden.

Die EU als Macht ist nicht in der Lage oder weigert sich, im Rahmen äußerst schwerwiegender Konflikte sowohl auf europäischem Territorium als auch in der europäischen Nachbarschaft positiv in der internationalen Politik zu agieren. Das Gewicht der EU im Hinblick auf Lösungen für den Konflikt in der Ukraine nach dem Einmarsch der Russischen Föderation ist sehr begrenzt, da alles durch die untergeordnete Stellung Europas innerhalb der NATO bestimmt wird. In diesem Bündnis haben die Vereinigten Staaten das größte Gewicht bei Entscheidungen über den Verlauf des Krieges oder darüber, ob es Verhandlungen zur Beendigung des Konflikts in der Ukraine geben wird oder nicht. Sicher ist, dass die europäischen Staats- und Regierungschefs den Krieg nutzen, um die

GUERRE **CRISI**
CLIMATICA

DISUGUAGLIANZA
SOCIALE



E' tempo
di cura.



Scegli
ATTAC!

CAMPAGNA ADESIONI 2024

attac-italia.org/come-aderire-ad-attac-italia



der Kranich Iodis

Erhöhung der Militärausgaben und Stärkung des europäischen militärisch-industriellen Komplexes. Was den Nahen Osten und Palästina anbelangt, so sind es auch hier die USA, die Israel direkt unterstützen, und in ihrem Kielwasser tut dies auch die EU. Sie lässt zu, dass Israel eine völkermörderische Politik gegen die Bevölkerung von Gaza, eine Verstärkung der illegalen Siedlungen und brutale Maßnahmen gegen das gesamte palästinensische Volk betreibt. Die EU weigert sich, Handels- und Kulturabkommen mit diesem Land auszusetzen, das Apartheid und Unterdrückung des palästinensischen Volkes praktiziert.

Die EU übt eine große Macht aus, wenn es darum geht, als "Festung Europa" zu agieren: Sie setzt große Ressourcen und ein sehr hohes Budget für Frontex ein und setzt Hubschrauber, Flugzeuge, Schiffe und zahlreiches Personal ein, um zu verhindern, dass Asylsuchende und Migranten im Allgemeinen europäisches Hoheitsgebiet erreichen.

Die EU unterzeichnet auch Wirtschaftspartnerschaftsabkommen mit Ländern oder oft auch Ländergruppen wie der Westafrikanischen Gemeinschaft (ECOWAS), der Andengemeinschaft oder dem MERCOSUR (Brasilien, Argentinien, Uruguay, Paraguay), die derzeit ausgehandelt werden. Diese Abkommen verpflichten die Länder oder Ländergruppen im Allgemeinen zu einer maximalen Öffnung für die wirtschaftlichen Interessen europäischer Unternehmen. Im Gegenzug öffnet die EU ihre Wirtschaft für Länder, in denen die pflanzengesundheitlichen Standards überhaupt nicht den europäischen entsprechen, wie z. B. Brasilien und Argentinien, die Hauptproduzenten von transgenem Soja für die Viehzucht. Dies wird zu Recht angeprangert, zum Beispiel von den Landwirten, die derzeit kämpfen und deren Erzeugnisse mit denen der großen Exporteure der mächtigen Agrarindustrie, in diesem Fall aus Argentinien oder Brasilien, konkurrieren. Diese Abkommen begünstigen die Interessen der großen europäischen Importeure, sind aber ungünstig für die kleinen lokalen Erzeuger sowohl im globalen Süden als auch in Europa.

Zu Beginn der COVID-Krise hatte Mario Draghi, dessen Amtszeit an der Spitze der EZB Ende 2019 ausläuft, zusammen mit seiner Nachfolgerin Christine Lagarde erklärt, dass die Staatsverschuldung erhöht werden müsse, um die Pandemie zu bekämpfen. Er

gegen die Pandemie und ihre viertägigen Auswirkungen von den großen Privatunternehmen getragen werden sollten, die von der Krise profitieren: Big Pharma, GAFAM, die Einzelhandelsketten. Um die öffentliche Meinung zu überzeugen

Ohne sich die Frage zu stellen, wie der notwendige Kampf gegen die Pandemie finanziert werden soll, lockerten die europäischen Staats- und Regierungschefs vorübergehend die Haushaltsvorschriften. Jetzt, da die öffentliche Verschuldung stark angestiegen ist und die Kosten für ihre Refinanzierung aufgrund steigender Zinssätze zugenommen haben, kündigen dieselben Politiker eine Verschärfung der Sparmaßnahmen an und behaupten, die öffentliche Verschuldung habe ein unhaltbares Niveau erreicht. Es ist immer noch und immer wieder notwendig, diese Sparpolitik scharf anzuprangern und für die Streichung der unrechtmäßigen Staatsschulden zu kämpfen.

Wir müssen an eine Neugründung Europas denken. Es ist klar, dass wir eine europäische Struktur brauchen, aber nicht die der derzeitigen EU und der Eurozone. Wir müssen dieses Europa des Großkapitals auflösen und es durch ein anderes Europa im Dienste der Völker ersetzen. Wir brauchen einen verfassungsgebenden Prozess, der wirklich demokratisch ist und von der Basis ausgeht. Dies könnte auch durch demokratische Wahlen nach allgemeinem Wahlrecht geschehen, um Delegierte für eine Europäische Verfassungsgebende Versammlung zu wählen. Diese Parlamentarier wären befugt, eine neue EU-Verfassung auszuarbeiten und sie mit wirklich demokratischen Strukturen auszustatten, mit einem echten Parlament mit Gesetzgebungsbefugnissen. Der Vorschlag für einen neuen Verfassungsvertrag müsste einer breiten Debatte und anschließend einem Referendum in allgemeinen Wahlen in jedem Land unterzogen werden, bevor er als angenommen gelten könnte.

Das neue Europa der Völker sollte wirklich solidarisch mit den Völkern des globalen Südens sein und Wiedergutmachung leisten für die wirtschaftliche Ausplünderung, für die Menschenrechtsverletzungen, die von den europäischen Regierungen und dem Großkapital in den letzten Jahrhunderten bis heute begangen wurden, und für die katastrophalen ökologischen Schäden, die

durch die von der EU geförderte Politik verursacht wurden.

Wir brauchen ein feministisches, ökologisches, sozialistisches, internationalistisches und friedliches Europa.



Reform des Stabilitätspakts: Gleicher Inhalt, neue Strategie

herausg
gegeben von
Matteo Bortolon
(CADTM Italien)

Was ist der Stabilitätspakt?

Bei der Gründung der EU im Vertrag von Maastricht 1993 waren die Schaffung des Euro und die Voraussetzungen für die Mitgliedschaft bereits vorgesehen. Sie bestanden aus bestimmten numerischen Kriterien, die sich auf den makroökonomischen Zustand des Mitgliedslandes bezogen und in Artikel 109j festgelegt waren: *Preisstabilität, Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen, moderate Schwankungen der Wechselkurse und Zinssätze*. Bis zum Ende des Jahrzehnts traten zwölf von fünfzehn Mitgliedstaaten der Eurozone bei, und sowohl die drei außerhalb verbliebenen als auch die neuen EU-Mitglieder mussten nachweisen, dass sie diese vier Kriterien erfüllten, um teilnehmen zu können.

Für die beigetretenen Staaten verloren drei dieser Kriterien angesichts der ausschließlichen Zuständigkeit der EZB jede Bedeutung. Das zweite blieb bestehen und betraf die *Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen*, und zwar in zweifacher Hinsicht: Das Defizit (d. h. der negative Saldo zwischen Staatseinnahmen und -ausgaben) und die Staatsverschuldung durften nicht zu hoch sein. Das Protokoll Nr. 12 zum EG-Vertrag beziffert diese Werte als **Verbot eines Defizits von über 3 % und einer Verschuldung von über 60 % des BIP**. Kurzum, was von den Zulassungskriterien übrig blieb, blieb als permanente makroökonomische Norm bestehen, deren Logik stets zu einer

Reduzierung der öffentlichen Ausgaben führen würde. Die *Maastricht-Parameter* waren geboren, die ein knappes Jahrzehnt nach der Einführung der gemeinsamen Währung so spaltend werden sollten, dass sie die EU zu sprengen drohten.

Der Stabilitäts- und Wachstumspakt (SWP) besteht aus den Verfahren zu seiner Durchsetzung. Seine Regeln sind in verschiedenen Texten verstreut: in speziellen Vertragsartikeln, in einer EntschlieÙung des Europäischen Rates vom Juni 1997 und in zwei Verordnungen, Nr. 1466 und 1467 von 1997. Letztere, die spezifischere Regeln festlegen, sind das eigentliche Herzstück des SWP. Bereits in diesen Jahren zeichnete sich ein doppelter Plan ab: der "präventive Arm" (Verordnung 1466), der die Modalitäten für die Überwachung der Haushalte der Mitgliedstaaten festlegt, damit diese nicht von den Parametern abweichen. Und die "korrektive Komponente" (Verordnung 1467), die die Verfahren für säumige Zahler festlegt.

Ein zentraler Punkt ist, dass die Parameter eine Grenze darstellen, die einen Alarm auslöst, und *nicht* einen Zustand, der als normal angesehen wird. Mittel- bis langfristig *bleibt das Ziel ein Null- oder positives Defizit* (der Staat nimmt mehr ein als er ausgibt). Obwohl keine Sanktionen verhängt wurden, haben die EU-Institutionen ständig Druck in Richtung eines ausgeglichenen Haushalts ausgeübt. Druck, der besonders auf Länder wie Italien ausgeübt wurde, um ein Ziel zu erreichen, das nach vernünftigen wirtschaftstheoretischen Überlegungen ein unmöglicher Horizont oder eine merkantile Dystopie ist.

Warum man über eine Reform der PSC nachdenkt

Am 10. Februar 2024 wurde eine Einigung zwischen dem EU-Rat und dem Europäischen Parlament erzielt, um den gesamten *Prozess* für eine Reform der Regeln des Paktes vor den Wahlen im nächsten Juni abzuschließen - im April 2023 legte die Kommission ihren Vorschlag vor, der im darauffolgenden Dezember geändert wurde; auch das Europaparlament muss sich noch äußern.

In den letzten zehn Jahren wurde viel über die Notwendigkeit einer Reform gesprochen. Der SWP wurde bereits 2005 und 2011 geändert, aber es traten tiefgreifende Probleme auf. In diesem Zusammenhang wurden die übermäßige Komplexität der Regeln und das unrealistische Tempo genannt, das sie für die Wiedereingliederung säumiger Schuldner vorgeben: Es wurde erwartet, dass *jährlich* ein Zwanzigstel der öffentlichen Schulden, die 60 Prozent übersteigen, abgebaut wird, ohne Rücksicht auf die Besonderheiten der konkreten Situation. Auch bei der Behandlung der säumigen Länder gab es einen unangemessenen Ermessensspielraum, wobei nicht zu übersehen war, dass die reichsten und mächtigsten Mitglieder (wie Frankreich und Deutschland) bevorzugt behandelt wurden



im Vergleich zu weniger starken Ländern. In jedem Fall sprechen die Ergebnisse für sich: Die Sparpolitik des letzten Jahrzehnts hat finanziell enttäuschende und katastrophale Ergebnisse für den Ruf der EU gebracht. In den letzten Jahren hat die Covid-19-Krise dazu geführt, dass die Anwendung des SWP im Frühjahr 2020 ausgesetzt wurde; zwischen dem Wachstum der öffentlichen Schulden der Mitgliedstaaten und der vorrangigen Notwendigkeit, die weitere Krise aufgrund des Krieges in der Ukraine zu bewältigen, hat der alte SWP den Bezug zur Realität verloren: Nach den aktuellsten Daten liegt die durchschnittliche öffentliche Verschuldung der Eurozone bei 90 % des BIP, wobei einige der am weitesten fortgeschrittenen Länder (Frankreich, Spanien, Belgien) 100 % überschreiten und nicht einmal Deutschland 60 % einhält^[1].

Trotzdem wurden die Parameter nie wirklich in Frage gestellt: Die Debatte drehte sich steril um die *Verfahren, mit denen die Mitgliedstaaten gezwungen werden sollten, sie einzuhalten*. Die Debatte über die Regeln ist ein Deckmantel, der jede ernsthafte theoretische Vorstellung von Makroökonomie in den Hintergrund drängt: von der Nichtexistenz einer bestimmten Schwelle für die Schädlichkeit der öffentlichen Verschuldung bis hin zur offensichtlichen Widersprüchlichkeit der Strategie, die Ausgaben zu kürzen, um die Verschuldung zu senken (im Gegenteil, wenn die Wirtschaft eines Landes unter Druck gerät und folglich die Steuereinnahmen sinken, steigt die Verschuldung). Daraus ist leicht ersichtlich, dass das Problem nicht so sehr das Fehlen einer ökonomischen Doktrin als vielmehr die politische Zielsetzung ist: Es handelt sich um Regelungen, die *die Rolle des Staates beeinträchtigen, indem sie seine Ausgabenkapazität untergraben, um die der privaten Marktkräfte zu erhöhen und gleichzeitig eine Währung zu schaffen*

für die spekulativ-finanzielle Akkumulation geeignet.

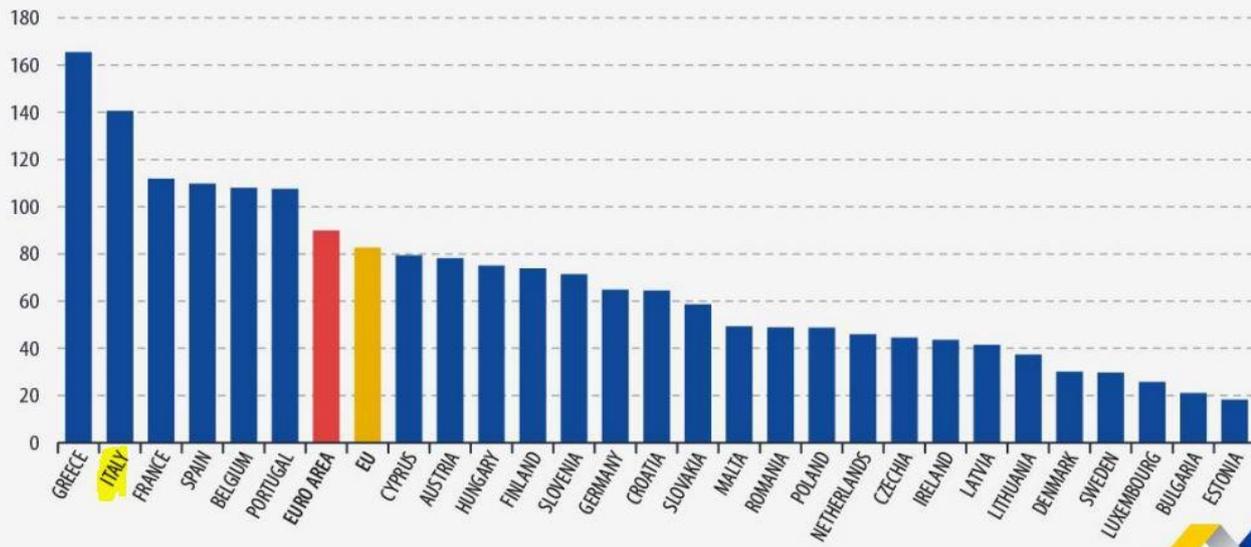
Inhalt der PSC-Reform

Die meisten Änderungen betreffen die beiden Verordnungen über den "präventiven Arm" und den "korrektiven Arm".

Die bisherigen numerischen Zielvorgaben werden beibehalten: 60 % Verschuldung im Verhältnis zum BIP und 3 % Defizit; die wesentlichsten und bedeutendsten Änderungen betreffen den präventiven Teil, der durch die Verordnung 1466/97 repräsentiert wird und in dessen Mittelpunkt ein *mehrfähriger* Prozess steht: Die Nichteinhaltung muss innerhalb von vier Jahren behoben werden, wobei eine Verlängerung auf sieben Jahre möglich ist. Aber wie kommen wir dahin? Die Kommission erstellt eine Bewertung der wirtschaftlichen Lage des Landes (wobei anerkannt wird, dass die Besonderheiten jedes Landes auf unterschiedliche Weise berücksichtigt werden müssen) und legt einen *verbindlichen* technischen Kurs für die Entwicklung der *öffentlichen Nettoausgaben fest*^[2]. Dies ist der neue Basisindikator, der den mühsamen Vergleich der Realität mit einem "potenziellen BIP", das immer weitgehend hypothetisch war, überflüssig macht. In einigen Artikeln (6a und 6b) wird jedoch die gemeinsame Regel, die zur Tür hinausging, durch das Fenster wieder hereingeholt: Der von der Kommission vorgegebene Kurs muss einen Rückgang der öffentlichen Ausgaben gewährleisten.

Government debt to GDP ratio, 2023Q3

In percentage



eurostat

Europäischer Schuldenstand im Verhältnis zum BIP im 3. Quartal 2023, Eurostat



durchschnittlich 1 % der Schuldenquote pro Jahr für diejenigen, die über 90 % liegen (für diejenigen, die zwischen 60 und 90 % liegen, sind 0,5 % ausreichend) und 0,4 % des Defizits für diejenigen, die sich für eine vierjährige Rendite entscheiden (reduziert auf 0,25 für diejenigen, die sich auf sieben Jahre erstrecken).

Auf dieser Grundlage müssen die Staaten *mittelfristige strukturelle Finanzpläne* vorlegen, in denen sie ihre mehrjährige Finanzplanung beschreiben, mit allen wichtigen Maßnahmen, die in den Rahmen fallen und die von der EU gesetzten Ziele (*grüner* und *digitaler Übergang*, *Energiesicherheit*) erfüllen. Ein Siebenjahresplan anstelle eines Vierjahresplans impliziert *weitere Reformen*, die mit der Kommission ausgehandelt werden müssen.

Was den "korrigierenden" Teil betrifft, d.h. die Sanktionen, die im Rahmen des Defizitverfahrens bei übermäßiger Verschuldung verhängt werden, so bleibt dieser unberührt; wird er bei einem Defizit ausgelöst, so wird er auf den Parameter *Nettoausgaben* bezogen. Das Verfahren wird eingeleitet, wenn eine jährliche Abweichung von 0,3 % des BIP bzw. 0,6 % insgesamt festgestellt wird (wir müssen davon ausgehen, dass dieser Begriff kumulativ zu verstehen ist: eine Reihe von Defiziten von 0,2 %, so nehmen wir an, würde nicht in einem einzigen Jahr den Alarm auslösen, sondern nach einem Zeitraum von drei Jahren würde die Kommission aktiv werden). Dabei ist zu beachten, dass sich die Länder im Allgemeinen *bereits* auf einem von der Kommission vorgegebenen Pfad befinden und das Verfahren nur dann ausgelöst würde, wenn sie in diesem Maße davon abweichen.

Hier werden einige entlastende Elemente ausgelöst: Zunächst würde das frühere Verfahren eine Defizitkorrektur von (mindestens) 0,5 Prozent pro Jahr erfordern, aber angesichts des Anstiegs der Zinssätze würde ein Abschlag für diesen Zinsanstieg vorgenommen; aber all dies müsste berechnet werden, und die Zahl bleibt etwas hypothetisch - schließlich würde diese Fazilität nur bis 2027 gelten. Dann müsste die Kommission bei ihrer Bewertung des Bestehens eines ungerechtfertigten übermäßigen

Defizits "einschlägige Faktoren" berücksichtigen, darunter die Verteidigungsausgaben und die Reformen für die nächste Generation der EU. Welches Gewicht diese Faktoren in den Schätzungen haben könnten

bleibt noch unklarer.

Daraus lässt sich schließen, dass der Versuch, dieselben Kriterien zu schlucken, zu einer flexibleren und maßgeschneiderten Strategie für jeden Staat führt, die jedoch den Schätzungen der Kommission (und möglicherweise ihren "politischen Sympathien" hinsichtlich der politischen Ausrichtung der amtierenden Regierungen oder des Machtgewichts des betreffenden Staates) ausgeliefert ist, so dass der Ermessensspielraum, der durch die Tür hinausgeworfen wird, auch durch das Fenster wieder hereinkommt. Auch die Streuung der Anpassungen über mehrere Jahre sollte nicht als Allheilmittel angesehen werden, denn die jährlichen Überprüfungen des Weges werden in der Tat *auch streng jährliche* Ziele vorschreiben, wodurch die gleichen Probleme, die bereits im letzten Jahrzehnt aufgetreten sind, erneut auftauchen.

[1] Eurostat, 22. Januar 2024 <https://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/18357971/2-22012024-AP-EN.pdf/8b631960-6df6-b7b6-49a0-031dca1479c6?version=1.0&t=1705739322231>

[2] Er ist definiert als "Staatsausgaben ohne Zinsen, diskretionäre Maßnahmen auf der Einnahmenseite, vollständig durch EU-Mittel gedeckte EU-Programme, konjunkturbedingte Elemente der Ausgaben für Arbeitslosigkeit und einmalige Maßnahmen".

Foto von Steve Buissinne von Pixabay





ESM: vom Notfall zur Normalisierung (gescheitert?)

herausg

egeben von

Matteo Bortolon
(CADTM Italien)

Der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) ist ein zentrales Rädchen in der Neudefinition der wirtschaftspolitischen *Steuerung der EU* im letzten Jahrzehnt. Er ist das einzige Element, das aufgrund des wiederholten Versuchs, ihn zu reformieren, immer wieder aus der Medienvergessenheit aufgetaucht ist; ein Versuch, der derzeit erfolglos ist, da Italien, das einzige Mitglied, das Paket von Änderungen nicht ratifiziert hat.

Um die Funktion des Systems in seiner jetzigen *Form* zu verstehen und um die angebliche Notwendigkeit seiner Änderung zu erkennen, muss man auf das Gesamtkonzept zurückgehen, für das es entwickelt wurde.

Die Reform des Eurosystems zur Überwindung der Krise

Während der "Staatsschuldenkrise" mussten sich die Staats- und Regierungschefs der EU mit dem möglichen Bankrott der größten Banken des Kontinents auseinandersetzen, der durch die Dynamik der US-Finanzkrise ausgelöst und durch ein System verursacht wurde, das zur Steigerung der Gewinne eine Verschärfung der Risiken zuließ.

Die Reaktion bestand in erster Linie darin, diesen Instituten hohe Summen zukommen zu lassen; der **Anzeiger für** staatliche Beihilfen **2018** der Kommission belegt, dass zwischen 2008 und 2017 staatliche Beihilfen in Höhe von 1 459,4 Mrd. EUR für Banken genehmigt wurden, zusätzlich zu 3 658,6 Mrd. EUR an Garantien.

Aber auch die Banken in den Kernländern (insbesondere Frankreich und Deutschland) hatten Forderungen (also Schulden) gegenüber Banken in der europäischen Peripherie, die durch die Krise in den Bankrott getrieben wurden.

Irland, Zypern, Griechenland) zu finanzieren, indem man sie dazu drängte, ihre Banken zu retten, was die europäischen *Kerngläubigerinstitutionen* zufriedenstellen würde: eine Art Rettungsaktion, ohne sie zu zeigen - in der Tat: indem man den Eindruck erweckte, sie würden

Bankensektor bestimmt sind, zu einer Verschuldung der Empfängerländer führen. Eine Verschuldung, die ein **Reformpaket** nach sich zieht, das unverhältnismäßig stark die Rechte der Arbeitnehmer, des Wohnraums, des Gesundheitswesens, der

andere zu retten.

Für die Durchführung der Operation war daher eine Art institutionelle Form erforderlich, deren politisch-rechtlicher Rahmen aus folgenden Zielen bestand: strengere Kontrolle der nationalen Haushalte, expansive Währungsprogramme, Neuordnung der Auslandskonten, neue Regeln für die größten Banken.

Das daraus resultierende System existiert und entwickelt sich weiter. Es basiert auf einer Notlage und weist Widersprüche und Ungereimtheiten auf. Einer davon ist, dass der ESM *kein* Organ der EU ist, sondern ein völkerrechtliches Gebilde, dessen Mitglieder mit den Staaten der Eurozone übereinstimmen. Ein Umstand, der noch nicht behoben ist.

Austerität in Aktion

Es gab gleich drei "Rettungsfonds": Der erste war nur ein von der Kommission kontrolliertes Finanzierungsprogramm, der *Europäische Finanzstabilisierungsmechanismus* (EFSM), der am 11. Mai 2010 eingerichtet wurde; er ist EU-rechtsintern, aber mit nur 60 Milliarden ausgestattet - völlig unzureichend.

Die zweite war die *Europäische Finanzstabilisierungsfazilität* (EFSF): ein privates Unternehmen nach luxemburgischem Recht, das den Mitgliedern der Eurozone gehört und von ihnen mit 440 Milliarden Euro finanziert wird. **Ein privates Unternehmen, das den Staaten Geld leihen muss, um ihre finanzielle Stabilität zu schützen!**

Der dritte ist unser im Frühjahr 2012 gegründeter ESM, der beide in seinen Schoß aufnehmen wird. Aber wie haben sie das geschafft?

Wie bereits erwähnt, haben die drei Fonds Finanzmittel für die EU-Peripherie bereitgestellt: **Zypern, Griechenland, Irland, Portugal und Spanien.** Dabei handelt es sich um Darlehen, die, wenn sie für den



integrieren, und zwar als einen *Europäischen Währungsfonds*, der dem IWF ähnelt. Diese

gefährdet, Förderung von Privatisierungen, Entlassungen von Beamten und Kürzungen der Sozialausgaben.

Der Mechanismus, der die Zwangsdimension der Austerität herbeiführte, war die **bedingte Ratenzahlung**: Die Mittel werden nicht auf einmal oder auf der Grundlage eines Automatismus ausgezahlt, sondern in aufeinanderfolgenden *Tranchen*, wobei die Erfüllung liberalistischer Reformen zur Voraussetzung gemacht wird. Der Druck der Angst, kein Geld mehr zu erhalten, führt zu einer Kontinuität der Politik, die den Wechsel der politischen Führung, geschweige denn den Willen des Volkes außer Acht lässt. Eine Formel, die sich mit der PNRR wiederholen wird. Ein weiteres Element ist die Komplizenschaft der EZB und der mit ihr verbundenen Zentralbanken, die außerhalb des Mandats der Neutralität und Unabhängigkeit gehandelt haben, um ihre Macht zugunsten der von der Eurogruppe, der Kommission und dem ESM geförderten politischen Agenda zu nutzen.

Wenn sich eine ganze Generation an die drakonischen Sparmaßnahmen in Griechenland erinnern wird, sollte man sich vor Augen halten, dass die geliehenen Summen, deren Zuteilung mit einem hohen Preis verbunden war, schnell wieder nach Hause flossen: Nach einer Analyse von Attac Österreich gingen 77%, nach einer neueren Schätzung der European School of Management and Technology (ESMT) in Berlin sogar 95% der Beträge an Banken und private Gläubiger.

Nur wenige wissen, dass das eigentliche Gremium, das für alles zuständig war, der ESM unter der Leitung des Deutschen Klaus Reglin war.

Vom Notfall zur Normalisierung

Die Beendigung der Krise hat dieses Gremium im Wesentlichen ohne eine bestimmte Rolle gelassen. Die eilige Flickschusterei, die von dem Bestreben bestimmt war, die herrschenden Interessen zu retten, hat zu einer formal sehr zweifelhaften Struktur geführt. Ein Vorschlag für eine logischere und vollendetere Struktur bestand darin, den ESM rechtlich vollständig in die EU-Verträge zu

Der von der Kommission in den Jahren 2018-19 vorgelegte Vorschlag scheiterte an verschiedenen Schwierigkeiten und hinterließ einen kleineren Vorschlag, der zwar den derzeitigen Status der Kommission beibehalten, ihr aber neue Befugnisse und Aufgaben übertragen hätte.

Ein Kernstück der neuen Rolle ist die Normalisierung. Der ESM wurde für Krisenländer an der EU-Peripherie maßgeschneidert, und die Beantragung seiner Hilfe war mit dem Schreckgespenst der Zahlungsunfähigkeit verbunden, weshalb heute kein Land ihn in Anspruch nehmen möchte: Es würde zu Misstrauen bei den Investoren, einem niedrigeren Rating usw. führen. Mit der Reform soll dieser **differentific** Situation abgeholfen werden, **indem die Finanzierungsmethode differenziert wird: eine für diejenigen, die die Maastricht-Parameter einhalten (die nach dieser Auffassung ihre "Konten in Ordnung" haben) und eine für diejenigen, die dies nicht tun.** Für die Ersteren gibt es nicht das gefürchtete *Memorandum* mit den blutigen Reformen, sondern eine mildere Absichtserklärung. Für letztere gibt es die "Kur", die bereits für die PIGS reserviert ist. Damit würde die Reichweite des ESM potenziell auf die gesamte Eurozone ausgedehnt. Die Entscheidung, welche Kreditlinie angenommen werden soll, würde jedoch vom ESM selbst getroffen werden, der damit an Bedeutung gewinnen würde, indem er zum *Herrscher über* die Schuldentragfähigkeit aller wird und der Kommission etwas Boden entzieht. Die Rolle des mürrischen Wächters gegenüber den Widerspenstigen würde durch einen wohlwollenden *Unterstützer* für diejenigen mit vorübergehenden Schwierigkeiten ergänzt.

Ein weiterer Punkt der Reform ist die Verpflichtung der Mitglieder, öffentliche Schuldverschreibungen mit **Klauseln** auszugeben, **die eine Umstrukturierung erleichtern.** Damit ist eine Form des kontrollierten Zahlungsausfalls gemeint - mit der Zustimmung einer Mehrheit der Gläubiger; eine Mehrheit, die leichter zu finden wäre. Diese Maßnahme würde die Situation derjenigen, die sich in finanziellen Schwierigkeiten befinden, verschärfen, da die Möglichkeit einer Umstrukturierung die Risiken für die Gläubiger erhöhen würde, die einen höheren Zinssatz verlangen könnten, um sie dem Staat zu leihen, wodurch eine mögliche Spirale zwischen finanziellen Schwierigkeiten und erhöhten Risiken in Gang gesetzt würde.

Der dritte Punkt ist die Möglichkeit für den **ESM, Banken in der Krise zu finanzieren.** Von den drei Säulen der sogenannten Bankenunion sind die beiden, die (I) eine gemeinsame Aufsicht für die größten Institute und (II) Regeln, die die Last der Verluste den Aktionären und Anleihegläubigern aufbürden, zum Tragen gekommen.



Was jedoch fehlte, war eine Einigung über die gemeinsame Einlagensicherung, die im *einheitlichen Abwicklungsfonds* verankert ist. Dieser verfügt über keinerlei Mittel, um eine schwere Bankenkrise zu bewältigen, und der ESM wäre befugt, ihn zu finanzieren. Der politische Einwand gegen dieses Vorrecht bestand in der Möglichkeit einer willkürlichen Auswahl der zu rettenden Banken sowie in der Tatsache, dass der Fonds selbst mit Hilfe des ESM nicht in der Lage wäre, eine schwere Krise zu bewältigen.

Das Gesicht des reformierten ESM - sollten diese Änderungen jemals in Kraft treten - wäre nicht das einer völlig anderen Institution, aber es wäre etwas mehr. Es ist schwer vorstellbar, dass größere Länder in einer geopolitisch sensiblen Lage wie Italien eine so harte Austeritätsbehandlung wie in Griechenland erfahren könnten; aber er würde wahrscheinlich als ein weiteres Element im Getriebe des bereits zerbrochenen EU-Haushaltskontrollmechanismus fungieren, und zwar in einer gedämpfteren und systemischeren Weise, ohne die Möglichkeit aufzugeben, dass er zu seinem mürrischen Gesicht gegenüber möglichen politisch weniger problematischen "Verwerfern" zurückkehrt.

Welche Perspektiven?

Zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Berichts scheint die Reform vorerst auf Eis gelegt. Aber selbst wenn dies nicht der Fall wäre, würde dies die institutionelle Anomalie, die sie darstellt, nicht beenden.

Einerseits ist das Fehlen eines vollständigeren Systems auf die unterschiedlichen Interessen zurückzuführen, die die Politik der Mitgliedstaaten leiten, andererseits bleibt es ein starkes Argument für diejenigen, die nicht nur einige seiner Elemente delegitimieren wollen, sondern auch die Logik selbst, von der sie durchdrungen sind und die für den gesamten Horizont der EU konstitutiv ist. Die Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts, die derzeit in *Vorbereitung ist*, bestätigt dies voll und ganz. Auch wenn es taktisch vorteilhaft sein mag, eine einzelne Komponente ins Fadenkreuz der Kritik zu rücken, so bleibt das eigentliche Ziel doch das merkantile und hierarchische Wesen der EU.





Steuerprogressivität versus Ungleichheit

Herausg

egeben von

Antonio De Lellis

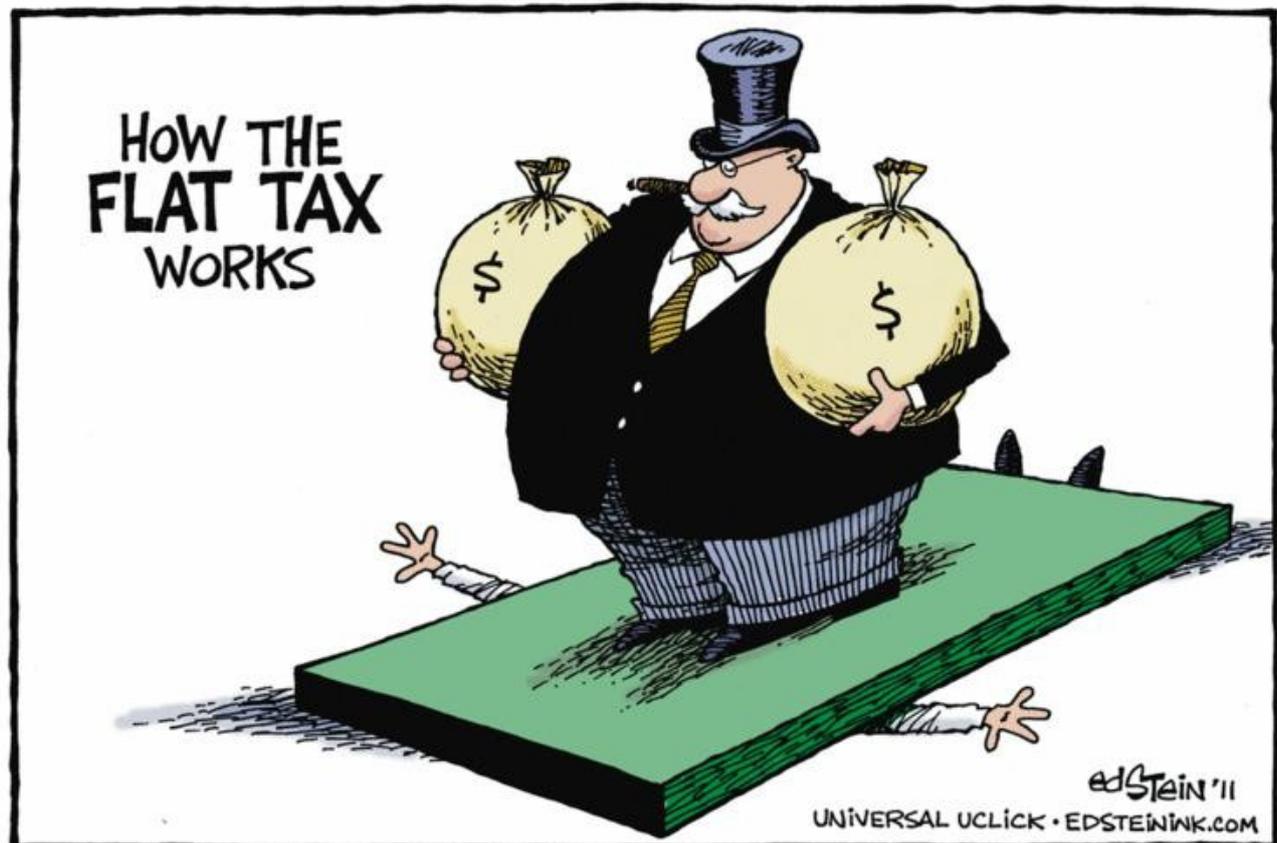
(Attac Italien, CADTM Italien)

In diesem besonderen historischen Moment, der durch starke Ungleichheiten gekennzeichnet ist und in dem die Steuerprogressivität oft nicht richtig verstanden oder mit anderen Konzepten verwechselt wird, ist eine angemessene Bewertung erforderlich, um die Tragweite einer der wichtigsten Normen unserer Verfassungscharta besser zu erklären. In Artikel 53 der Verfassung heißt es: *"Jeder ist verpflichtet, nach seinen Kräften zu den öffentlichen Lasten beizutragen. Das System*

die Besteuerung nach dem Kriterium der Progressivität erfolgt".

Das Prinzip der **progressiven** Besteuerung ist ein Steuerkonzept, das besagt, dass die Steuersätze mit zunehmendem Einkommen des Steuerzahlers steigen. Mit anderen Worten: Personen mit höherem Einkommen zahlen einen höheren Prozentsatz an Steuern als Personen mit niedrigerem Einkommen. Laut dem von Cadtm Italia im Jahr 2017 vorgelegten Dossier ergibt sich unter Berücksichtigung der Einnahmeverluste aufgrund der geringeren Progressivität der Steuerreformen und der fehlenden Kumulierung durch eine Vielzahl von Ersatzsteuern "für den Staat [allein] im Jahr 2016 ein Verlust von 8,3 Milliarden Euro, was 4,5 Prozent der Irpfe-Einnahmen entspricht". Wendet man die gleiche Berechnung auf die letzten 34 Jahre (seit 1974) an, so belaufen sich die entgangenen Einnahmen auf insgesamt

146 Milliarden. Diese Mindereinnahmen wurden durch die Ausgabe von Staatsanleihen ausgeglichen, die aufgrund des Zinseszinses zu einer höheren Verschuldung von 295 Mrd. führten, was 13 % der gesamten aufgelaufenen Schulden entspricht. Von 2017 bis 2023 hat sich der Trend nicht umgedreht. Eine Begünstigung der reicheren Klassen, die für die gesamte Gemeinschaft sehr kostspielig war und ist!





Progressivität dient aber auch dazu, Ungleichheiten abzubauen und das Prinzip der Solidarität zwischen denen, die viel haben, und denen, die wenig haben, zu aktivieren (Art. 2 und 3 der Verfassung). In dem Bestreben, Irpef ein stark progressives Gepräge zu geben, sah der Gesetzgeber bei seiner Gründung 1971-1973 32 Klammern vor.

Am 1. Januar 2024 trat die erste Phase der **Irpef-Steuerreform der Regierung Meloni** in Kraft, in der die ersten beiden Steuerklassen zu einem einzigen Steuersatz von 23 % für Einkommen bis zu 28.000 EUR zusammengelegt wurden. Insgesamt gibt es drei Steuerklassen. Eine Ohrfeige für unsere Verfassung! Diese Reform passt also genau in das Projekt einer scheinbaren Vereinfachung, die die sozialen Ungleichheiten verstärkt.

Neu ist auch das Dekret über die internationale Besteuerung, mit dem die **globale Mindeststeuer in Italien ab dem 1. Januar 2024** eingeführt wird. Diese Mindeststeuer von 15 % ist Teil der globalen Steuerreformvorschläge, die von der OECD, den G20 und den EU-Ländern gefördert werden. Multinationale oder inländische Konzerne, die in diesen Gebieten tätig sind und in mindestens zwei der vier vorangegangenen Geschäftsjahre einen konsolidierten Umsatz **von mindestens 750 Mio. EUR** erzielt haben, müssen diese Steuer entrichten.

Wie werden sich die bevorstehenden Europawahlen auf die Steuerreformen und die Bekämpfung der sozialen Ungleichheiten auswirken?

Es ist zu bedenken, dass die Besteuerung ein Vorrecht der Mitgliedstaaten ist, während die EU in diesem Bereich nur begrenzte Kompetenzen hat. Da die EU-Steuerpolitik auf das reibungslose Funktionieren des Binnenmarktes abzielt, ging die Harmonisierung der indirekten Steuern (auf den Verbrauch, z. B. die Mehrwertsteuer) der Harmonisierung der direkten Steuern (auf Einkommen und Vermögen) voraus. Darauf folgte der Kampf gegen schädliche Praktiken der Steuerhinterziehung und Steuervermeidung.

Die EU-Steuergesetzgebung muss jedoch von den Mitgliedstaaten einstimmig angenommen werden. Das Europäische Parlament hat das Recht, in Steuerfragen konsultiert zu werden. Was die Verabschiedung von Rechtsakten anbelangt, so ist das EU-Steuerrecht vor allem dadurch

gekennzeichnet, dass der Rat einstimmig über einen Vorschlag entscheidet.

der Kommission nach Anhörung des Parlaments. Der Ausschuss ist der festen Überzeugung, dass die Beibehaltung der Einstimmigkeit als Voraussetzung für alle Entscheidungen in Steuerangelegenheiten das Erreichen des in Europa erforderlichen Niveaus der Steuerkoordinierung behindert. Aus diesem Grund hat er Vorschläge für den Übergang zur qualifizierten Mehrheit in bestimmten Steuerbereichen unterbreitet. Die Mitgliedstaaten haben diese Vorschläge jedoch abgelehnt.

Die Befugnis, Steuern einzuführen, abzuschaffen oder zu ändern, bleibt bei den Mitgliedstaaten. Jedem Mitgliedstaat steht es frei, das Steuersystem zu wählen, das er für am besten geeignet hält, solange es die EU-Vorschriften einhält. In diesem Rahmen sind die wichtigsten Prioritäten der EU-Steuerpolitik die Beseitigung steuerlicher Hindernisse für die grenzüberschreitende Wirtschaftstätigkeit, die Bekämpfung des schädlichen Steuerwettbewerbs und der Steuerhinterziehung sowie die Förderung einer stärkeren Zusammenarbeit zwischen den Steuerverwaltungen zur Gewährleistung der Kontrolle und der Betrugsbekämpfung.

Die Zahlung von Steuern gemäß den wenig progressiven Vorschriften der Mitgliedstaaten ist keine Steuerhinterziehung oder -umgehung, auch wenn deren Bekämpfung die Auswirkungen der Ungleichheit verringern könnte.

Daher werden die bevorstehenden Europawahlen ein sehr wichtiger Test sein, denn wir werden uns entscheiden müssen, ob wir den Trend umkehren oder mit einer regressiven Politik weitermachen wollen, die das Grundprinzip der Progressivität auslöscht, ohne das Gleichheit nur und zunehmend ein undurchführbares Prinzip sein wird.

Die einzig wahre gemeinsame Verteidigung ist der Kampf gegen die Ungleichheit.

Die einzige sichere Gesellschaft ist eine, die sich kümmert.



und Arbeiterklasse in das demokratische System und zu einer Zunahme der Unterstützung für populistische oder rechtsextreme Bewegungen geführt.

Der Abbau von Ungleichheiten ist daher von entscheidender Bedeutung

Von Vorschlägen zu Taten: eine Kampagne von Attac für ein gerechtes und progressives europäisches Steuersystem

herausg
gegeben von
Domenico Tinelli
(Attac España)

Der Kampf für Demokratie ist auch und vor allem ein Kampf für eine gerechtere Gesellschaft.

Nach dem Zweiten Weltkrieg, in dem Zeitraum, den Historiker als die "dreißig glorreichen Jahre" des Kapitalismus (1945-1973) bezeichnen, wurden die wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten in den Industrielländern Westeuropas und Nordamerikas erheblich verringert. Dank der Anwendung keynesianischer Politiken zur Stimulierung der Nachfrage und zur Umverteilung des Reichtums war dieser Zeitraum durch die Schaffung des Wohlfahrtsstaates, die Universalisierung der Gesundheitsversorgung und des Bildungswesens sowie die schrittweise Schaffung eines Systems der sozialen Sicherheit gekennzeichnet.

Leider hat die Einführung einer immer aggressiveren neoliberalen Politik seit den 1980er Jahren dazu geführt, dass diese Errungenschaften wieder aufgegeben wurden. Eine der offensichtlichsten Auswirkungen war eine alarmierende Rückkehr zur Konzentration des Reichtums in wenigen Händen. Auf politischer Ebene hat die zunehmende wirtschaftliche Ungleichheit zu einem Vertrauensverlust der Mittel-

um unser demokratisches System zu schützen. Einer der Hebel, um dies zu erreichen, ist ein progressives und gerechtes Steuersystem. Heute muss die Progressivität und Gerechtigkeit des Steuersystems nicht nur energisch verteidigt, sondern auch und vor allem perfektioniert werden, wobei ein klares Kriterium zugrunde gelegt werden muss: Belohnung und Honorierung von Arbeitseinkommen, Bestrafung von unproduktivem Einkommen und Einkommen aus Finanzspekulationen.

Nach dem jüngsten Bericht der Europäischen Steuerbeobachtungsstelle - einer mit der Paris School of Economics verbundenen und von der EU finanzierten Forschungseinrichtung - erreichte das in Steueroasen versteckte Finanzvermögen im Jahr 2022 weltweit 12 Billionen Dollar (12 % des weltweiten BIP). Darüber hinaus erreichen die in Steueroasen transferierten Gewinne multinationaler Unternehmen die Rekordhöhe von 1 Billion Dollar. Das sind 35 % aller von Großunternehmen erzielten Gewinne.

Aus Sorge, die Zustimmung der Wähler angesichts der skandalösen Anhäufung von Reichtum in den Händen der neuen eisernen Herren, die von den Oligopolen der Technologie-, Banken-, Finanz- und großen *Versorgungsunternehmen* repräsentiert werden, zu verlieren, haben einige Regierungen in letzter Zeit *einmalige* Steuern eingeführt, die jedoch eher einen symbolischen Wert haben als eine echte Umverteilung des Reichtums. Die spanische Regierung hat 2022 eine "Solidaritäts"-Steuer auf große Vermögen (ab drei Millionen Euro) eingeführt, die jedoch nur für den Zeitraum 2023-2024 gelten wird. Auch Länder wie Italien, Belgien, Schweden und Spanien selbst haben befristete Steuern auf außerordentliche Gewinne im Banken- oder Energiesektor eingeführt. Im Oktober 2022 verabschiedete die Europäische Union außerdem eine Verordnung zur Einführung eines "Solidaritätsbeitrags" in Höhe von 33 % auf die Extragewinne des Energiesektors, der jedoch auf die Einnahmen des Jahres 2022 begrenzt ist.

In anderen Fällen ist sie über Proklamationen und gute Absichten nicht hinausgekommen. Im Jahr 2023 schlug US-Präsident Joe Biden mehrmals eine Mindeststeuer von 25 % für Multimillionäre vor und forderte sie freundlicherweise auf, *etwas mehr Steuern zu zahlen*. Auch letztes Jahr, zu Beginn der Präsidentschaft des Europäischen Rates, kündigte der Regierungspräsident Pedro Sánchez als eine der Prioritäten der spanischen Präsidentschaft die Verabschiedung einer europäischen Steuer für Superreiche und multinationale Konzerne an, obwohl am Ende nichts mehr daraus geworden ist.



Konkretere Initiativen kommen aus der Zivilgesellschaft, der akademischen Welt und von Intellektuellen. Ein Beispiel dafür ist die europäische Bürgerinitiative "**Tax the Rich**", die eine Million Unterschriften sammeln will, damit die Europäische Kommission einen Legislativvorschlag zur Einführung einer europäischen Steuer auf große Vermögen vorlegt, mit der ein Fonds zur Eindämmung der Auswirkungen des Klimawandels finanziert werden soll. Zu den Befürwortern der Initiative gehören der Vorsitzende der belgischen Sozialisten, Paul Magnette, der französische Wirtschaftswissenschaftler Thomas Piketty und der Generalsekretär von Oxfam Dänemark, Lars Kock. Gleichzeitig schlägt die Europäische Steuerbeobachtungsstelle eine globale Mindeststeuer von 2 % auf große Vermögen vor.

Kurzum, der politische und gesellschaftliche Zeitpunkt ist günstig für eine starke Initiative für Steuergerechtigkeit auf europäischer und globaler Ebene. Im Jahr 2023 hat sich das Europäische Netzwerk von Attac auf ein **gemeinsames Papier mit Vorschlägen zur Besteuerung in Europa** geeinigt.

Als Attac Spanien sind wir der Meinung, dass es an der Zeit ist, einen Schritt weiter zu gehen und von Vorschlägen zu Taten überzugehen. Zu diesem Zweck haben wir Folgendes entwickelt

und startete eine Kampagne zur Sensibilisierung der europäischen Institutionen und Bürger für die Schaffung eines gerechten und progressiven Steuersystems in der EU.

Die Kampagne konzentriert sich auf drei "Arbeitstiere":

- 1) Europäische Finanztransaktionssteuer ("Europäische Tobin-Steuer") mit einem Satz von 0,5 % auf den Verkauf von Aktien, Anleihen und Währungen und 0,1 % auf Derivate.
- 2) Europäische Vermögenssteuer mit progressiven Sätzen von 0,5 % bis 20 % und einer Freigrenze von bis zu 1 Mio. EUR. Diese Maßnahme würde die Einrichtung eines europäischen Klimafonds finanzieren.
- 3) Mindeststeuer auf konsolidierte Gewinne multinationaler Unternehmen mit Sätzen zwischen 20% und 40%.

Die Kampagne, die in Zusammenarbeit mit



Kampagne "Steuern für Reiche"



anderen Mitgliedern des Europäischen Netzwerks von Attac, werden wir uns vor allem auf die erste Hälfte des Jahres 2024 konzentrieren. Die Wahl ist nicht zufällig: Wir wollen die Gelegenheit der Europawahlen im Juni nutzen, um die Aufmerksamkeit fortschrittlicher politischer Kräfte, anderer Organisationen der Zivilgesellschaft und der Medien zu gewinnen.

In diesem Sinne wird die Kampagne sowohl aus Aktionen auf nationaler Ebene der beteiligten Attac-Delegationen als auch aus Aktionen auf europäischer Ebene bestehen. Zu den ersteren gehören die Verbreitung der Inhalte der Kampagne in den nationalen Medien, in den sozialen Netzwerken und Kommunikationskanälen von Attac, Mailings und Kontakte mit politischen Kräften und Kandidaten bei den Europawahlen.

Einer der Höhepunkte wird die Organisation eines *Workshops* sein, in dem die Ziele der Kampagne während der ersten europäischen Veranstaltung **des European Common Space for Alternatives** (ECSA) vorgestellt werden, einem neu geschaffenen europäischen Netzwerk für Konvergenz und Vorschläge zwischen europäischen zivilgesellschaftlichen Bewegungen, das aus den Erfahrungen des Sozialforums hervorgegangen ist. Die Veranstaltung wird vom 26. bis 28. April 2024 in Marseille stattfinden. Gleichzeitig wird es wichtig sein, Allianzen mit anderen Initiativen auf europäischer Ebene zu schmieden, wie der bereits erwähnten europäischen Bürgerinitiative *Tax the Rich*.

Auch wenn es sich nur um einen ersten Beitrag zum Aufbau eines progressiven und gerechten Steuersystems auf europäischer Ebene handelt, sind wir davon überzeugt, dass diese Initiative eine wunderbare Gelegenheit ist, die Rolle von Attac als Bewegung zur Verteidigung wirtschaftlicher Gerechtigkeit und gegen Finanzspekulationen zurückzuerobern und zu bekräftigen. Aus diesem Grund laden wir alle Attac-Delegationen - und darunter auch Attac Italia - zur aktiven Teilnahme ein!

Europa zieht in den Krieg

von

Raffaella Bolini
(ARCI)

Wir bewegen uns auf die Europawahlen zu. Und mit großen Schritten auf einen echten Krieg in der Welt zu.

Mitte Februar 2024, auf der Münchner Sicherheitskonferenz, sprach NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg in einer gemeinsamen Erklärung mit dem Präsidenten der Europäischen Kommission über Waffen für die Ukraine Klartext: *"Wir müssen von einem langsamen, friedenszeitlichen Industriesystem zu einem schnellen, konflikttypischen Industriesystem übergehen, um mehr zu produzieren. Dies wird nicht nur der Ukraine, sondern auch der NATO durch die Schaffung hochwertiger Arbeitsplätze helfen"*.

Der wirtschaftliche Aufschwung erfolgt durch die Wirtschaft des Krieges, Europa rüstet bis an die Zähne auf, in vielen Ländern wird wieder über die Wehrpflicht gesprochen. Wir haben einen Krieg im eigenen Land in der Ukraine, mehr als einen hitzigen Konflikt im Mittelmeer und einen Völkermord in Gaza.

Bis jetzt dachten wir vielleicht, dass die zu zahlenden Preise alles in allem erträglich seien, weil unter den Bomben andere landen. Aber die Experten fangen an, darüber zu streiten, wie viele Jahre uns noch von einem wirklichen Weltkonflikt trennen. Es besteht die ernste Gefahr, dass auch wir in Waffen und an der Front enden - wenn das so weitergeht. Wir sollten anfangen, uns ernsthaft Sorgen zu machen.

Nicht mit Verzweiflung, sondern mit Hoffnung kann man die Welt verändern.

Und heute hat die Hoffnung nur wenige Pfeile in ihrem Bogen. Fast ein halbes Jahrhundert ist es her, dass sich ein aggressiver, dampfwalzenartig globalisierter Kapitalismus aufgemacht hat, die Welt hemmungslos zu erobern, und hierher hat er uns geführt: in den dritten Weltkrieg, der immer weniger

in Stücke zerfällt, in den fortschreitenden Klimakollaps, in immer extremere Ungleichheit, in eine Krise der Demokratie.

Wir befinden uns in einem dramatischen Teufelskreis: Das System verbreitet nach Belieben Angst und Frustration,



Unsicherheit, die - wenn sie keinen überzeugenden und glaubwürdigen Alternativvorschlag finden - letztlich zu einer Zustimmung zur Rechten, zu reaktionären Kräften und Kulturen führt.

Und die Reaktionäre, die zunehmend an der Macht sind, lösen die Krise nicht. Sie verschlimmern sie. Und sie führen uns direkt in den Abgrund.

Die Eskalation des Schreckens, die wir ab dem 7. Oktober 2023 erleben, ist ein Beweis dafür, wie viel Schaden der Tod der Politik der Gerechtigkeit, die Ermordung des Völkerrechts und das Schweigen, die Komplizenschaft und die Vergesslichkeit der internationalen Politik anrichten.

Der Völkermord in Gaza ist paradigmatisch für viele Dinge. Dreißig Jahre lang hat die Welt, ohne einen Finger zu rühren, der systematischen Zerstörung der Friedenshoffnungen der 1990er Jahre zugesehen. Die Besatzung in Palästina ist weiter vorangeschritten, der Gazastreifen ist umzingelt und seit Jahren durch eine illegale Belagerung abgeschottet, die Siedlungen haben das bewirkt, wofür sie erfunden wurden: die Unmöglichkeit die Kontinuität territoriale Kontinuität die notwendig ist, damit ein Staat entstehen und leben kann. Angesichts all dieser Tatsachen rechtfertigt der europäische Mainstream Israel. Immer.

Wir Europäer sollten immer die beiden großen Lasten spüren, die wir auf unseren Schultern zu tragen haben: den Kolonialismus und den Holocaust. Beide sind das Produkt unserer westlichen und weißen Vorherrschaft, und beide sind die Ursache für die Katastrophe in Israel und Palästina. Wir haben beschlossen, zu tragen

nur eines, und selbst das - der Holocaust - wir tragen es schwer.

Israel ist ein krankes Land, und ein ständiges Ja zu ihm verschlimmert nur seine Krankheit. Das sagen die israelischen Pazifisten, eine mutige und heldenhafte Minderheit, wie gefährlich es ist, die Unsicherheit in einem sicherheitspolitischen, militaristischen, rassistischen Schlüssel abzulehnen.

Die Rechten tun dies, in unterschiedlichem Ausmaß, überall auf der Welt. Und Israel ist leider zu einem Spiegel geworden, in den man mit Angst hineinschauen kann. Dem muss Einhalt geboten werden, nicht nur im Namen der Rechte des palästinensischen Volkes, sondern auch um Israel vor sich selbst zu schützen und seine Zukunft zu sichern.

Unterdrückung schafft keine Gerechtigkeit, weder bei denen, die sie begehen, noch bei denen, die sie erleiden.

Sogar unter den Palästinensern hat sich alles verschlechtert, und das bei einem Volk, das eigentlich das säkularste und fortschrittlichste im Nahen Osten war. Wir sehen es auch hier, wie soziale und politische Frustration zu Desintegration und Radikalisierung führt. Von dort ganz zu schweigen.

Es ist tragisch, dass so viele in Palästina denken, dass wir nur wegen des 7. Oktober wieder über die Rechte des palästinensischen Volkes sprechen. Es ist gefährlich, dass eine neue Generation in dem Glauben aufwächst, dass Gewalt das einzige Mittel ist.



"Picasso - 'Guernica'" von magal (Manuel Galrinho) (CC BY-NC-ND 2.0)



nützlich, um Ergebnisse zu erzielen.

Ohne Hoffnung auf Gerechtigkeit ist dies das Ergebnis, beim Besatzer und bei den Besetzten. Und es brauchte ein Gericht, um zu sagen, was die Politik nicht zu sagen und zu tun wagt.

Der Internationale Gerichtshof, das UN-Tribunal, hat gegen Israel ein Verfahren wegen Völkermordes eingeleitet. Das Urteil wird Jahre dauern, aber

Israel befindet sich auf der Anklagebank. Das Urteil des Gerichts, das den Vorwurf des Völkermordes für plausibel hält, ist ein Licht in der Dunkelheit: Diejenigen, die Ausrottung begehen, können nicht ungestraft bleiben.

Wenn aber die Justiz an die Stelle einer Justizpolitik treten muss, bedeutet dies, dass eine Justizpolitik auf der Flucht ist.

Eine eigenständige Außenpolitik ist in Europa seit Jahren von der Bildfläche verschwunden.

Die europäische Außenpolitik ist durch die NATO-Politik ersetzt worden. Und die NATO hat im Laufe der Zeit mehrmals offiziell ihre strategischen Änderungen bekannt gegeben. Inmitten des allgemeinen Desinteresses hat sie beschlossen, die

**FERMATEVI.
FERMATELI.
FERMIAMOLI.**

**OGGI, ORA,
PRIMA CHE SIA
TROPPO TARDI.**

Leggi l'appello:
www.arci.it/fermiamoli





der Kranich Iodis

unser Schicksal.

Nach dem Fall der Berliner Mauer machte sie sich zunächst an die militärische Eroberung Osteuropas. Dann hat sie Russland als Feind ausgemacht. Und nun ist auch China zum Feind geworden - was den Indopazifik zum wahrscheinlichen Szenario des nächsten Flächenbrandes macht.

In Osteuropa sind Hunderttausende ukrainische und russische Tote die Folge, die Ukraine ist überfallen und zu einem Drittel zerstört, ein Krieg, dessen Ende nicht absehbar ist.

Die europäischen Staats- und Regierungschefs von damals haben schon vor dem Fall der Mauer darüber nachgedacht, wie man Russland in ein gemeinsames und voneinander abhängiges europäisches Sicherheitssystem einbinden kann, um die Demokratisierung zu fördern und zu vermeiden, dass man sich mit einem frustrierten Nachbarn konfrontiert sieht, der mit dem Rücken zur Wand steht - denn nichts ist gefährlicher als das.

Es war ein Projekt, das so viel und so gut in Gebiete mit geografischen, sprachlichen und kulturellen Überschneidungen wie die Ukraine investieren musste. Die NATO hat das Gegenteil getan, indem sie die bewaffnete Grenze nach Osten verschoben hat. Damit hat sie in Russland den Sieg der militaristischen Bestrebungen und des aggressiven Panlawismus begünstigt.

Im Mittelmeerraum hat sich die Politik der Europa-Mittelmeer-Partnerschaft von Barcelona aus dem Jahr 1995, die einen gemeinsamen Raum der politischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit vorsah, in die neue Nachbarschaftspolitik gewandelt, die seit 2004 nur noch den Kampf gegen den Terrorismus und die Blockade von Migranten in den Mittelpunkt stellt.

Die demokratischen arabischen Revolutionen waren nicht von Dauer: Die neuen demokratischen Regierungen verlangten den Erlass der ungerechten Schulden, die durch die Raubzüge der Diktatoren entstanden waren, die Europäische Union reagierte darauf mit verschärften Freihandelsverträgen, die die lokale Wirtschaft zerstören. Und die letzte Bastion der Demokratie, Tunesien, ist ebenfalls zusammengebrochen.

Formen. Zur Sicherung geopolitischer Interessen, zur Eroberung von fossilen Brennstoffen und seltenen Erden oder zur Abschottung der Grenzen gegen Migranten. Der *Mattei-Plan* der Regierung Meloni ist eines der krassesten Beispiele dafür.

Europa war ein Nordstern für den Süden

bis vor ein paar Jahrzehnten. Trotz unserer schrecklichen kolonialen Vergangenheit war unser fortschrittlicher sozialer Kompromiss zwischen Kapital und Arbeit, *Wohlfahrt* und der Linken führend unter den demokratischen Kräften des globalen Südens. Wir sind für niemanden mehr eine Referenz, und unsere Krise nährt die Macht regionaler Regime wie Ägypten und der Türkei.

In der Zwischenzeit wappnen wir uns. Mit Engagement und Überzeugung. In den letzten zehn Jahren sind die Militärausgaben der EU-NATO-Länder um fast fünfzig Prozent gestiegen. Innerhalb eines Jahrzehnts hat Deutschland seine realen Militärausgaben um 42%, Italien um 30% und Spanien um 50% erhöht. Und Europa hat begonnen, die Wiederaufrüstung direkt zu finanzieren.

Im Jahr 2024 wird Italien 28,1 Milliarden Euro für Rüstungsgüter ausgeben, was einem Anstieg von mehr als 1.400 Millionen Euro gegenüber 2023 entspricht: ein prozentualer Anstieg von 5,5 % gegenüber dem Vorjahr.

Ohne UN-Mandat und ohne parlamentarische Abstimmung haben wir das taktische Kommando über die ASPIDES-Mission im Roten Meer gegen die Aktionen der jemenitischen Houthis übernommen. Es handelt sich um eine potenziell offensive Mission mit vagen Einsatzregeln, die uns zu aktiven Akteuren im Nahostkonflikt macht. Unterdessen hat die Regierung Meloni in Tokio die Entsendung von Flugzeugträgern und F35 in den Indopazifik angekündigt.

Ein vom Ministerrat gebilligter Gesetzentwurf änderte daraufhin die Vorschriften für militärische Auslandseinsätze, um deren Genehmigung zu beschleunigen und eine Abstimmung im Parlament zu vermeiden.

Der Senat hat die Änderung des Waffenhandelsgesetzes verabschiedet, die die Ein- und Ausfuhr erleichtert und die Daten weniger transparent macht: ein Vorteil für Waffenhersteller und -händler sowie für bewaffnete Banken.

Europa zieht in den Krieg.

Und wir haben keine andere Wahl, als uns zu organisieren, um sie zu stoppen. Pazifisten und Pazifisten allein sind nicht genug. Wir brauchen alle und jeden. Um Gaza zu retten, um alle Kriege zu beenden, um uns selbst zu retten.



Die ungezügelte europäische Rasse Aufrüstung

herausgegeben

von Elio

Pagani

("Nieder mit dem

Krieg") Apropos Aufrüstung in Europa: In den Mainstream-Medien wird behauptet, dass die Wiederaufnahme des Wettrüstens aufgrund der Russische Invasion in der Ukraine.

Natürlich treibt dieser Krieg die Militärausgaben in die Höhe, die zwischen 2021 und 2022 um 13 % steigen werden, was dem weltweiten Aufwärtstrend seit 1998 entspricht. Vor allem seit 1989, dem Jahr des Falls der Berliner Mauer, sind die Militärausgaben um 40 % gestiegen.

Im Jahr 2022 belaufen sich die weltweiten Ausgaben auf 2 240 Milliarden USD, ein Wert, der nicht einmal zu Zeiten des Kalten Krieges erreicht wurde. Die USA dominieren, gefolgt von China, Russland, Indien und Saudi-Arabien. Genauer gesagt, geben die USA 39 % der weltweiten Ausgaben aus, die NATO 55 %, die EU 12 %, China 13 % und Russland 4 %.

Berücksichtigt man andere Länder, die mit der NATO zusammenarbeiten, so erreichen die gesamten Militärausgaben 73 %, und **das Ziel von 2 % des BIP für jedes NATO-Mitglied ist nun ein Ausgangspunkt geworden.**

Diese Daten allein können das Verhalten der Akteure nicht unbeeinflusst lassen.

Bis 2023 würde Italien rund 28 Milliarden Euro

ausgeben, und wie wir sehen, steigen auch die italienischen Militärausgaben seit mindestens 2016 stetig an und werden in den kommenden Jahren noch stärker zunehmen. In der Tat sind mindestens weitere 25 Milliarden Euro für den Kauf neuer Waffen geplant, die zur Kraftprojektion fähig sind: Panzer, Flugzeugträger, U-Boote, Jagdbomber.

Welches sind die größten Waffenfabriken der Welt? Unter den zehn größten Unternehmen nach Umsatz sind sieben amerikanische, ein britisches, ein französisches und das italienische Leonardo an achter Stelle. Das italienische Unternehmen Fincantieri, das nach Investitionen zu den Top Ten gehört, liegt auf Platz sechs.

Was die weltweiten Waffenexporte betrifft, so entfällt der Löwenanteil mit 74 % auf die NATO-Mitgliedstaaten; Russland hat einen Anteil von 16 % und China einen von 5 %. Die europäischen Staats- und Regierungschefs drängen uns angesichts der Situation, die Kriegswirtschaft als notwendiges Instrument zum Schutz der EU-Bürger vor künftigen Bedrohungen zu akzeptieren. Die Erhöhung der Militärausgaben in der EU wurde jedoch vor der russischen Invasion in der Ukraine beschlossen, ebenso wie die Entwicklung ihrer militärischen Instrumente aus der Ferne kommt.

Bereits 1993 wurde die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) ins Leben gerufen, die 2009 durch eine Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) ergänzt wurde. Im Jahr 2004 wurde die Europäische Verteidigungsagentur (EDA) gegründet und seit 2017 ist der Europäische Verteidigungsfonds (EEF) aktiv. Die *Europäischen Gefechtsverbände* sind seit 2007 im Einsatz, seit 2022 haben sie sich zu Krisenreaktionsinstrumenten entwickelt. Im Jahr 2021 wurde die Europäische Friedensfazilität (EPF) geschaffen, die heute zur militärischen Unterstützung der Ukraine eingesetzt wird.

Die EU-Finanzierung für die Rüstungsindustrie ist seit 2017 exponentiell gestiegen, und der Europäische Verteidigungsfonds hat für den Zeitraum 2021 bis 2027 Militärausgaben in Höhe von fast acht Milliarden Euro geplant, was zusammen mit anderen damit verbundenen Posten einen Wert von fast 20 Milliarden Euro ergibt. Aufsehen erregend ist die Verwendung der Europäischen Friedensfazilität, die zur "Konfliktverhütung" geschaffen wurde und nun dazu dient, EU-Länder zu unterstützen, die Waffen an Kiew liefern. Am 28. Februar 2022 wurden 5,7 Milliarden Euro bereitgestellt, die später auf 7,9 Milliarden Euro aufgestockt wurden, mit der Absicht, bald 12 Milliarden Euro zu erreichen. Am 1. Juni 2023 stimmte das Europäische Parlament dafür, die Produktion von einer Million Munition mit 500 Millionen Euro zu unterstützen, ohne die Verwendung von PNRR-Mitteln und EU-Kohäsionsfonds zu diesem Zweck auszuschließen. Angesichts der Dringlichkeit dieser Produktion ist es möglich, Umwelt-, Gesundheits- und Sicherheitsvorschriften nicht anzuwenden.

Die militärischen Fähigkeiten der EU sind jedoch nicht unabhängig von der NATO, sondern im Gegenteil, sie sind zunehmend in die NATO integriert. Bereits 1992 hat die WEU, die europäische Militärstruktur, im Zuge des Strategischen Konzepts



Die NATO arbeitet die "Petersberg-Missionen" aus, die Krisenmanagement und friedenserhaltende Maßnahmen auch fernab des europäischen Territoriums ermöglichen. Bereits 2011, mit der Auflösung der WEU, wurde die Zusammenarbeit zwischen der EU und der NATO intensiviert und das militärische Instrument der EU wurde zum "europäischen Pfeiler" der NATO. Auf der anderen Seite sind 22 der 27 EU-Länder Mitglieder der Atlantischen Allianz. Die NATO ist jedoch spätestens seit 1999 kein "defensives" Bündnis mehr, als das Bündnis am Rande der NATO-Bombardierung Serbiens und des Kosovo ein neues strategisches Konzept verabschiedete, das die Möglichkeit vorsieht, "außerhalb des Gebiets" zu intervenieren, womit es über Artikel 5 seiner Satzung hinausgeht und gegen die UN-Satzung verstößt.

Die NATO wurde zwar 1949, sechs Jahre vor der Gründung des Warschauer Pakts, gegründet, doch ab 1989, nach dem Fall der Berliner Mauer, anstatt sich wie der Warschauer Pakt 1991 aufzulösen, wuchs die Zahl ihrer Mitglieder von 16 auf 31, wobei sie sich hinter Russland immer weiter nach Osten ausdehnte und ihre Militärausgaben auf 55 % der weltweiten Ausgaben (73 %, wenn man die Partner berücksichtigt) erhöhte. Zwischen 1993 und 2023 intervenierte die NATO mit oder ohne Genehmigung der Vereinten Nationen militärisch, auch mit massiven Bombardierungen, auf dem Balkan, in Afghanistan und Libyen und war im Irak präsent. Unter

1991 und 2003 griffen die NATO-dominierten USA mit oder ohne Genehmigung der Vereinten Nationen den Irak an und intervenierten mindestens seit 2013 in Syrien. Im Jahr 2017 bombardieren sie über AFRICOM Gebiete in Somalia.

Wie wir sehen, stehen wir mit der Situation in der Ukraine vor einer Eskalation, die zu einem Weltkrieg führen kann, der nicht durch Stellvertreter, sondern direkt durch alle beteiligten Akteure ausgetragen wird und zu einem thermonuklearen Krieg führen kann. Trotz der Abrüstungsfortschritte seit 1987, als Michail Gorbatschow den Abzug der Euromissiles aus Europa vorschlug und mit Ronald Reagan den INF-Vertrag über den Abbau von Mittelstreckenraketen unterzeichnete, stehen wir heute wieder vor einer Wiederaufnahme der nuklearen Aufrüstung.

1986 gab es weltweit 70.000 nukleare Sprengköpfe; heute sind es knapp 13.000, was immer noch 400.000 Hiroshima-Bomben entspricht, die zu 90 % den USA und Russland gehören, mit einer



Doomsday Clock" von der Facebook-Seite des "Bulletin Of The Atomic Scientists".



Vorherrschaft der letzteren, gefolgt von China, Frankreich und Großbritannien. Zu diesen fünf Nuklearstaaten im Sinne des Atomwaffensperrvertrags (NPT) gesellen sich noch vier weitere Länder, die über eigene Atomwaffen verfügen: Pakistan, Indien, Israel und Nordkorea. Leider sind die Ausgaben für Atomwaffenarsenale das dritte Jahr in Folge gestiegen und werden im Jahr 2022 fast 83 Milliarden Dollar erreichen, wobei die USA 3,7 Mal so viel wie China und 4,5 Mal so viel wie Russland ausgeben. Es wird erwartet, dass die Ausgaben in den nächsten zehn Jahren weiter steigen werden. Mit den 2.044 Atomtests, davon 711 in der Atmosphäre oder auf See, die bis 1996 von den fünf Mitgliedern des UN-Sicherheitsrates durchgeführt wurden, die überwältigende Mehrheit davon von den USA, haben wir nur einen Vorgeschmack darauf bekommen, was ein Atomkonflikt bedeuten könnte.

Nach Angaben von Greenpeace haben wir bereits 3.800 kg Plutonium und 4.200 kg Uran in die Umwelt freigesetzt, die allein in der Lage sind, bei Milliarden von Menschen Krebs zu erzeugen. Das verwendete Messinstrument ist die Weltuntergangsuhr oder **Doomsday** Clock

der Apokalypse. Im Jahr 1991, dem Jahr der Auflösung des Warschauer Pakts und der Implosion der UdSSR, waren es 17 Minuten bis zur nuklearen Mitternacht, seitdem ist die Zeit bis Mitternacht auf 100 Sekunden in den Jahren 2020-21-22 und dann auf 90 Sekunden im Jahr 2023 geschrumpft. In diesen Monaten des Krieges in der Ukraine gab es sowohl von russischer als auch von US- und NATO-Seite Drohungen mit dem Einsatz von Atomwaffen. Im Grunde genommen ging es nur darum, den Gegnern ihre "*nukleare Haltung*" in Erinnerung zu rufen. Die USA haben kürzlich ihre Bereitschaft zum *Ersteinsatz* von Atomwaffen auch im Falle eines konventionellen, Cyber- oder hybriden Angriffs bekräftigt, während Russland den Einsatz einer Atomwaffe für den Fall einer existenziellen Bedrohung des russischen Staates ins Auge fasst. Da Russland die ehemaligen autonomen Republiken der Ostukraine, vom Donbass bis zur Krim, inzwischen als Teil seines Territoriums betrachtet, könnte jede ukrainische Rückeroberung dieser Gebiete als Grund für einen russischen Nuklearschlag angesehen werden. In jüngster Zeit haben die Medien die Weitergabe russischer Atomwaffen an Weißrussland als sehr gefährlich bezeichnet, dabei aber vergessen zu erwähnen, dass auch die USA seit Jahren unter Missachtung des Atomwaffensperrvertrags (NPT) Atomwaffen in Europa stationieren: Deutschland, Belgien, Holland, die Türkei und Italien s o w i e , mehr



Doomsday Clock" von der Facebook-Seite des "Bulletin Of The Atomic Scientists".



der Kranich Iodis

Beseitigung der Atomwaffen auf italienischem Territorium und den Beitritt zum TPNW erreichen. Wir müssen Italien und die EU dazu bringen, den Krieg wirklich abzulehnen. Wir müssen die NATO auflösen und die UNO neu gründen.

in jüngster Zeit konventionelle und nukleare Waffensysteme mit doppeltem Verwendungszweck in Polen und wahrscheinlich in Lettland, Litauen und Estland. In Italien befinden sich auf den Luftwaffenstützpunkten Ghedi (Brescia) und Aviano (Pordenone) Atomwaffen.

Im Januar 2021 trat der Vertrag über das Verbot von Atomwaffen (TPNW) auf internationaler Ebene in Kraft. Doch bereits 2017, als der Vertragstext von der UN-Vollversammlung angenommen wurde, erklärte die NATO ihre Ablehnung des Vertrags, was dazu führte, dass keiner ihrer Mitgliedstaaten den Vertrag unterzeichnete. Laut der International Campaign to Abolish Nuclear Weapons (ICAN) könnte ein Mitgliedsland den Vertrag dennoch unterzeichnen, da das NATO-Statut keine nuklearen Beschränkungen enthält. Leider nimmt Italien jedoch zusammen mit den anderen Mitgliedern an der Nuklearen Planungsgruppe und, wie die anderen oben genannten Länder, an der Nuklearen Teilhabe teil. In diesen Gremien werden Entscheidungen einstimmig getroffen, so dass ein Mitglied, das der TPNW beitreten möchte, die Zustimmung aller Mitglieder einholen müsste, was unmöglich erscheint. In den letzten Jahren wurden mehrere Initiativen ergriffen, um Italien dazu zu bewegen, dem NNVW beizutreten. Die wichtigste davon war die Kampagne **Italia Ripensaci**. Leider wurde nach sechs Jahren und sechs Regierungen noch kein gültiges Ergebnis erzielt.

Gleichzeitig erhöht die technologische Innovation im Bereich der Atomwaffen, die sich auch auf künstliche Intelligenz stützt, das Risiko ihres Einsatzes drastisch. Aus diesen Gründen beauftragte **Abbasso la Guerra** im Jahr 2021 zusammen mit 21 anderen nationalen oder lokalen Vereinigungen die Juristen der International Association Of Lawyers Against Nuclear Arms (IALANA) mit einer Studie über die Rechtmäßigkeit oder Nicht-Rechtmäßigkeit der Präsenz von Atomwaffen auf italienischem Staatsgebiet. Das Ergebnis dieser Studie besagt, dass diese Präsenz gegen eine Reihe von internationalen und nationalen Normen verstößt und dass rechtliche Schritte eingeleitet werden.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass wir nicht nur einen Stopp der Waffenlieferungen an die Ukraine, einen Waffenstillstand und eine internationale Friedenskonferenz fordern können, sondern dass wir die Grundlagen dafür schaffen müssen, dass der Krieg nicht länger ein Instrument zur Lösung

Ausstieg aus der Kriegswirtschaft, für eine Wirtschaft des Friedens

Her
ausgegeben
von **Antonio
De Lellis**
(Attac Italien)

Heute von einer Friedenswirtschaft zu sprechen, eröffnet dramatische Perspektiven, denn es bedeutet, die derzeitige Wirtschaft als eine Kriegswirtschaft zu betrachten.

Um eine Vorstellung von der Welt zu bekommen, in der wir uns befinden, sollten wir versuchen, diese Zahlen zu analysieren: In den letzten zehn Jahren sind die Rüstungsausgaben in den EU-NATO-Ländern um das 14-fache ihres Gesamt-BIP gestiegen; in Italien sind die Ausgaben für neue Waffensysteme von 2,5 Milliarden Euro auf 5,9 Milliarden Euro gestiegen.

Ein Schritt in Richtung Militarisierung, der die Gefahr birgt, die internationale Ordnung weiter zu destabilisieren und das Wachstum von Wirtschaft und Beschäftigung in Europa und Italien zu bremsen.

Dies wird in dem von den nationalen Büros von Greenpeace Italien, Deutschland und Spanien in Auftrag gegebenen Bericht "**Arming Europe**" angeprangert, der den geringeren Multiplikatoreffekt von Militärausgaben im Vergleich zu Investitionen in die Umwelt, Bildung und Gesundheit aufzeigt.

Trotz der schwierigen Lage der öffentlichen Finanzen Italiens sind die Militärausgaben selbst in unserem Land in einem noch nie dagewesenen Tempo gestiegen, wodurch

abgezogen wurden. Im Zeitraum 2013-2023 sind die Militärausgaben in Italien um 30 % gestiegen. Die Gesundheitsausgaben stiegen nur um 11 %, die Bildungsausgaben um 3 % und die Ausgaben für den Umweltschutz um 6 %.

Diese Studie zeigt, dass Ausgaben für Waffen auch für die Wirtschaft schlecht sind.

Greenpeace hat geschätzt, dass 1.000 Millionen



Fisch frisst den kleinen Fisch. Dies geschieht in den USA, China und der EU. Der Konzentrationsmechanismus führt zu Konflikten. Der Prozess zwischen der versuchten Integration

die für den Kauf von Waffen ausgegeben werden, zu einer Steigerung der inländischen Produktion um nur 741 Mio. EUR führen, während derselbe Betrag, der in Bildung, *Wohlfahrt* und Umweltschutz investiert wird, fast doppelt so viel bewirken würde. Noch größer ist die Diskrepanz bei den Beschäftigungseffekten: Die 3.000 neuen Arbeitsplätze, die durch die Rüstungsausgaben geschaffen werden, würden sich auf fast 14.000 erhöhen, wenn der gleiche Betrag in die Bildung, 12.000 in die Gesundheit und fast 10.000 in den Umweltschutz investiert würde.

Das ***Institute for Economics & Peace*** (IEP) misst den Frieden in einer komplexen Welt. Der *Global Peace Index* (GPI) 2023 ergab, dass die wirtschaftlichen Auswirkungen von Gewalt im Jahr 2022 weltweit 17,5 Billionen Dollar in Kaufkraftparität betragen. Dies entspricht 12,9 Prozent des globalen BIP oder 2.200 Dollar pro Person, was einem Anstieg von 6,6 Prozent gegenüber dem Vorjahr entspricht.

Es besteht dringender Bedarf an einer systemischen Reaktion zur Schaffung von Frieden. In mehreren Regionen verschärfen sich die Konflikte, und die Zahl der Todesopfer nimmt rapide zu. Die Kluft zwischen den friedlichsten und den am wenigsten friedlichen Ländern vergrößert sich weiter, und obwohl sich viele Militarisierungsmaßnahmen in den letzten 15 Jahren verbessert haben, bedeuten die Verbreitung billigerer fortschrittlicher Militärtechnologien, der zunehmende geopolitische Wettbewerb und die zugrunde liegende politische Instabilität in vielen Ländern, dass eine weitere Verschlechterung des globalen Friedens wahrscheinlich ist.

Wenn es eine Verschlechterung des Weltfriedens gibt, so ist dies sicherlich auf das derzeitige Wirtschaftssystem zurückzuführen.

Laut Stefano Lucarelli kontrollieren *Unternehmen* zunehmend andere börsennotierte Unternehmen. An der Spitze dieser Hierarchie stehen einige wenige Unternehmen, die etwa 80 Prozent der S.p.A. kontrollieren. Seit 2007/2008 zeigen die Kontrollindizes eine Konzentration an. Der große

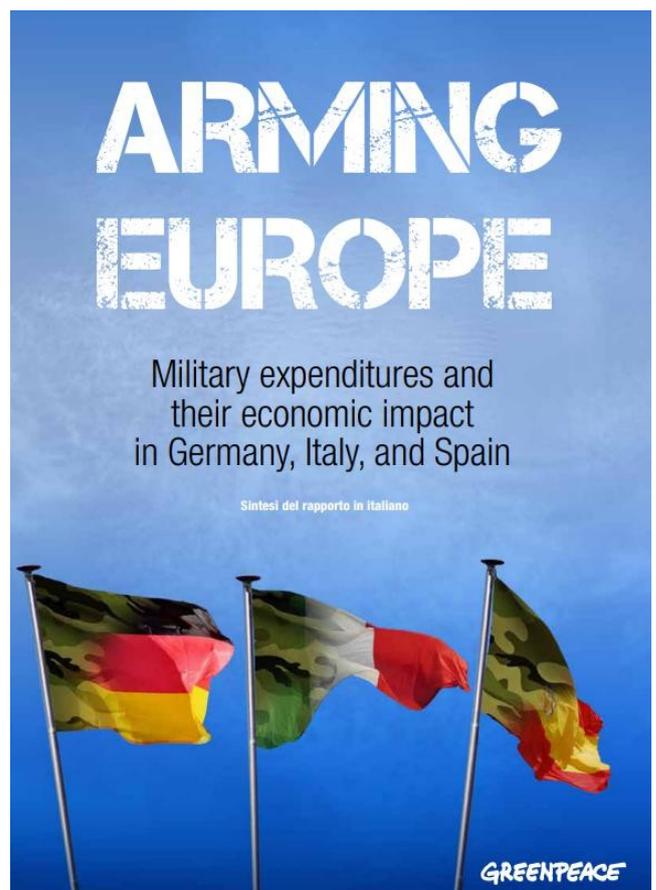
Handel auf der einen Seite und Protektionismus auf der anderen Seite führen zu Konflikten mit angehäuften Militärausgaben. Die Widerstandsfähigkeit der europäischen Demokratien bleibt im Kern erhalten.

Es besteht eine Polarisierung zwischen den Ländern mit einem Handelsbilanzüberschuss, d. h. mit einer positiven Nettoauslandsposition, und den Ländern mit einem Handelsbilanzdefizit.

Solange die überschüssige Liquidität zum Kauf von ausländischen Schuldtiteln der Schuldnerländer verwendet wurde, gab es keine Probleme. Doch als die überschüssige Liquidität zum Kauf von Aktienpaketen und *vor allem* in Biotechnologiesektoren verwendet wurde, die die künftige Entwicklung bestimmen, änderte sich die Situation dramatisch.

Diese Tendenzen gehen den jüngsten Kriegen, einschließlich des Krieges in Syrien, voraus. Zölle, Zölle und Sanktionen wurden gegen Gläubigerländer verhängt, die Beteiligungen an Unternehmen von Schuldnerländern erwarben. Diese Sanktionen setzten sehr starke Mechanismen in Gang, um sich vom Integrationsprozess zu distanzieren.

Bericht über die Bewaffnung Europas, Greenpeace





der Kranich Iodis

Wir sind mit einer einseitigen Globalisierung/Protektionismus konfrontiert, die Konflikte erzeugt.

Der Ukraine-Krieg ist eine imperialistische Antwort auf diesen Finanzkrieg, dem auch Handelssanktionen vorausgegangen sind.

Der israelisch-palästinensische Konflikt ist zwar ein täglicher Konflikt, der heute durch Hass und Angst verschärft wird, aber er ist nicht der einzige. Es gibt viele Fakten, die von den Medien oft verschleiert werden, ebenso wie das Wesen und die Ursprünge dieses Krieges. Es handelt sich nicht einfach um einen direkten Kampf zwischen zwei souveränen Völkern. Vielmehr handelt es sich um den letzten Kolonialkrieg der Neuzeit, der geführt wurde, um die Hegemonie und die absoluten Rechte des einen Volkes über das andere zu errichten, wie es im Gesetz über den Nationalstaat des jüdischen Volkes von 2018 zum Ausdruck kommt. Trotz der unbestreitbaren Verbindung des Judentums und des jüdischen Volkes mit dem Heiligen Land, ist dies für die Palästinenser ein antikolonialer Kampf.

Israel wurde als koloniales Projekt europäischer Siedler gegründet - eine Entscheidung, die keiner seiner frühen politischen Führer leugnete - mit der unverzichtbaren Unterstützung des britischen Imperialismus. Trotz des Netzes von Mythen, die geschaffen wurden, um diese Tatsachen zu verbergen, sind sie grundlegend für das Verständnis, dass die Palästinenser sich gegen jede Gruppe gewehrt hätten, die versucht hätte, ihnen ihr Land wegzunehmen, unabhängig von ihrer Religion oder Nationalität. Die Tatsache, dass es sich bei dieser Gruppe um Juden handelte, die ein nationales Projekt verfolgten, eine tiefe Verbundenheit mit demselben Land hatten und eine Geschichte der Verfolgung und Enteignung in anderen Ländern hinter sich hatten, die im Holocaust gipfelte, verlieh diesem Krieg seinen besonders verzweifelten Charakter. Und, wie Edward Said bemerkte, besteht das besondere Unglück der Palästinenser darin, Opfer von Opfern zu sein.

Mehr als ein halbes Jahrhundert lang haben die USA die militärische Besetzung dieser Gebiete und ihre allmähliche Annexion und Eingliederung in Israel mit studierter Gleichgültigkeit verfolgt. Dies steht in krassem Gegensatz zu der energischen Reaktion der USA auf die russische Besetzung eines Teils der Ukraine über einen viel kürzeren Zeitraum.

Es ist schwer, den Behauptungen der USA Glauben zu schenken, sie würden die Selbstbestimmung und Freiheit der Ukraine unterstützen, während sie Israel jahrzehntelang bei der Besetzung arabischer Gebiete maßgeblich unterstützt haben.

ständigen Kampf um die Eroberung neuer Märkte befinden, notfalls mit Hilfe ihrer Regierungen, die zwar keine Waffen, aber Erpressung und andere nicht minder heimtückische Druckmittel einsetzen, weil sie in der Lage sind, mit ihren Ergebnissen Ressentiments zu schüren

Wie lässt sich eine Wirtschaft des Friedens aufbauen? Ich leihe mir von Francesco Giusalardi einige Anregungen und allgemeine Hinweise, die erweitert und entwickelt werden könnten.

Der erste Schritt ist das **Verbot der Rüstungsindustrie**. Solange wir Waffen produzieren, wird es Kriege geben, weil sie die Gelegenheit für den Verbrauch von Kriegsmaterial darstellen.

Die zweite wichtige Entscheidung, die getroffen werden muss, ist der **Verzicht auf Konsum zugunsten von Nüchternheit**. Der Konsumismus benötigt immer mehr Ressourcen und Energie. Ein Ansatz, der unweigerlich zu einer Übermacht an billigen Ressourcen in fremden Territorien führt. Bis gestern wurde um Kohle, Öl und Eisenerz gekämpft, heute geht es um Agrarland, seltene Mineralien, biologische Vielfalt und Wasser.

Der dritte Schritt ist die **vollständige Umstellung auf erneuerbare Energien**, denn indem wir uns auf Sonne, Wind und andere natürliche Energieformen verlassen, machen wir uns unabhängig von den Ressourcen anderer.

Die vierte Intervention ist die Fähigkeit, **die öffentliche Wirtschaft zu stärken und deutlich zu machen, dass öffentlich nicht gleichbedeutend mit Staat, sondern mit Gemeinschaft ist**. Dies ist der Sinn der Kampagne "*Let's Take Back the Commons*" und der "*Care Society*". Wenn wir uns von ideologischen Konditionierungen befreien könnten, würden wir verstehen, dass die Stärkung der öffentlichen Wirtschaft nicht nur ein Element des menschlichen und sozialen Fortschritts, sondern auch des Friedens ist, denn die öffentliche Wirtschaft braucht im Gegensatz zur Marktwirtschaft keine Expansion. Da sie nicht verkauft, sondern verteilt, ist sie nicht darauf bedacht, neue Kunden zu gewinnen. Ihr Ziel ist es, genug zu produzieren, um die Bedürfnisse ihrer Bürger zu befriedigen, und dann ist sie froh, wenn sie aufhören kann. Nicht so bei Wirtschaftsunternehmen, die sich in einem



unberechenbar.

Und schließlich die Fähigkeit, die internationalen Beziehungen von einem Geist der Zusammenarbeit und der Fairness zu durchdringen. Gerechtigkeit, um eine gerechte Entlohnung der Produzenten zu gewährleisten, und Zusammenarbeit, um sich gegenseitig zu unterstützen und die Ungleichgewichte auszugleichen, die durch fünf Jahrhunderte Raubwirtschaft entstanden sind.

Dies ist jedoch nur mit einem kulturellen Paradigmenwechsel möglich.

In der Wirtschaft müssen wir von den Prinzipien Gewinn, Wachstum und Wettbewerb zu den Prinzipien Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit und Zusammenarbeit übergehen.

Im sozialen Bereich muss man von den Prinzipien der Stärke, des Sieges und des Erfolges zu denen der Sanftmut, des Respekts und der Unterstützung übergehen.

Denn nur wenn wir uns anders aufeinander vorbereiten, können wir von einer Kultur des Krieges zu einer Kultur des Friedens übergehen.

KRISE KLIMA

Europa und die Klimakrise: Was wurde aus dem Green Deal?

herausg
gegeben von

Paolo Cacciari

(Journalist, Autor, Aktivist)

In der kurzen Zeitspanne einer Legislaturperiode raste *der Green Deal* wie ein Meteorit durch den europäischen Himmel. Erst wurde er von Covid überschattet, dann vom Krieg in der Ukraine, dann von Inflation und wirtschaftlicher Rezession, und schließlich kamen ihm die Traktoren in die Quere!

In Bezug auf die ökologische Nachhaltigkeit hatten die europäischen Kanzlerämter jedoch ihr modernes und fortschrittliches Image aufgebaut, indem sie das Prestige der "Ursula-Allianz" zwischen den Konservativen aufs Spiel setzten,



Foto von Roberto Ortiz (CC BY-NC-SA 2.0 DEED)

Der vielleicht schwerwiegendste Angriff auf die Eckpfeiler der Erhaltung der natürlichen Lebensräume und der biologischen Vielfalt richtet sich gegen die

vorgeschlagene *Sustainable Use Regulation* (SUR), mit der die "Farm to Fork"-Strategie "vom Bauernhof bis auf den Tisch" entlang der gesamten Versorgungskette umgesetzt werden soll, um ein "fares, gesundes und umweltfreundliches" Agrar- und Lebensmittelsystem zu erreichen. Konkretes Ziel war es, den Einsatz der gefährlichsten chemischen Pestizide und Schädlingsbekämpfungsmittel bis 2030 zu halbieren. Ein Opferlamm, um die kochenden Geister der Landwirte zu beruhigen, die in halb Europa mit ihren leistungsstarken Dieseltraktoren auf die Straße gingen. Schade, dass die vorgeschlagene Verordnung bereits im November 2023, also lange vor den Protesten, vom Europäischen Parlament abgelehnt wurde, und zwar unter dem Kreuzfeuer der Grünen, die den Vorschlag für zu schwach hielten, und der rechtsgerichteten Volkspartei, die ihn im Gegenteil als zu restriktiv für die Aktivitäten der großen Unternehmen der agrochemischen Industrie ansah.

Wie uns die Confédération Paysanne, Via Campesina und die verschiedenen Netzwerke der Biobauern seit langem erklären, geht die mega-intensive, synthetische, digitale, "Präzisions"- und biotechnologische Agrarindustrie nicht mit der Erhaltung der Lebenszyklen des Bodens Hand in Hand.

Ein weiterer Rückschlag für den *Green Deal* ist das Scheitern der von der Kommission im Jahr 2022 vorgeschlagenen *Richtlinie über die Sorgfaltspflicht für nachhaltige Unternehmen* (CSDD) durch die Regierungen Deutschlands (einschließlich der *Grünen!*) und Italiens (auf Drängen von Confindustria). Das als entscheidende Maßnahme für den Übergang der Unternehmen zur Nachhaltigkeit beschriebene Gesetz sieht die - sehr schrittweise und weiche - Einführung von Verpflichtungen zur Achtung der Menschenrechte und des Umweltschutzes für in der EU tätige Unternehmen vor, die verpflichtet werden sollen, ihre Umweltleistung im Rahmen der bereits für Großunternehmen geltenden *Nachhaltigkeitsberichterstattung zu veröffentlichen*, und zwar im Einklang mit den



über das *Gesetz zur Wiederherstellung der Natur* (NRL), das darauf abzielt, bis 2030 mindestens 20 % der geschädigten Land- und Meeresgebiete wiederherzustellen, 60 % bis 2040 und 90 % bis 2050. Jüngsten Schätzungen zufolge befinden sich 80 % der natürlichen Lebensräume in einem schlechten Zustand, 10 % der Bienen- und Schmetterlingsarten sind vom Aussterben bedroht und 70 % der Böden sind in einem ungesunden Zustand.

Die NRL sollte vom Europäischen Parlament und vom Rat bereits 2023 verabschiedet werden. Ihre Hauptziele sind:

- die städtischen Grünflächen zu vergrößern;
- Wiederherstellung der natürlichen Durchgängigkeit der Flüsse durch Beseitigung oder Anpassung von Wehren, Dämmen und Barrieren;
- den Rückgang der Bestäuberinsektenpopulationen umzukehren;

- eine andere Bewirtschaftung von landwirtschaftlichen Ökosystemen mit vielfältigen Landschaftsmerkmalen (Hecken, Bäume, Reihen usw.) vorschreiben;
- Wiederbefeuchtung von Torfgebieten und wiedergewonnenen Flächen unter Berücksichtigung ihrer natürlichen Schlüsselrolle bei der Speicherung von CO₂ ;
- die biologische Vielfalt der Wälder zu verbessern und bis 2030 mindestens drei Milliarden zusätzliche Bäume zu pflanzen.

Auf der Grundlage dieser EU-Verordnung muss jeder Mitgliedstaat nationale Pläne für die Wiederherstellung der natürlichen Umwelt aufstellen und die erzielten Verbesserungen anhand von Indikatoren mit Hilfe geeigneter "Sentinel"-Arten (Schmetterlinge, Vögel usw.) überwachen.

Es ist zu erwarten, dass auch diese sehr wichtige Maßnahme nicht vor den Wahlen im Juni einen würdigen Abschluss finden wird.

Die Liste der Hammerschläge, die dem *Green Deal* zugefügt wurden, ist noch lang: Rückzieher bei der Abschaffung von Benzin- und Dieselmotoren bis 2035, Widerstand gegen die Verpackungsverordnung;



Foto von *Gerd Altmann von Pixabay*



der Kranich Iodis

Widerstand gegen die "Treibhaus"-Richtlinie; Ausweitung der Verwendung von Glyphosat.

All dies geschieht, während selbst das Hauptziel des ökologischen Übergangs, die Verringerung der direkten und indirekten Emissionen von klimaschädlichen Gasen, weit vom festgelegten *Fahrplan entfernt* bleibt.

Trotz der triumphalistischen Töne der EU-Kommissare und der Buchhaltungstricks (Nichtberücksichtigung der Emissionen, die bei der Produktion und dem Transport von in der EU importierten und konsumierten Waren entstehen) sind die Ziele noch lange nicht erreicht. Die Umweltbilanz wäre sogar noch schlechter, wenn man sich an den neuen Nachhaltigkeitsindikatoren der Vereinten Nationen, dem *Authentic Sustainability Assessment*, orientieren würde, die sich auf die so genannten *planetarischen Grenzen* beziehen, die Schwellenwerte für die Nachhaltigkeit der lebenswichtigen Ressourcen des Planeten, wie z. B. Wasserverbrauch, Verlust der biologischen Vielfalt, Luftqualität.

Angesichts der Diskrepanz zwischen den angekündigten Zielen und den erreichten Ergebnissen muss man sich daher offen und ehrlich fragen, warum der Europäische *Grüne Deal* so schwerwiegende Rückschläge erleidet.

Die erste Erklärung, die die Umweltschützer anführen, ist, dass die *Lobbys der* fossilen Energieträger immer noch zu mächtig sind und über so viele "Überzeugungsmittel" verfügen (wie man an der Handhabung der Klima-COPs sehen kann), dass sie die Energiepolitik der Regierungen beeinflussen und die Öligarchien auf der ganzen Welt, einschließlich Russlands, unterstützen können. Die großen Ölgesellschaften verfügen noch über riesige Reserven, die sie ausbeuten können, und über Infrastrukturen, die noch nicht vollständig abgeschrieben sind. Kurz gesagt, es herrscht eine Trägheit, die die Energiewende verzögert und verhindert.

Nach anderen Interpretationen sind die industrielle Produktionsweise und das gesamte kapitalistische Gesellschaftsmodell auf fossile, d.h. konzentrierte, wärmeintensive Energie angewiesen. Die Forderung nach einem Ausstieg aus den fossilen Energieträgern, nach einer Dekarbonisierung der Wirtschaft, wäre ein Selbstmord des Kapitalismus. Zumindest würde dies

Akkumulation und in der sozialen Reproduktion scheitern und damit eine Lücke im System öffnen, das die Machtverhältnisse zwischen denjenigen regelt, die die Mittel der Energieerzeugung besitzen.

Lebensweisen) nach sich ziehen, sonst verliert er seine Wirksamkeit. Anders ausgedrückt: Wenn die Vorteile der neuen Art der Energiegewinnung und ganz allgemein der Interaktion mit der Natur (sozialer Stoffwechsel) nicht gerecht verteilt und auf gemeinsame Ziele ausgerichtet werden, dann

Produktion und den Rest der Erdbevölkerung. Die Umstellung der Technologie von fossiler auf solare Energie (erneuerbare und dezentrale Energieerzeugung) würde eine Entmündigung der Bevölkerungen und eine potenzielle demokratische Revolution in den Händen der in den Gebieten ansässigen Gemeinschaften ermöglichen (Energiesouveränität, Ernährungssouveränität, Nutzung der natürlichen Ressourcen usw.). Dies sind Risiken, die die etablierten Mächte nicht eingehen wollen.

Nach diesen Analysen hätten wir es in beiden Fällen mit den Schwanzwindungen eines Systems zu tun, das sich nicht mit dem Neuen abfinden will (der Gramscianische "tote Mann", der den Aufstieg der neuen Gesellschaft verhindert). Mir scheint jedoch, dass diese Erklärungen zumindest unvollständig und für die Mobilisierung unbrauchbar sind, denn sie sind letztlich tröstlich (die Stärke des Gegners wäre immer noch zu groß, als dass wir hoffen könnten, ihn zu stürzen) und gleichzeitig paradoxerweise optimistisch: der Gegner ist in jedem Fall zum Untergang verurteilt. Unser politisches Problem besteht jedoch darin, den Untergang des kapitalistischen Systems so schnell wie möglich herbeizuführen, ohne dass dies weitere Katastrophen und Opfer mit sich bringt.

Wir sollten dann in der Lage sein, eine nützliche Erklärung für das Versagen der bisherigen Reaktionen der EU auf die anhaltende ökologische und soziale Krise zu liefern, um soziale Akteure aus Fleisch und Blut zu mobilisieren, die am Aufbau einer systemischen Alternative interessiert sind.

Meines Erachtens lassen sich die Gründe für das Scheitern des *Green Deal* in zwei Punkten zusammenfassen.

Erstens werden allgemein die tiefgreifenden Auswirkungen unterschätzt, die ein echter ökologischer Übergang auf die gesamte Gesellschaft haben könnte. Der "Übergang" von einem Energiesystem zu einem anderen muss eine Veränderung der gesamten Organisation der Gesellschaft (Zeiten, Arbeits- und



nicht mehr wünschenswert sein. Schlimmer noch: Wenn die Herrschenden den ökologischen Wandel zynisch als Türklinke benutzen, um soziale Ungleichheiten zu verschärfen, dann ist das Scheitern vorprogrammiert. Mit anderen Worten: Umwelt- und soziale Gerechtigkeit sind zwei Seiten derselben Medaille.

Zweiter Fehler der europäischen Technokratien: Sie glauben, dass sie mit den alten Marktinstrumenten und -mechanismen eine geringere Auswirkung menschlicher Aktivitäten erreichen können. Versuchen Sie, eine Flasche mit einem Hammer zu öffnen! Es besteht ein unauflöslicher Widerspruch zwischen der Marktlogik und der Akzeptanz der biogeophysikalischen Grenzen des Planeten. Das kapitalistische Unternehmensmodell ist nicht in der Lage, seine eigene Expansion selbst zu regulieren; es ist darauf ausgelegt, zu konkurrieren, Gewinne zu erzielen und Geld anzuhäufen.

Nicht für irgendetwas anderes. Die Vorstellung, dass das Erreichen ökologischer Nachhaltigkeit für die Bilanzen der Unternehmen wirtschaftlich tragfähig werden könnte, erwies sich als Täuschung.

Das Europa des Primats des Marktes, der liberalistischen Orthodoxie, des freien Wettbewerbs, des Kapitals ist nicht mit einer ökologischen Gesellschaft vereinbar.

[i] *"Klimawandel und Umweltzerstörung sind eine existenzielle Bedrohung für Europa und die Welt. Um diese Herausforderungen zu bewältigen, wird der Europäische Green Deal die EU in eine moderne, ressourceneffiziente und wettbewerbsfähige Wirtschaft umwandeln und sicherstellen, dass bis 2050 keine Netto-Treibhausgasemissionen mehr anfallen, das Wirtschaftswachstum von der Ressourcennutzung abgekoppelt wird und kein Mensch und kein Ort zurückgelassen wird. **Europäische Kommission. Der Europäische Grüne Deal - Das Ziel, der erste klimaneutrale Kontinent zu sein***



Aktion "Naturschutzgesetz mit Aktivisten" von Die Linke im Europäischen Parlament (CC BY-NC-SA 2.0)



Europa im Rückwärtsgang bei Klima und Wandel Energie

herausgegeben von

Mario Agostinelli

(Präsident der Vereinigung Laudato si')

Angesichts des abrupten Klimawandels haben wir die Verantwortung, künftige Generationen zu schützen und gefährdete Gemeinschaften zu unterstützen. Die Länder, Unternehmen, die Zivilgesellschaft und die führenden Politiker, die sich auf der COP 28 versammelt haben, haben einen unsicheren ersten Schritt getan, und vieles deutet darauf hin, dass sie ihre bereits wackeligen Versprechen nicht einhalten werden.

Der Klimawandel hat das Jahr 2023 zum wärmsten Jahr aller Zeiten gemacht. Als die Dringlichkeit der Bekämpfung dieser globalen Krise zunahm, wurde der schrittweise Ausstieg aus der Nutzung fossiler Brennstoffe als notwendiger Schritt für alle Nationen schwach bestätigt. Denn die fossilen Brennstoffe - Kohle, Öl und Gas - tragen mit mehr als 75 Prozent der weltweiten Treibhausgasemissionen und fast 90 Prozent aller Kohlendioxidemissionen am meisten zur Klimakrise bei. Darüber hinaus können fossile Brennstoffe in einer noch nie dagewesenen Krise mit schweren Menschenrechtsverletzungen in Verbindung gebracht werden. Die zunehmende Verwundbarkeit setzt die Menschen an vorderster Front lebensbedrohlichen Gefahren aus, und Schätzungen zufolge wird sich die durchschnittliche Lebenserwartung bis 2023 (dem Jahr des maximalen globalen Temperaturanstiegs im postindustriellen Zeitalter) weltweit um bis zu sechs Monate verringern.

Es ist bekannt, dass Afrika der Kontinent ist, der am wenigsten zum Klimawandel beigetragen hat, der aber am meisten darunter leidet. Da die reichen Länder in der Vergangenheit die meisten Treibhausgase ausgestoßen haben, ist das Ziel des Übergangs zu erneuerbaren Energiequellen ein Akt der Verantwortung und der Gerechtigkeit, der es zur

worden.

Vor dem Hintergrund eines eher enttäuschenden, von Kriegen geprägten globalen Szenarios haben die Schlussfolgerungen der COP 28 und die Kehrtwende von Bundespräsidentin Ursula von der Leyen in Bezug auf den Europäischen *Green Deal* nicht

Namen "Farm to Fork": Nicht nur, dass die Verordnung - die darauf abzielte, den Einsatz von Pestiziden im Vergleich zum Durchschnitt des Dreijahreszeitraums 2015-2017 bis 2030 zu halbieren und die Mitgliedstaaten aufforderte, ökologische Alternativen zu finden - bereits aufgegeben wurde, sondern auch die Verpflichtung, vier Prozent der

viel Empörung darüber, dass der Schwung, den ein gemeinsames Vorgehen gegen das Klima haben sollte, gedämpft wird.

In dieser Hinsicht halte ich Von der Leyens Rede zur Sicherung seiner zweiten Amtszeit als Chef der Europäischen Kommission für tragisch und heuchlerisch. Sie bewegt sich auf einem schmalen Grat zwischen einer schwachen Verteidigung seines grünen Erbes und der Unterstützung für die Schaffung einer europäischen Militärmacht.

In diesem Sinne war sein Bericht unmissverständlich: Es geht jetzt darum, Europa "wettbewerbsfähiger" zu machen, ein allumfassendes Wort, das im Jahr 2024 mehr militärische Macht, mehr Beschaffung, "Europe First" und mehr industriefreundliche Klimaregeln bedeutet. All dies spiegelt in erschreckender Weise das aktuelle geopolitische Klima wider.

Auch auf dem Kontinent macht sich die Wut über die Klimapolitik breit: Konvois von Traktoren verstopfen die Hauptstädte, um gegen drohende Verordnungen zu protestieren, die die EU bis 2050 zur Klimaneutralität führen sollen.

An der Klimafront werden regulatorische Zugeständnisse angeboten und Versprechungen gemacht, die Unternehmen zu fragen: "Was braucht ihr?" In der Tat, ein scharfer Rechtsruck, und während die Welt 2019 auf dem Höhepunkt der von Greta Thunberg inspirierten Jugendmärsche stand, die den Klimawandel in den politischen Mainstream katapultierten, ist die Stimmung diesmal anders.

Er begann mit dem Vorbehalt der Taxonomie, wobei zwei sehr umstrittene Sektoren einbezogen und somit als "nachhaltige Investitionen" betrachtet wurden: Gas und Atomkraft. Aber die vielleicht umstrittenste (und am meisten verratene) Komponente des Green Deal ist diejenige, die den Agrar- und Lebensmittelsektor betrifft, das Paket mit dem



100 Prozent der Felder, um Zugang zu europäischen Geldern zu erhalten; aber bei der Ankündigung der neuen Ziele zur Reduzierung der Schadstoffemissionen bis 2050 ist auch die 30-prozentige Reduzierung der landwirtschaftlichen Treibhausgase bis 2040 verschwunden.

Darüber hinaus standen die im Dezember verabschiedeten neuen Vorschriften zur Verringerung der Emissionen im Straßenverkehr von Pkw, Lieferwagen, Bussen, Lkw und Anhängern im Mittelpunkt einer Einigung zwischen dem Europäischen Parlament und dem Rat, die den ursprünglichen Vorschlag für die Euro-7-Verordnung abgelehnt hatten.

Schließlich wurde sogar die Verpackungsverordnung durch Hunderte von Änderungsanträgen stark verwässert, während die Maßnahme "Green Homes" verzögert wurde.

Und nicht nur das. Was die Energie betrifft, so ist die Gründung eines europäischen Konsortiums zur Wiederbelebung der Kernenergie unter italienisch-französischer Führung, für die die Europäische Kommission nicht unempfindlich zu sein scheint, noch sehr jung, aber von heimtückischer Aussicht.

Und wie kann man sich dieser Gelegenheit entziehen, die von Minister Gilberto Pichetto Fratin als "*neue saubere Kernenergie, bestehend aus kleinen, über das ganze Land verstreuten Kernreaktoren*" beschrieben wird und so verlockend ist, dass man die enormen Gegenargumente vergisst, die sich aus Dutzenden von Jahren wissenschaftlicher Studien ergeben haben, sowie aus erschreckenden Unfällen in bestehenden Anlagen und dem Ergebnis von zwei Volksabstimmungen?

Nach der Einsetzung einer nationalen Kommission für die Entwicklung von kleinen Kernreaktoren (SMR) hat sich der Leiter des Ministeriums für Umwelt und Energiesicherheit (MASE) mit der Führungsspitze von Ansaldo Nucleare getroffen, um ihr eine führende Rolle in der europäischen Allianz zu übertragen, die sich auf das *Know-how* und die technologische Kompetenz des Unternehmens stützen wird. In den letzten Monaten hat die Ansaldo Energia Gruppe strategische Vereinbarungen für eine spezifische Zusammenarbeit beim Bau von Kernkraftwerken verschiedener Typen mit EDF, Edison, Westinghouse und anderen internationalen Unternehmen unterzeichnet.

An dieser Stelle lohnt es sich, die (fast schon überwältigende) Entwicklung dieser neuen Technologie zu umreißen. Der Grund für das große Interesse liegt in den Hoffnungen auf neues Wachstum, die der ungestümen Entwicklung der Künstlichen Intelligenz (KI) anvertraut werden. Unter



"Ich ging zu einer Demonstration und alles, was ich bekam, war diese lausige Dose mit Atommüll..." von pieceplastic (CC BY-NC 2.0.)



Im Hinblick auf eine Neubewertung der weit verbreiteten kleinen Kernkraft spielt die Entwicklung der KI eine sehr wichtige Rolle, da diese kleineren Reaktoren (ca. 400 MW) rund um die Uhr die Stromversorgung der zahllosen Rechenzentren sicherstellen würden, in denen *Clouds* mit *großen Daten* gespeichert sind und die neueste Generation von *Chips* betrieben wird. Man bedenke, dass der durchschnittliche Energieanstieg für die Verarbeitung und Kühlung von KI-Systemen für maschinelles Lernen im Vergleich zu ähnlichen herkömmlichen Computersystemen auf etwa 43 % geschätzt wird. Heute verbrauchen Rechenzentren schätzungsweise zwischen 1 und 2 % des weltweiten Stroms, aber der Aufstieg von Tools wie *ChatGPT* führt bereits zu Vorhersagen, dass sich der weltweite Energieverbrauch verfünffachen könnte.

Künstliche Intelligenz gilt in der aktuellen Landschaft als die entscheidende Strategie für die vierte industrielle Revolution und für die Schlagkraft der Streitkräfte. Die Rechenzentren von IT-Unternehmen könnten in den kommenden Jahrzehnten zu einem weltweit bedeutenden Marktsegment für SMR werden, und es ist kein Zufall, dass sie auch von führenden proprietären IT-Unternehmen erforscht und prototypisch entwickelt werden, insbesondere in den USA, England, Belgien, Taiwan und Japan.

Hier stellt sich die Frage nach der Neuartigkeit einer flächendeckenden Ausbreitung des Atommülls, ähnlich wie im chemischen Bereich. Mit anderen Worten, wir müssten mit einer Kapillarkontrolle und einer beeindruckenden Variante von Toxizität und Militarisierung rechnen. Darüber hinaus zeigt sich bei der Bewirtschaftung und Entsorgung der durch die SMR erzeugten nuklearen Abfallströme, dass diese Projekte die entsprechenden Mengen an zu bewirtschaftenden und zu entsorgenden nuklearen Abfällen erhöhen werden, wobei das Volumen der hochaktiven Abfälle sogar um den Faktor 30 zunimmt.

Und da die Eigenschaften des Abfallstroms durch das Entweichen von Neutronen aus dem reduzierten Kern beeinflusst werden, werden die Kernreaktoren auch die Probleme bei der Entsorgung der Anlagen am Ende ihrer Lebensdauer verschärfen.

Um es auf eine Formel zu bringen: (IA+SMR), um das Wachstum zu erhalten. Was ist mit dem Klima, der Demokratie und der sozialen Gerechtigkeit?

Ein ESRB ist geboren Die ersten 44 Katzen einer Revolution Energie

Herausgegeben von **Alessandra Filabozzi und Vittorio Lovera**
(Attac Italien, CERS Illuminati Sabina)

Die Schaffung einer BNE erfordert eine **Gemeinschaft**. Nicht irgendeine Gemeinschaft, sondern eine "intelligente und solidarische" Gemeinschaft, die in der Lage ist, an die Umwelt und die soziale Solidarität zu denken, bevor sie ihre eigenen Interessen durchsetzt. Das ist nicht einfach, aber zweifelsohne möglich. Zumindest ist es uns so ergangen: In Sabina, in Montopoli, mit 4.800 Einwohnern, nur einen Steinwurf von Rom entfernt, in einem Gebiet, das traditionell dem Olivenanbau gewidmet ist, wurde eine der ersten italienischen ESRBs geboren, die CERS Illuminati Sabina.

Aber was ist eine **CER**? Es handelt sich um eine Erneuerbare-Energien-Gemeinschaft, die auf die europäische *RED-II-Verordnung* (2001-2018) antwortet, die geschaffen wurde, um den lokalen Verbrauch von selbst erzeugter erneuerbarer Energie durch Bürger zu fördern, die entweder einzeln oder im Verbund miteinander an dieselbe primäre Hoch- oder Mittelspannungsstation angeschlossen sind. Die Verordnung zielt darauf ab, dass der Bruttoendenergieverbrauch der EU zu mindestens 32 % aus erneuerbaren Quellen stammt, ein Ziel, das später auf 45 % (*Rot III*) angehoben wurde. Italien hat die Gesetzgebung umgesetzt und mit der üblichen Verzögerung schließlich die Betriebsvorschriften (23. Februar 2024, ebenfalls auf der GSE-Website veröffentlicht) herausgegeben, die den Zugang zu Anreiztarifen und Kapitalbeiträgen regeln.

Und was ist eine **Solidaritäts-GE**? Es handelt sich um eine CER, die einen Teil der Anreizbeiträge für soziale

und solidarische Zwecke verwenden will. Dies ist natürlich ein völlig anderer Ansatz als der einfache ERC, der den Anreiz als das eigentliche *Kerngeschäft* betrachtet, das als ausschließlich individueller Nutzen erlebt wird.

Wichtiger Anstoß für die Geburt unserer ESRD



- Sie wurde ins Leben gerufen, um eine konkrete Antwort auf die ernste Klima- und Umweltkrise zu geben, in der sich unser Planet befindet.

waren einige der Überlegungen der Netzwerke für ethische und solidarische Ökonomie, aus denen das **CERS-Netzwerk in Rom** hervorging. Unsere langjährigen Kontakte als Attac mit Riccardo Troisi, Mauro Gaggiotti, Manuele Messineo und anderen sowie die aktive Beteiligung des ehemaligen Europaabgeordneten Dario Tamburrano (EU-Umweltkommission) an diesem Prozess ermöglichten es uns, eine Idee von einem tugendhaften Weg zu entwickeln.

In der Gemeinde **Montopoli di Sabina** (Rieti) waren die Teilnehmer der Verbände Conflitti APS, Attac Sabina, Atelier Ikwa, Centro Olistico Sabino und des Biohofs Il Borgo del Viandante, die bereits seit einiger Zeit zusammenarbeiten, der Meinung, dass die Einrichtung eines gemeinsamen und solidarischen ESRB ein machbares Ziel sein könnte, um einen wirksamen Beitrag zur Abkehr von fossilen Brennstoffen und gleichzeitig zur Umsetzung guter Praktiken zur Reduzierung des Energieverbrauchs zu leisten. Der Schritt, ein Bezugspunkt für den ESRB zu werden, war schnell getan, und dies ist seine kurze Geschichte.

2022: Nach einer Reihe von Treffen wurde die **CERS Illuminati Sabina** am 21. Dezember offiziell gegründet, mit 17 Gründungsmitgliedern. Der Weg der Konfrontation ermöglichte es uns, ein Statut und eine Verordnung zu erstellen, die auf bestimmten **politischen Werten** basieren, die wir hier wiedergeben.

- Die Vereinigung ist frei und unabhängig und wird immer überkonfessionell, überparteilich, antirassistisch und antifaschistisch sein.
- Ziel: Selbstverbrauch von Energie, ausschließlich aus erneuerbaren Quellen, zu praktizieren, die Verbreitung dieser Praxis zu fördern und die Entstehung anderer CERs in Sabina anzuregen, indem man die Rolle des Vermittlers, des Beispiels und der Koordination übernimmt.
- Die Vereinigung stützt ihr Handeln auf ein Höchstmaß an Inklusion und lässt sich von einer ganzheitlichen Lebensauffassung inspirieren, die auf einem integralen Respekt für Mutter Erde beruht.

Natur und stellt, ausgehend vom sabinischen Gebiet, alle Praktiken in den Mittelpunkt ihres Handelns, die die *gemeinsamen Güter* schützen können, mit besonderem Augenmerk auf die *natürlichen Güter*.

- Die Vereinigung betrachtet die unerbittliche Klima- und Umweltkrise als eine systemische Tatsache und nicht nur als eine vorübergehende Anomalie. Gleichzeitig stellt sie fest, dass das derzeitige Wirtschafts- und Finanzsystem, das auch auf einer nicht nachhaltigen Ausbeutung der natürlichen Ressourcen beruht, eine der Hauptursachen für den Klimakollaps ist. Die Folgen dieser Beobachtungen führen zu dramatischen sozialen Auswirkungen in der Gesellschaft mit immer größeren Ungleichheiten, sowohl in wirtschaftlicher als auch in sozialer Hinsicht. Auf der Grundlage dieser drei Konsequenzen sieht es der Verein als seine Pflicht an, seinen Auftrag auch auf der Seite der Sozialität und der Solidarität zu erfüllen, indem er die Voraussetzungen dafür schafft, dass auch schwache und benachteiligte Personen an den Aktivitäten/Dienstleistungen des Vereins teilnehmen und von ihnen profitieren können, indem er im Gebiet von Sabine eine aktive Gemeinschaft schafft, die aufmerksam und bereit ist, sich gegenseitig zu unterstützen.
- Wir schließen uns nicht nur zusammen, um wirtschaftliche Einsparungen bei unseren individuellen Stromrechnungen zu erzielen, sondern auch, weil wir den Schutz von Mutter Erde durch die Nutzung aller erneuerbaren Energiequellen fördern wollen. Das Endziel, das schrittweise erreicht werden soll, ist die vollständige Energieautarkie und der gleichzeitige Verzicht auf fossile Energieträger, sowohl für unsere Mitglieder als auch - möglicherweise - für das gesamte Gebiet von Sabine.
- Gegebenenfalls kann die Vereinigung - durch die Wahl einer geeigneten Rechtsform - ein *unabhängiger Erzeuger von erneuerbaren Energien* werden (zusätzlich zu Photovoltaik, Mini- oder Mikrowindkraft, Erdwärme und allem, was sonst noch als funktional für das Projekt zur Erzeugung erneuerbarer Energien identifiziert werden kann) und in diesem Fall Beschäftigungsmöglichkeiten schaffen, die speziell auf junge Menschen, schwache oder marginalisierte Personen, Migranten und Flüchtlinge ausgerichtet sind.
- Wir sind der Meinung, dass wir nur durch kollektives Handeln von unten die Trägheit der Staaten und Institutionen bei der Bekämpfung des Klimawandels aufbrechen können, und dass wir nur durch die Verbreitung von Praktiken des Eigenverbrauchs von erneuerbaren Energien und der Senkung des Energieverbrauchs ein Beispiel geben und ein klares Zeichen setzen können

Umkehrung des derzeitigen katastrophalen Trends.



- Die Vereinigung wird sich als Pilot- und Versuchsprojekt in diesem Bereich verstehen, das allen zur Verfügung steht und in der Lage ist, starke Partnerschaften mit den Netzwerken der Sozialen und Solidarischen Ökonomie (auf deren Anregung hin wir entstanden sind), mit lokalen Einrichtungen, mit Universitäten und Forschungseinrichtungen, mit Praktiken des sozialen Mutualismus, des Degrowth, der Kreislaufwirtschaft und mit der gesamten Welt der ethischen Finanzen (von BPE bis MAG) einzugehen.
- All dies wird sich selbst finanzieren: entweder direkt durch die Finanzierung nach den individuellen Möglichkeiten der Mitglieder (Rückerstattungen/Beiträge werden in erster Linie zur Rückzahlung von wirtschaftlichen Vorschüssen für Investitionen verwendet, und zwar proportional, von den größten bis zu den Standardinvestitionen) oder durch indirekte Finanzierung über die Kanäle der ethisch orientierten Finanzierung. Um den sozialen und solidarischen Teil der Vereinigung zu gewährleisten, werden die satzungsgemäßen Organe einen speziellen *gemeinsamen Fonds (Sparschwein) einrichten*, um die Beschlüsse der Versammlung in Bezug auf soziale Aktivitäten umzusetzen.

- Die Vereinigung wird, wie bereits erwähnt, ein integrativer, generationenübergreifender Ort sein, der - auch in seiner Repräsentativität - auf geschlechtsspezifische Fragen achtet und bei der kollektiven Beschlussfassung die Konsensmethode anwendet, um eine wirklich demokratische Beteiligung zu ermöglichen und allen die gleiche Zeit zu geben, ihre Meinung zu äußern.

Ein fünfköpfiger Exekutivausschuss (Anelia Stefanova - Präsidentin, Antonio Tricarico - Re-Common, Francesca Beolchini, Alessandra Filabozzi und Vittorio Lovera) wurde satzungsgemäß eingesetzt, um die notwendigen Maßnahmen zur Umsetzung der Projekte durchzuführen.

Im Jahr 2023 haben wir an der



CERS-Versammlung Illuminati Sabina



der Region Latium für die Machbarkeitsstudie und wir wurden finanziert. In der Zwischenzeit hat sich die Zahl der Mitglieder erhöht und wir zählen derzeit 44, wie Katzen. Wir haben das Projekt für den Bau einer gemeinsamen Photovoltaikanlage vorbereitet, die den Bedarf der derzeitigen Mitglieder-Konsumenten decken kann, und deren Standort auf einem landwirtschaftlichen Gebäude des Biohofs Il Borgo del Viandante.

Daraufhin wurde der Eigenfinanzierungsplan für die kommunale Anlage erstellt und mitgeteilt, der für die Realisierung ausreichend und verfügbar ist. Da die Gemeinde, in der die Anlage errichtet werden soll, weniger als 5.000 Einwohner hat, ist eine Kapitalfinanzierung von bis zu 40 Prozent möglich. Daher sind wir jetzt bereit, die Anlage zu bauen, auch wenn die Durchführungserlasse in den kommenden Jahren fraglich sind.

in dieser Angelegenheit mit anstrengendem bürokratischem Papierkram, der ohne den üblichen bezahlten Expertenrat schwer umzusetzen ist. Ab Juni nächsten Jahres sollten wir mit dem Bau der ersten Gemeinschaftseinrichtung beginnen, während wir die Möglichkeit prüfen, weitere Gemeinschaftseinrichtungen in der Umgebung unseres CERS zu aktivieren und mit der örtlichen Waldensergemeinde zu evaluieren, ob eine dieser Einrichtungen auf dem Gelände ihrer Kirche untergebracht werden könnte.

Kürzlich haben wir uns an der Aufforderung des Waldenser Tisches zur Einreichung von Vorschlägen in der Sektion *Armutsbekämpfung* beteiligt, um älteren oder benachteiligten Menschen in der Gemeinde eine Senkung der Energiekosten zu garantieren, indem wir die Anreize nutzen, die sich aus der vom ESRB selbst erzeugten Energie ergeben.

Für 44 Katzen haben wir einen weiten Weg zurückgelegt, und wir haben noch vor, einen weiten Weg zu gehen, in der Hoffnung, andere Katzen zu treffen, Geschichten und Praktiken zu kreuzen und gemeinsam den Planeten zu schützen.



CERS Illuminati Sabina



der Kranich Iodis

Millionen Unternehmen mit einem Umsatz von weniger als 15 Tausend Euro/Jahr, die 31,1 % der gesamten Arbeitseinheiten (JAE) beschäftigten [durchschnittliche monatliche Zahl der Vollzeitbeschäftigten im Unternehmen, Anm. d. Red. 37 % der abhängigen JAE befinden sich in Unternehmen, die zwischen 100 und 500.000 Euro pro Jahr in Rechnung stellen. In diesem Bereich befinden sich Unternehmen und Genossenschaften. Sehr große Unternehmen, d. h. solche mit einem Umsatz von mehr als 500.000 Euro pro Jahr, machen nur 0,5 % der Gesamtheit aus und beschäftigen 5 % der JAE und 17,5 % der abhängigen JAE. In dieser Dimension regiert die

LANDWIRTSCHAFT

Europa, Fonds Klimakrise und Landwirtschaft

herausgegeben von

Antonio Onorati

(ARI - Italienische Vereinigung für den ländlichen Raum)

Diejenigen, die von einem "stiefmütterlichen Europa" sprechen, betrachten das Geld, das von der Europäischen Union kommt, als Geld, das man an einem Geldautomaten abhebt: Ich gehe und hole es. Der Hauptunterschied besteht darin, dass das europäische Geld durch die Besteuerung aller steuerzahlenden europäischen Bürger generiert wird und nicht von persönlichen Bankkonten. Und dann gibt es noch diejenigen, die *einmalig auf* die Straße gehen, mit Traktoren, die im Fernsehen gut aussehen, wo sich Spontaneität oft auf Instrumentalisierung reimt, aber niemals auf Autonomie. Wie können Menschen, die ein jährliches landwirtschaftliches Einkommen von weniger als 15 Tausend Euro haben (70,7 % der italienischen Landwirtschaftsbetriebe im Jahr 2017)^[1], vereint sein oder gemeinsame Interessen haben, und diejenigen, die vielleicht allein drei Millionen Euro an europäischen Geldern einstecken?

Ein genauerer Blick auf die Struktur der landwirtschaftlichen Betriebe hilft uns, die Malaise und ihre Ausprägung zu verstehen. Die von ISTAT und EUROSTAT veröffentlichten detaillierten Daten sind veraltet und nicht sehr aktuell, was die oberflächliche Sicht der Institutionen auf die Landwirtschaft widerspiegelt, aber sie können dazu dienen, einen

die Vergabe von Unteraufträgen, d. h. die Verlagerung von landwirtschaftlichen Arbeiten an Dienstleistungsunternehmen (agro-mechanische Unternehmen) in Verbindung mit einer starken Sammlung von EU-Mitteln.

Die Größe der Unternehmen spiegelt sich auch in der Anzahl der beschäftigten JAE wider: Diejenigen, die höchstens eine JAE beschäftigen, sind 83,1 % oder 1.237.359 Unternehmen, die mehr als zehn Beschäftigte haben, sind 0,1 %, also 1.489 Unternehmen! Die sehr großen Betriebe sind in Bezug auf die Beschäftigung und die erzielte Gesamtproduktion eine unbedeutende Zahl: Sie stellen nur 6,2 % der Gesamtmenge in Rechnung, während die sehr kleinen Betriebe 28,6 % der Gesamtmenge in Rechnung stellen. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Kleinstbetriebe je nach Agrarjahr zwischen 15 und 20 Milliarden Euro/Jahr produzieren.

Schätzungen zufolge erhält mindestens ein Drittel dieser Betriebe keine Mittel der Gemeinsamen **Agrarpolitik** (GAP). Die anderen erhalten, wenn überhaupt, nur 5.000 EUR pro Jahr. Die unbegrenzte Finanzierung der GAP, die nur an die Anzahl der Hektar gebunden ist, ist nicht nur die Ursache für eine unerträgliche Ungerechtigkeit, sondern auch für die Industrialisierung der Landwirtschaft und die Versorgung der Lebensmittelindustrie mit Rohstoffen zu Schleuderpreisen. Und da taucht die Aussage auf, die für jede Art von Unternehmen gilt, auch wenn die Unternehmen sehr unterschiedlich sind: "*Man arbeitet unter den Produktionskosten*", d.h. die Preise, die für landwirtschaftliche Produkte gezahlt werden, decken nicht die Produktionskosten. Das ist absolut richtig, aber es hängt sehr stark von der Produktionskostenstruktur ab. Die Tabelle (Abbildung 1) veranschaulicht, wie sich der reale Wert der landwirtschaftlichen Erzeugnisse seit 1960 - mit allgemein schwankenden Tendenzen und einigen zyklischen Spitzen (vor allem aufgrund von Finanzspekulationen) - in den letzten Jahren (und bis 2032 prognostiziert) um die Werte von 2019 stabilisiert hat, wobei

die Rückgänge je nach Art des Erzeugnisses zwischen 50 % und 150 % im Vergleich zu 1960 liegen.

Das Arbeitsentgelt des Produzenten hängt sowohl von den Preisen ab, die von den Käufern des Produkts gezahlt werden, als auch von den Produktionskosten, d. h. von den Ausgaben, die nach dem Produktionsmodell des Unternehmens erforderlich sind, um das Produkt zu produzieren.



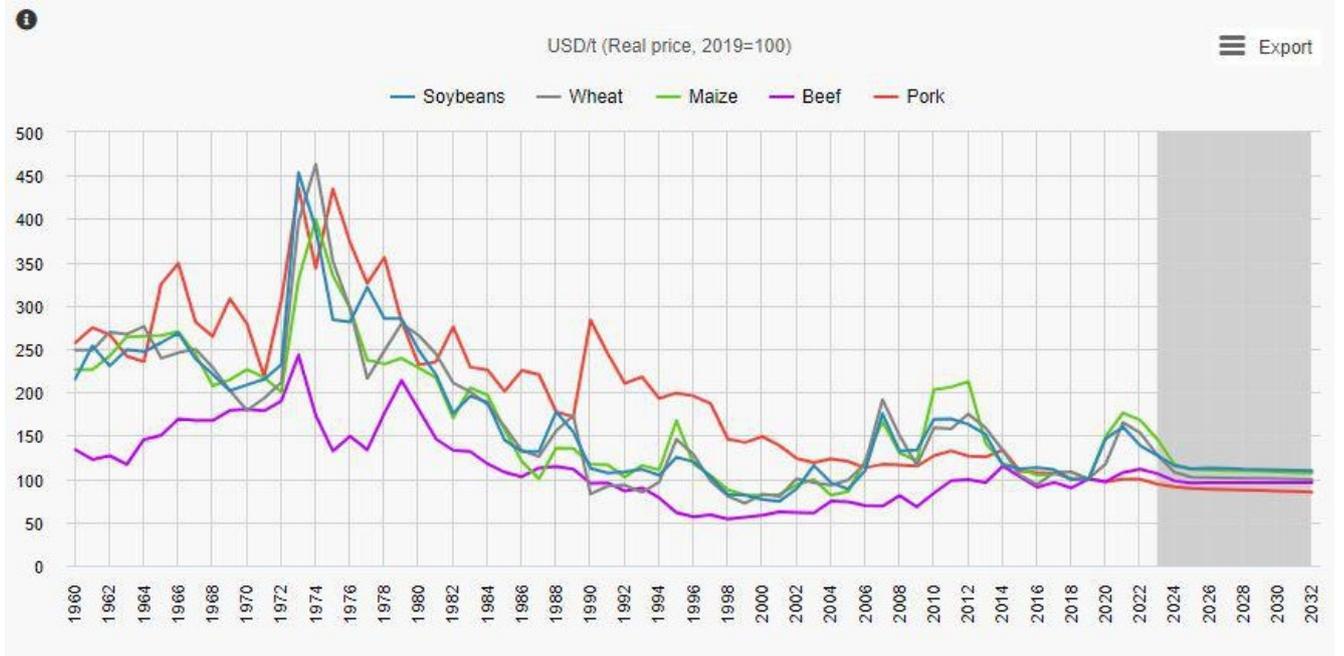
Ernten oder Milch, Fleisch, Wein, Öl und andere landwirtschaftliche Erzeugnisse. Die Industrien, die den Markt für die zu produzierenden Güter kontrollieren, werden selten genannt, aber es sind diese Industrien, die die Innovation in der Landwirtschaft vorantreiben, da sie Gewinne erzielen müssen, um sie an die Aktionäre auszuschütten.

Die vorgelagerten Industrien des Agrarsystems sind multinational und setzen sich auf globaler und nationaler Ebene durch Fusionen, Übernahmen, gegenseitige Lizenzen, Kooperationsstrategien zwischen konkurrierenden Unternehmen und - besser noch - durch *Kopplung durch*, eine immer weiter verbreitete Praxis, die den Verkauf von Paketen aus mehreren Produkten ermöglicht, die auch sehr unterschiedlich sein können. So ist beispielsweise die Kopplung von Saatgut (GVO) und Herbiziden bekannt, aber die aktuellste Variante ist die Kopplung einer Landmaschine mit Anbaumaßnahmen, Bewässerungsplänen, dem Einsatz von Düngemitteln und Saatgut und schließlich mit einem Ernteversicherungspaket durch eine *Software für technische Unterstützung*^[2].

Die Lieferanten von Produktionsmitteln stellen

Sie sind zunehmend in der Lage, durch technologische, kommerzielle und verfahrenstechnische Entscheidungen eine ganze Versorgungskette zu steuern und die Aktivitäten der Landwirte zu beeinflussen. Ganz allgemein sind sie in der Lage, einen ganzen Teil des landwirtschaftlichen Systems zu steuern, nämlich die industrielle Landwirtschaft, deren Autonomie - wie sich bei Covid gezeigt hat - gegen Null tendiert. Bei der Versorgung mit Betriebsmitteln ist der Übergang von der Dominanz der *TNCs* [*Transnational Corporations, Anm. d. Red.* zu dem der Mechanisierungsindustrien ist ein Prozess, der sich in den letzten Jahren vollzogen hat.

Diese Industrien sind aufgrund der Art der industriellen Produktion, die sie durchführen, größer und solider strukturiert und verfügen zudem über ein grundlegendes Element: Sie stellen neben der *Software auch die Hardware* - die Maschine - bereit, mit der die verschiedenen Produktionsmittel verwendet werden. Die Preisbildung für Agrarerzeugnisse und/oder Lebensmittel wird zunehmend von den vorgelagerten Industrien abhängen, die im Allgemeinen weniger Beschränkungen unterliegen (öffentliche Ordnung, Kartellrecht) als die nachgelagerten Industrien des Agrarsektors. Nur ein kleiner Hinweis auf aktuelle Ereignisse: Die Aufhebung der Bestimmungen zur Verringerung des Pestizideinsatzes garantiert die Stabilität der Marktmacht der agrochemischen Industrien



Note: Historical data for soybeans, maize and beef from World Bank, "World Commodity Price Data" (1960-1989). Historical data for pork from USDA QuickStats (1960-1989).

Source: OECD/FAO (2023), "OECD-FAO Agricultural Outlook", OECD Agriculture statistics (database), <https://doi.org/10.1787/agr-outl-data-en>.

Abbildung 1: Quelle: [oecd-ilibrary.org](https://www.oecd-ilibrary.org)



(zwei deutsche, ein chinesischer und ein US-amerikanischer): So viel zum Thema "Wir schlagen die multinationalen Konzerne". Die Senkung des Dieselpreises begünstigt die Erneuerung von mechanischen, leistungsfähigeren und zunehmend digitalisierten Fahrzeugen.

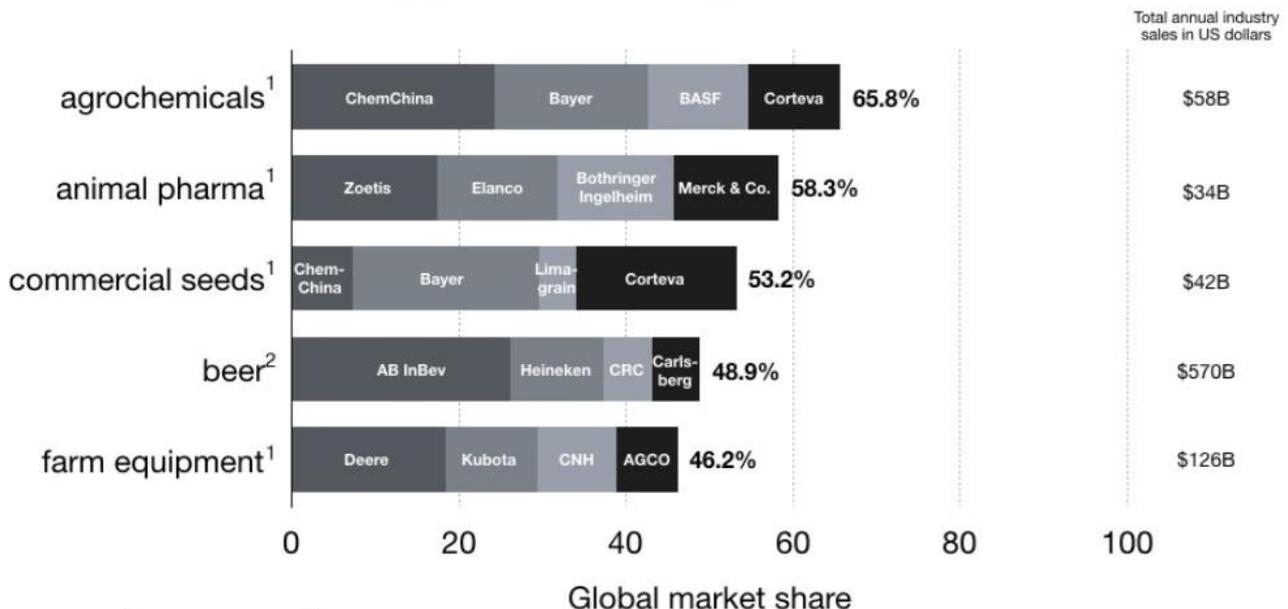
Und dann ist da noch die Volatilität der Lebensmittelpreise. Der Anstieg des Weizenpreises und ganz allgemein die Volatilität der Agrarrohstoffpreise sind ein stabiles Phänomen, das auf politische Entscheidungen zurückzuführen ist, die nicht von heute sind: die Liberalisierung der Märkte und die Art der Verträge, die seit langem im Welthandel mit diesen Produkten praktiziert werden. Es gibt Orte, die als Bezugspunkte für diesen weltweiten Handel dienen: der bekannteste ist die Chicagoer Börse und der zweitwichtigste ist die Nyse-Euronext in Paris, die ebenfalls eine starke Aktivität bei den europäischen Hartweizen-Futures aufweist. Die dort ausgehandelten Preise werden schließlich zu Dumpingpreisen in den internationalen Handel mit Weizen oder anderen Agrarrohstoffen eingespeist und steigen - oder besser gesagt - fallen auf den Inlandsmärkten der Länder, wobei eine besondere Anomalie auffällt: Diese Werte haben keinen tatsächlichen Bezug zur Entwicklung der Produktion.

Darüber hinaus wurden neue Vertragsmechanismen kodifiziert. Zum Beispiel die Verwendung von Prämienverträgen, in denen der vereinbarte Preis für ein industrielles Derivat (Mehl)

die an den künftigen Preis des landwirtschaftlichen Rohstoffs (Weichweizen) gekoppelt ist. Und Brot wird teuer sein, aber sicher nicht, weil es einen Mangel an Mehl gibt. Was nützt es, oder besser gesagt, wem nützt es, sich auf die Angst vor einer Verknappung zu berufen? Was nützt es, zu behaupten, man müsse die agrarökologische Umstellung aufgeben - das, was von der reformierten GAP übrig geblieben ist -, um mit der Forderung nach Abschaffung der 4 %-Reserven eine neue Weizenschlacht zu entfachen? Und was hat es mit der Deregulierung der Anwendung der geltenden Rechtsvorschriften für alte und neue GVO zu tun, um den Klimawandel zu bekämpfen? Die wundersamen Versprechungen der neuen Gentechniken (NGT) - mit ihrem rechtlich festgelegten Namen und nicht Techniken der unterstützten Evolution (TEA), eine rein italienische Erfindung, "um die Verbraucher nicht zu erschrecken" - sind, selbst wenn sie wahr wären, weit entfernt. Die mit NGT gewonnenen neuen Sorten werden erst in fünf Jahren, wahrscheinlich aber erst in zehn oder mehr Jahren auf den Markt kommen.

Landwirtschaftliche Systeme (Intensivtierhaltung, intensiver Olivenanbau, industrieller Weinbau usw.), die am stärksten von externen Lieferungen abhängig sind

Concentration in key global food and agricultural industries



Data: ¹Shand & Wetter 2019; ²Euromonitor 2019



der Kranich Iodis sand

das Magazin für ein neues Sozialmodell von Attac Italien

Rohstoffpreise aufgrund von Finanzspekulationen. Dieses Problem wird nicht dadurch gelöst, dass man die Fruchtfolgeverpflichtung für diejenigen aufhebt, die 30 Jahre lang mit öffentlichen Geldern Mais auf Mais^[3] anbauen. Es wird auch nicht dadurch gelöst, dass man die Produktion e Die Produktivität der Landwirtschaft wird nicht dadurch erhöht, dass die öffentlichen Mittel auf die so genannten effizienten Betriebe konzentriert werden, d.h. auf diejenigen, die hoch spezialisiert und kapitalisiert sind und daher extrem abhängig vom Weltmarkt und damit äußerst anfällig.

Der Kampf gegen den *Green Deal* - wir haben ihn bei seiner ersten Vorstellung kritisiert, weil er keine wirkliche Änderung des vorherrschenden landwirtschaftlichen Produktionsmodells darstellt, sondern nur eine Anpassung vor der Implosion - ist rein politisch und dient der Stärkung einer Wirtschaft, die die Landwirtschaft immer mehr zu einer reinen Fördertätigkeit macht.

Der Fahrplan der europäischen Regierungen, auch der italienischen, ist auf technologisch fortschrittliche Lösungen und die so genannte innovative Forschung ausgerichtet. Diese neuen Technologien (GVO, Genom-Editierung, Pestizide der neuen Generation, Drohnen, Fernerkundung, Digitalisierung usw.) sind teuer und nur für sehr wenige Unternehmen erschwinglich (insgesamt 235 320 Unternehmen in der EU haben eine Standardproduktion (SP) von 250 000 EUR oder mehr, die einzigen, die in die Präzisionslandwirtschaft investieren können). Die Folgen ihres Einsatzes sind oft unvorhersehbar und haben sich im Allgemeinen als schädlich nicht nur für die Umwelt, sondern auch für die Gesellschaft und die Gesundheit erwiesen. All dies führt zu einem Rückgang der Beschäftigung in der Landwirtschaft und zur Entvölkerung der ländlichen Gebiete mit ihrer fortschreitenden Verödung^[4], zu einer Veränderung des Verhältnisses zwischen dem Land und den Landwirten, wobei letzteren die Autonomie über ihr Land und ihre Arbeitsmittel entzogen wird. Auf diese Weise werden die Übergangsprozesse in die Knie gezwungen. Aber die europäischen Regierungen und das Europäische Parlament, liebevoll betreut von Ursula von der Leyen und einigen der fleißigsten Kommissare wie Stella Kyriakides, Kommissarin für Gesundheit, von der alle Rechtsvorschriften abhängen





der Kranich Iodis

Europäisches Saatgut, die Finanzialisierung der landwirtschaftlichen Tätigkeiten und die Einführung einer auf Ausgleichsmechanismen basierenden *Kohlenstoffwirtschaft*.

Microsoft und Google haben bereits Interesse an Investitionen in die Kohlenstoffbewirtschaftung gezeigt, ebenso wie viele Stiftungen, die mit dem "compassionate capitalism" verbunden sind. Diese Initiativen haben es nicht geschafft, den Klimawandel einzudämmen.

Minister Matteo Salvini sagte in Bezug auf die Pestizidrichtlinie: *"Ein Hoch auf die Landwirte, die Europa mit ihren Traktoren zwingen, die von den multinationalen Konzernen und der Linken auferlegten Torheiten rückgängig zu machen"*^[5]. Das war es, was die agrochemische Industrie brauchte, um den Markt und die Profite zu stabilisieren. *"Der Minister für Landwirtschaft, Ernährungssouveränität und Forsten Francesco Lollobrigida unterzeichnete das Dekret, mit dem die im PNRR vorgesehenen 500 Millionen Euro für Innovationen im Bereich der Land- und Lebensmittelmechanisierung an die Regionen und autonomen Provinzen verteilt werden.* Das bedeutet eine Stärkung der Monopole mit öffentlichen Geldern.

Paolo De Castro sagte: *"Die Europäische Kommission hat vorgeschlagen, den Einsatz von Pestiziden bis 2030 um 50 Prozent zu reduzieren, ohne Alternativen vorzuschlagen, die wir als Europäisches Parlament gefordert haben und die verfügbar sind: Assisted Evolution Techniques [d. h. NGT-Produkte, Anm. d. Red.] oder die Einführung von Präzisionslandwirtschaftsverfahren, die dazu beitragen könnten, den Einsatz von Chemikalien um 30 Prozent zu reduzieren. Wir müssen investieren, denn Drohnen, Luftaufnahmen und Satelliten verursachen Kosten, die nicht alle auf den Schultern der Landwirte lasten können"*^[6]. Auch die kommerzielle Saatgut- und Landmaschinenindustrie dankt und konsolidiert das Geschäft und die Gewinne. Vielleicht kommt noch die Verlängerung der Senkung der Dieselposten hinzu, und das Rezept wird noch viel besser, zum Vorteil der multinationalen Konzerne.

Die schwerwiegendste Verantwortung der EU-Bürokratie besteht letztlich darin, die überwältigende Macht der COPA-COGECA^[7] (d. h. der repräsentativsten landwirtschaftlichen

der großen multinationalen Industrien, die derzeit die Weltwirtschaft beherrschen, und der zunehmend liberalen und entschieden reaktionären Regierungen zu akzeptieren. Sicherlich kann man ihnen nicht die letzte Verantwortung für das Format der

GAP und ihrer Umsetzung. Letztendlich sind es diejenigen, die die Länder regieren, die die Verantwortung tragen, aber die Proteste dieser Tage scheinen dies nicht bemerkt zu haben. Genauso wenig wie diese Proteste die Arbeiter, ob legal oder illegal, oder die Landwirte gesehen haben, die sich seit fast einem halben Jahrhundert trotz ihrer geringen Betriebsgröße für eine agrarökologische Produktion entschieden haben.

[1] ISTAT -
http://dati.istat.it/Index.aspx?DataSetCode=DCSP_RICAREA#

[2] Siehe Generali und ihre Geschäftseinheit Cattolica

[3] Die Analyse der verschiedenen territorialen Kontexte bestätigt, dass die Bewässerung in den nördlichen Betrieben im Vergleich zu den Betrieben in den zentralen und südlichen Regionen eine größere Rolle spielt, was auf die weite Verbreitung von Kulturen wie Mais, Soja und Reis sowie auf die zahlreichen Gartenbau- und Obstsorten zurückzuführen ist, die eine erhebliche Bewässerung erfordern

[4] Erschwerend kommt hinzu, dass versucht wird, die künstliche Lebensmittelindustrie (*Lab Food*) zu finanzieren. Siehe "Alternative Proteine: EU investiert 50 Millionen Euro in Präzisionsfermentation und Algen". Siehe auch: <https://viacampesina.org/de/lab-grown-proteins-are-a-direct-threat-to-food-sovereignty-ecvc/> und "In einem Bericht über "zelluläre Lebensmittel" hat der französische Senat auf die Gefahr hingewiesen, in "Abhängigkeit von großen ausländischen Unternehmen" zu geraten, und gleichzeitig seine Vorbehalte gegenüber dieser anderen Form von im Labor hergestellten Proteinen zum Ausdruck gebracht. (AGRAFIL) - IEEP - das Institut für Europäische Umweltpolitik (<https://ieep.eu/>)

[5] <https://euractiv.it/section/capitali/news/salvini-sieht-bauernproteste-als-eine-gelegenheit-zur-verringerung-der-unterstuetzung-der-mehrheit-ursula/>



WELFARE

Das Recht auf Existenz

Herausg
egeben von

Roberto Ciccarelli
(Journalist und Essayist)

In den Monaten vor den Wahlen zum Europäischen Parlament 2024 wurde Mario Draghi, ehemaliger Ministerpräsident und ehemaliger Gouverneur der Bank von Italien und der Europäischen Zentralbank, von der Europäischen Kommission beauftragt, einen Bericht über "Wettbewerbsfähigkeit" zu verfassen. Es handelte sich um eine Erinnerung für die nächste kontinentale Exekutive, etwas, das flüchtiger ist als Dokumente wie die "Weißbücher" oder "Grünbücher", die von der Kommission zur Vervollständigung bestimmter Aspekte einer zunehmend maroden Europäischen Union erstellt werden.

Dies war zum Beispiel bei Jacques Delors' "Weißbuch" von 1985 über den "Binnenmarkt" der Fall. Der Markt, um den es dem kürzlich verstorbenen Delors damals ging, wurde nach dem Vertrag von Maastricht 1992 verwirklicht: die Wirtschafts- und Währungsunion, die einheitliche Währung Euro und die Erweiterung auf die Länder des ehemaligen Sowjetblocks, die heute sowohl zu Agenten des russischen Einflusses in Europa (Ungarn) als auch zu den Orten geworden sind, an die Deutschland seine Produktion verlagert hat, wobei es im Inland Lohndumping betreibt und mit den anderen Mitgliedstaaten der Union konkurriert.

Das Draghi anvertraute Unternehmen schien eher dem Namen seines Verfassers zu entsprechen, der einen stellaren *cursus honorum* besitzt, als einem formalisierten Prozess, dessen Protagonist Delors war. Aber es war auch eines der vielen Anzeichen, die

zu Beginn des Jahres auf eine Notlage hindeuteten, die sich nach dem russischen Krieg in der Ukraine und der durch die neue Inflation ausgelösten Wirtschaftskrise entwickelt hatte. Schon seit Monaten zeichnete sich ein Strukturwandel ab, dem sich ein unbewegliches Europa stellen musste.
A

neue Kriegswirtschaft der Energie-, Handels-, Technologie- und Militärkonflikte, ausgelöst durch die neue Phase der Globalisierung. Europa war und ist ein Kochtopf in einem Kampf zwischen imperialen und subimperialen Akteuren.

Die "Wettbewerbsfähigkeit", von der Draghi sprach, ist der Name einer Politik, die sowohl die Produktion und den Handel, die Gesellschaft als auch die Militär- und Technologieindustrie betrifft. Ihre ideologische Matrix ist neoliberal. In Draghis Deklination kollidiert sie mit der vorherrschenden Orthodoxie des deutschen Ordoliberalismus und noch größeren Versionen, die bei Deutschlands "sparsamen" Verbündeten zu finden sind. Zusammen stehen sie der Haushaltsdisziplin und den Investitionen entgegen. Draghi ist sich dieses Problems bewusst und hat versucht, Sparmaßnahmen mit der Wiederbelebung der Akkumulation zu verbinden.

Die Europäische Union sollte seiner Meinung nach bei den Investitionen zu China und vor allem zu den Vereinigten Staaten aufschließen. Ein Rückstand, der sowohl auf die Delokalisierung und die langen Lieferketten der Globalisierung als auch auf die politische Idee zurückzuführen ist, die Sparmaßnahmen den Investitionen entgegengesetzt und damit das Lohnwachstum und den Abbau von *Sozialleistungen* blockiert. Die Idee der Verkürzung der Wertschöpfungsketten durch die Reinternalisierung bestimmter Produktionen ist funktional für die Notwendigkeit, die "Wettbewerbsfähigkeit" der EU zu stärken, d.h. sich in eine Kampfeinheit von Nationalstaaten zu verwandeln, die jedoch unkoordiniert bleiben und miteinander konkurrieren.

Vor dem Hintergrund der Entstaubung alter kolonialer Bilder eines "Garten"-Europas, das von einem Dschungel umgeben ist, wies Draghi darauf hin, dass die enormen Ungleichgewichte in Europa nicht durch geldpolitische Maßnahmen ausgeglichen werden können. Es sind steuer- und haushaltspolitische Maßnahmen erforderlich. Und da eine restriktive Haushaltsdisziplin unantastbar ist, muss ein Weg gefunden werden, die rund 600 Milliarden Euro pro Jahr für den grünen und digitalen Wandel anderweitig zu finanzieren. Dieser Betrag muss durch gemeinsame Schulden und privates Kapital aufgebracht werden, entweder auf dem Markt oder über die Europäische Investitionsbank (EIB). Ganz zu schweigen von den 800 Milliarden, die für die Senkung der Emissionen um 90 Prozent bis 2040 erforderlich sind. Und dann sind da noch die 75 Milliarden, die der NATO zur Verfügung gestellt werden sollen, um die Verpflichtung von 2 % des BIP pro Jahr für die Rüstung zu erfüllen. Themen, die von der von der Leyen-Kommission in ihrer



in die politische Lähmung geschickt.

Draghi steht vor folgendem Rätsel: Um das neoliberale Europa wiederzubeleben, muss ein Weg gefunden werden, die Staaten trotz ihrer Regierungen zu finanzieren. Das ist der konstitutive Widerspruch dieser unglücklichen Ansammlung von Nationalstaaten, die sich noch einigen müssen, um die Bankenunion, den einheitlichen Kapitalmarkt und den Energiemarkt zu vollenden. Weit entfernt ist jedoch die einheitliche Haushaltspolitik. Was wir brauchen, ist eine Ausrichtung der Planeten. Das wird im Laufe der Jahre geschehen, aber immer nach unten. Wie im Fall der *EU der nächsten Generation*. Ein Fonds, der in Italien als Wunder gepriesen wird, der aber im Vergleich zu ähnlichen Strategien, die in den USA zur Eindämmung der Inflation unternommen wurden, völlig unzureichend und weit davon entfernt ist, wirksam zu sein, wie die italienische Anwendung des *Nationalen Konjunkturprogramms (NRP)* beweist.

Interessant in dieser verwirrenden und beunruhigenden Zeit ist die Vorstellung von "Sicherheit", die Draghi formuliert. "Sowohl die militärische als auch die soziale 'Sicherheit' eines Europas, das immer weniger autonom ist und als Geisel der

seine historischen strukturellen Grenzen. Was "gesichert" werden muss, auch durch die Erhöhung der Militärausgaben und die Schaffung neuer Finanzinstrumente, ist das "europäische Sozialmodell": der *Wohlstand*.

Worin besteht aber diese *Wohlfahrt*? Es handelt sich um ein autoritäres und konservatives Modell, d.h. *Workfare*, das Ergebnis einer neoliberalen Wende in der Krise des Wohlfahrtsstaates. Seine Grenzen traten während der Covid-Pandemie dramatisch zutage. Seitdem ist nichts gelöst worden, angefangen bei der Gesundheitsversorgung. Und noch weniger wurden die kurzlebigen Programme zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gelöst: das "Europäische Instrument zur Unterstützung der befristeten Arbeitslosigkeit" (SURE), das nur für die Zeit des Pandemienotstands angenommen wurde. Keine Spur von einem europäischen "Mindesteinkommen", dessen Verabschiedung auf kontinentaler Ebene das Europäische Parlament seit 1992 wiederholt gefordert hat. Die so genannte "soziale Säule" ist eines der Gespenster, die in der



Foto von donpedro736 aus Pixabay



ein Friedhof von Vorschlägen.

Es ist nicht nur Draghi, der zur Verteidigung eines unangemessenen, ungerechten und ausgrenzenden Modells aufruft, indem er einseitig und unkritisch sowohl das demografische als auch das Produktivitätsproblem nutzt, um die Ausbeutung der prekären Arbeit und die Verlängerung des Rentenalters über alle psychophysischen Grenzen hinaus zu verstärken.

Man will dieses System verteidigen, indem man die Notwendigkeit rechtfertigt, an einem zunehmend aggressiven internationalen "Wettbewerb" teilzunehmen. Ein weiterer Rückgang in einer stagnierenden Wirtschaft könnte die Stabilität in Gesellschaften untergraben, die von reaktionären und nationalistischen Ressentiments zerrissen sind.



Die Revolution wächst" von phoenixcharge

Die neuen Sparmaßnahmen, die der neue Stabilitätspakt, der 2025 in Kraft treten soll, ankündigt, werden die Situation nur noch verschlimmern und die autoritäre Tendenz des europäischen Liberalismus verstärken, der oft auf populistische Strategien zurückgreift, um seinen schwindenden Konsens zu festigen. In diesem Widerspruch steht nicht nur Draghi, sondern auch die Welt, die nicht auf seinen Diskurs über die Notwendigkeit einer Reform von oben nach unten hört, die von einer reaktionären Modernisierung des Wohlfahrtsstaates inspiriert ist.

In einem Zustand der organisierten Ohnmacht ist ein Durchbruch schwer vorstellbar. Alternativen bleiben zersplittert, gefangen in den Strategien der medialen Polarisierung, die unkritisch in einem historischen Rahmen agieren, der von Morphinismus und politischem Opportunismus, Defätismus und historischer Apokalyptik, Passivität und kulturellem Nihilismus inspiriert ist. Die allgegenwärtigen voluntaristischen, ästhetischen, utopischen Lösungen sowie die moralischen Anklagen professioneller Gesellschaftsanprangerer finde ich ärgerlich. Auch Appelle, Prophezeiungen und manierter Optimismus sind nicht gefragt.

Vor dem Hintergrund von Individualismus und Einsamkeit arbeite ich weiterhin an experimentellen Hypothesen, Orientierungskriterien und kulturellen Praktiken, die von einer spinozistischen Freude inspiriert sind, die sich in der Forderung nach einem *Recht auf Existenz* verwirklichen lässt. Ich spreche darüber in Büchern und Artikeln. Mit wachsender Frustration, wie ich zugebe. Aber genau das ist das Problem. Und ich bin nicht der Einzige, der es erkannt hat. Jetzt bleibt nur noch, neue Instrumente der Kritik zu finden. Jedes Problem braucht eine kreative Lösung, schrieben Gilles Deleuze und Félix Guattari. Und zwar eine Massenzugabe, möchte ich hinzufügen. Ich glaube, dass ich sie in diesem Existenzrecht gefunden habe, das sich sowohl der düsteren Wissenschaft der Ökonomie als auch der miserablen Wissenschaft des Funktionalismus im neoliberalen Regieren entzieht. Ein bedingungsloses Grundeinkommen ist eine zeitgemäße Darstellung davon. Aber es wäre der erste, wenn auch minimale und jetzt leider mondlose Schritt eines allgemeinen Umbruchs, der gigantische Diskontinuitäten braucht, angefangen bei der Aufhebung der Gleichsetzung von Militär- und Sozialausgaben. Das Existenzrecht hat verfassungsrechtliche Relevanz und ist mit

revolutionärer Politik verbunden. In einer fernen
Kriegszeit hieß es: Wir wollen Brot und Frieden. Dann
kamen die Rosen. Heute brauchen wir Wasser, Luft und
Natur, um sie zum Blühen zu bringen.



RECHTE DIGITAL

Digitale Rechte - die ganze Kurzichtigkeit von Europa von Marco Schiaffino (Attac Italien)

Im Bereich der digitalen Rechte sieht die kollektive Vorstellungskraft die Europäische Union als den fortschrittlichsten Punkt beim Schutz des Einzelnen angesichts der Gefahr eines technokratischen Abdriftens und der übermäßigen Macht von Big-Tech. Das ist alles richtig, aber von der Feststellung einer größeren Aufmerksamkeit der EU für digitale Rechte bis hin zu einer begeisterten Bilanz ist es ein weiter Weg. Sagen wir, dass die Union heute in einem Szenario, in dem die Logik des *Laissez faire* made in USA und die zensorischen und autoritären Impulse Chinas und Russlands vorherrschen, als "das am wenigsten Schlimme" positioniert ist.

Die Reihe der von Brüssel erlassenen Maßnahmen genießt auch die positive Beachtung, die die erste von ihnen, die *Allgemeine Datenschutzverordnung* (GDPR), gefunden hat, die als die erste Gesetzgebung gefeiert wurde, die effektiv auf den Schutz der Privatsphäre der Nutzer in einem Bereich abzielt, dem des Internets, in dem persönliche Informationen in einem noch nie dagewesenen Ausmaß zur Ware geworden sind. Die nachfolgenden Gesetze *Digital Services Act* (DSA), *Digital Markets Act* (DMA) und der *AI Act* (AIA) leiden dagegen unter einer Reihe von Einschränkungen, die von der Öffentlichkeit als sehr gering angesehen werden.

Der Bürger als Verbraucher

Die erste Einschränkung ist eine unmittelbare Folge der Erbsünde der Union, der es trotz der bei jeder Gelegenheit gezeigten guten Absichten schwerfällt, die wirtschaftliche und merkantile Logik zu überwinden und sich stattdessen als politische Einheit zu verstehen. Alle Maßnahmen zu digitalen Rechten leiden unter

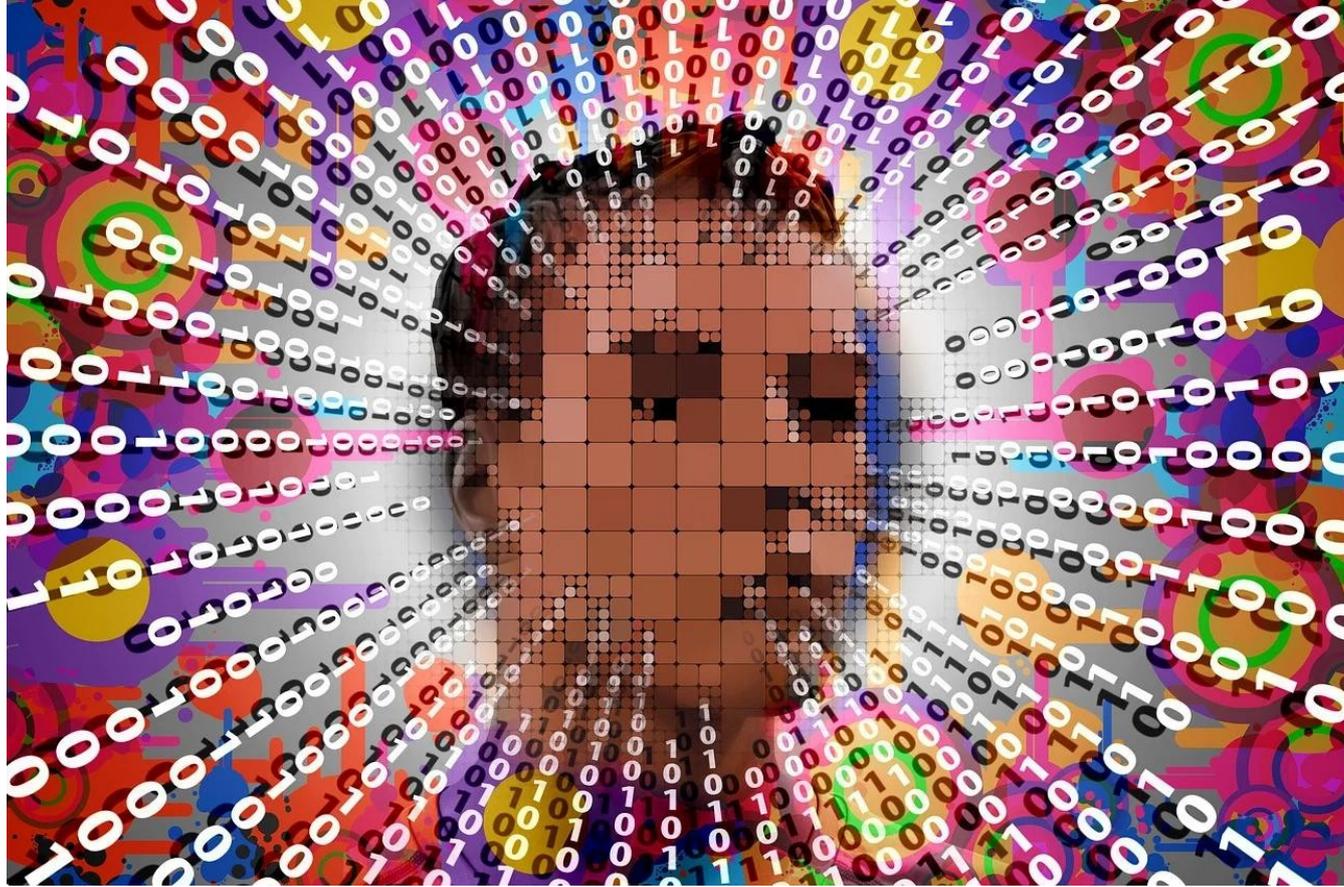


Foto von [Gerd Altmann von Pixabay](#)



der ganzen Welt beeilt, die Vorschriften einzuhalten?" Die Antwort ist einfach: Wenn sie es nicht getan hätten, wäre ein Markt von 500 Millionen Menschen aus dem Geschäft mit

ein Ansatz, der das Individuum in einer eindimensionalen Perspektive betrachtet und es nur als Verbraucher ansieht. Darüber hinaus wird die Deklination von Rechten ständig durch "korrekte Information" inspiriert, was dem "informierten Verbraucher", dem Protagonisten der von Adam Smith kodifizierten Theorien des freien Marktes, sehr ähnlich ist.

Wenn man von der Theorie zur Praxis übergeht und die viel gepriesene GDPR berührt, muss man nur Aspekte wie die Akzeptanz von *Cookies* (die berüchtigten Dateien, die die Navigation im Internet verfolgen) betrachten, die viele Nachrichtenseiten "erzwingen", indem sie die Anzeige von Artikeln verhindern, wenn sie nicht akzeptiert werden. Abgesehen von diesem speziellen Fall folgen viele Vorschriften im Bereich der digitalen Rechte dem Muster der "informierten Zustimmung", die sich regelmäßig in eine Art Formalität verwandelt, die die Rechteinhaber mit einem schnellen Klick auf die Schaltfläche "Ich akzeptiere" erledigen, ohne sich der Funktion oder des Nutzens dieser Entscheidung bewusst zu sein.

Die Identifizierung des Bürgers als Verbraucher spielt in der Tat auch eine Rolle in dieser "Erfolgsgeschichte", die die Datenschutz-Grundverordnung darstellt. Es stimmt zwar, dass die Datenverarbeitungsvorschriften der EU weit über die Grenzen der Union hinausgegangen sind und de facto zu einer Art internationalem Standard geworden sind, aber vielleicht wäre es sinnvoll, über die Dynamik hinter dieser Ausweitung des EU-Rechts nachzudenken. Die Bestimmungen der Datenschutz-Grundverordnung eignen sich aufgrund ihrer Merkmale (ich will mich nicht auf die technische Seite beschränken) nur sehr wenig für eine differenzierte Anwendung. Mit anderen Worten: Obwohl Organisationen sie formal nur auf EU-Bürger anwenden sollten, ist eine Auswahl auf der Grundlage der Staatsangehörigkeit furchtbar kompliziert, und viele der Akteure in diesem Bereich haben einfach beschlossen, sie auf alle anzuwenden.

Die eigentliche Frage, die man sich stellen muss, lautet jedoch: "*Warum haben sich Unternehmen auf*

hohes Einkommen. Das ist eine Art wirtschaftlicher Selbstmord. Das erfolgreiche Spiel mit der Datenschutz-Grundverordnung funktioniert jedoch nicht automatisch auch mit anderen Rechtsvorschriften zu digitalen Rechten.

genutzt wurden.

Kampf um Rechte oder Handelskrieg?

Bei zwei Gesetzen (dem Digital Services Act und dem Digital Markets Act), die gerade in den letzten Wochen in Kraft getreten sind, wird das sicher nicht funktionieren. Beide Maßnahmen erinnern nämlich stark an den Versuch, die Dominanz der USA in diesem Sektor zu verringern und einen Konzentrationsprozess aufzuhalten, der im Technologiesektor ebenso offensichtlich wie unvermeidlich ist.

Das Paradoxe daran ist, dass DSA und DMA auf kommerzieller Ebene keinerlei Wirkung haben und eine echte Verschlechterung der Nutzung digitaler Rechte mit sich bringen. Sie sind in der Tat größtenteils von einer kartellrechtlichen Logik inspiriert, die die möglichen praktischen Folgen überhaupt nicht in Betracht zieht. Nehmen wir das Beispiel von Apple. Bisher waren iPhone-Besitzer "gezwungen", nur Anwendungen aus dem Apple Store, dem von Apple selbst betriebenen "virtuellen Laden", zu installieren. Mit dem Digital Markets Act wurde das Unternehmen aus Cupertino verpflichtet, seinen Nutzern die Möglichkeit zu geben, Anwendungen (kostenlos und gegen Bezahlung) auch aus anderen Stores herunterzuladen und zu installieren. Ziel war es, den Wettbewerb zu fördern und kleine Entwickler aus dem Spiel eines Monopols zu befreien, das sie dazu verpflichtete, 30 Prozent der Einnahmen an Apple zu zahlen. Das Ergebnis: Mit dem neuen System werden die Entwickler am Ende mehr oder weniger die gleichen Provisionen zahlen (sie werden also keinen Vorteil haben) und können sicherlich nicht daran denken, viel zu expandieren. Denn diese "Öffnung" wird, anders als bei der GDPR, nur in Europa stattfinden.

Schlimmer noch: Wie alle Sicherheitsexperten betonen (auch hier vermeide ich technische Ausführungen, bestätige aber ihre Gültigkeit), erhöht die Tatsache, dass iPhones offen für andere Geschäfte sind, die Wahrscheinlichkeit, dass sie von Computerviren oder böartigen Anwendungen befallen werden, exponentiell. Ein nettes Geschenk, das in der Tat nur für europäische Bürger bestimmt ist. Ein ähnliches Argument gilt für den Eingriff, der die Interoperabilität zwischen Nachrichtensystemen (Whatsapp und Facebook Messenger) erzwang und damit in der Praxis die *Ende-zu-Ende-Verschlüsselungssysteme* schwächte, die bis vor kurzem noch für den Austausch von Nachrichten



hat es heute ermöglicht, die Privatsphäre der Kommunikation der Nutzer zu schützen. Journalisten und politische Gegner in Ungarn, das zu den am meisten bespitzelten Ländern der Welt gehört, werden sich darüber freuen.

Erstklassige Ängste

Schließlich kommen wir zur künstlichen Intelligenz. Das KI-Gesetz, bei dem in diesen Tagen entscheidende Schritte zu seiner Verabschiedung anstehen, verdient eine gesonderte Diskussion. Obwohl es die gleichen Probleme wie DSA und DMA mit sich bringt, kann das KI-Gesetz als die größte Anmaßungssünde der EU angesehen werden. Wohlgemerkt, eine Regulierung des Einsatzes von KI ist notwendig, wenn nicht gar unverzichtbar, aber die von der Europäischen Kommission und dem Parlament verfolgte Strategie zeigt einfach, dass man in Brüssel und Straßburg nichts von Technologie versteht.

Die KI in diesem Stadium zu regulieren, in dem sich die Technologie mit Lichtgeschwindigkeit weiterentwickelt, ist einfach dumm. Und zu sagen, dass die Anhaltspunkte alle da waren. In der Tat hat das KI-Gesetz seine ersten Schritte im Jahr 2021 gemacht,

als außerhalb der Fachbereiche (fast) niemand über künstliche Intelligenz sprach. Als das *Chat GPT* im November 2022 eingeführt wurde, musste es komplett überarbeitet werden. Seitdem hat sich die Branche so stark verändert, dass man mit Sicherheit sagen kann, dass das Gesetz über künstliche Intelligenz zu dem Zeitpunkt, zu dem es umgesetzt wird, bereits veraltet und völlig unzureichend sein wird.

Wenn man dann noch die Reihe von Kompromissen hinzunimmt, die sich auf bestimmte Aspekte der Gesetzgebung ausgewirkt haben, wie etwa die Entscheidung, es den einzelnen Regierungen zu überlassen, Echtzeit-Gesichtserkennungssysteme auf der Grundlage entschieden "persönlicher" Bewertungen anzuwenden, droht es sich in Bezug auf die Rechte zu einem gigantischen Flop zu entwickeln. Hoffen wir zumindest, dass wir daraus eine Lehre ziehen können.



"Datenschutz und Privatsphäre" von Dominic Smith (CC BY 2.0 DEED)



MIGRATION

S

Das Recht auf Asyl in Europa heute

von

Mariacristina Molfetta

(Migrationsexperte und Herausgeber der
Dossier Migrantes)

*Es bedarf einer gemeinsamen Anstrengung der
einzelnen Länder und der internationalen
Gemeinschaft, um sicherzustellen, dass alle Menschen
die
das Recht, nicht
auswandern zu müssen, d.h. die Möglichkeit, in
Frieden und in Würde zu leben
in ihrem eigenen
Land. Es ist ein Recht, das noch nicht kodifiziert
ist, aber von
grundlegende Bedeutung...
Solange dieses Recht nicht garantiert ist - und das ist
es ist ein langer Weg - es
wird immer noch viele geben, die gehen müssen,
um zu suchen
ein besseres Leben.*

(aus der Botschaft von Papst Franziskus *Freie Wahl
zwischen Migration und Bleiben* für den
GMMR 2023)

Einerseits die Situation des Asylrechts in der Welt, in
Europa und in Italien und andererseits der
eindringliche Appell von Papst Franziskus anlässlich
des letzten Weltmigranten- und Flüchtlingstages
(WJT), der dazu aufrief, dass jeder Erdenbewohner
wirklich frei entscheiden kann, ob er **auswandert**

oder bleibt: ein entmutigender Gegensatz.

Heute haben 114 Millionen Menschen (einer von
71 Einwohnern der Erde und in absoluten Zahlen
sechs Millionen mehr als Ende 2022) keine freie
Wahl, ob sie **bleiben wollen**. Weil es immer
mehr Konflikte und in einigen Regionen der Welt
immer ernstere wirtschaftliche oder soziale
Krisen und Schwierigkeiten gibt

bei der Beschaffung von Lebensmitteln und Wasser, während man weltweit immer weniger in der Lage ist, Friedensprozesse zu managen, und noch immer nicht in der Lage ist, den Planeten zu schützen.

Aber selbst wenn man das zweite Verb von Papst Bergoglio betrachtet, das die **Migrationsfreiheit** anmahnt, kann man nicht umhin, mit Bitterkeit festzustellen, dass die europäische und italienische Politik alles tut, um die Einreise von Schutzsuchenden zu beschränken. Obwohl es durch strenge internationale Konventionen geschützt ist, häufen sich neue Vorschriften, die sowohl den Zugang zum Territorium als auch die Möglichkeit für diejenigen, die es geschafft haben, anzukommen, wirklich anerkannt und versorgt zu werden, erschweren.

Dies geschieht unter anderem durch die immer weiter verbreitete Externalisierung der Grenzen, die Ausweitung der Listen so genannter "sicherer" Länder, die Aushöhlung der Aufnahmedienste, die Einschränkung des Schutzes für unbegleitete ausländische Minderjährige, den Bau von Internierungs- und Absonderungslagern und die Hindernisse für die tatsächliche Inanspruchnahme des Rechts, Asyl zu suchen.

Dies wird in **Das Asylrecht** erörtert. **Bericht 2023. Die freie Wahl zu migrieren oder zu bleiben?** (Tau Editrice 2023), der siebten Ausgabe des Berichts, den die Stiftung Migrantes der "Welt" der Flüchtlinge und der Zwangsmigration widmet. Die Publikation ist in die vier traditionellen Abschnitte "Aus der Welt mit Blick auf Europa", "Zwischen Europa und Italien", "Mit Blick auf Italien" und "Theologischer Einblick" unterteilt und wird von einem *Team* von Wissenschaftlern und Fachleuten herausgegeben, die seit Jahren mit Flüchtlingen und Asylbewerbern zusammenarbeiten. In diesem Artikel werden wir die ersten beiden Abschnitte näher beleuchten, um zu verstehen, wo genau das Asylrecht in Europa heute steht.

Erster Abschnitt - Aus der Welt mit Blick auf Europa

2022-2023: Nur Rückschritte? (Magda Bolzoni) Der im Februar 2022 ausgebrochene Konflikt in der Ukraine hat dazu beigetragen, dass die Zahl der Menschen, die vor Krieg, Konflikten, Verfolgung und Rechtsverweigerung fliehen, bis Mitte 2023 weltweit auf über 110 Millionen ansteigen wird. Davon werden sich im Jahr 2023 etwa 35 Millionen außerhalb der Grenzen ihres Landes aufhalten und Schutz und Sicherheit suchen. Die **M e h r h e i t**, etwa



der Kranich Iodis

die Migration?

70 % bleiben in den Nachbarländern, und nur ein kleiner Teil begibt sich auf die lange und gefährliche Reise nach Europa, wo es nach wie vor an legalen und sicheren Einreisemöglichkeiten mangelt. Tatsächlich gab es zwischen 2022 und 2023 etwas mehr als 500.000 irreguläre Einreisen nach Europa, während im gleichen Zeitraum mehr als eine Million Asylanträge gestellt wurden. Das erste Kapitel des neuen *Berichts über das Recht auf Asyl* enthält eine Bestandsaufnahme der Trends im Jahr 2022 und in den ersten neun Monaten des Jahres 2023, wobei der Schwerpunkt auf den Einreisewegen, den gestellten Asylanträgen und den in Europa und Italien gewährten Formen des Schutzes liegt und die miteinander verflochtenen Beweggründe erörtert werden, die Menschen dazu bringen, auf der Suche nach Schutz und Sicherheit aus ihren Ländern zu fliehen.

Statt sichere Fluchtwege zu schaffen, die rasche Aufnahme und Verteilung aller Schutzsuchenden an den EU-Außengrenzen zu organisieren und wirksame Verfahren zur Dokumentation und Verhinderung von Menschenrechtsverletzungen an den Grenzen zu entwickeln, haben die EU und ihre Mitgliedstaaten weiterhin eine Politik der Isolation und Ausgrenzung von Schutzsuchenden betrieben. Die "Reform"-Pläne der

IL DIRITTO D'ASILO REPORT 2023

Liberi di scegliere se migrare o restare?



tau editrice

und die Grenzen zu externalisieren, mit bilateralen Abkommen, die die Menschenrechte nicht respektieren, wie die mit Libyen, Sudan und Niger. Darüber hinaus wird das Recht auf Seenotrettung behindert, und es gibt Vorschriften, die NRO, die Leben retten, kriminalisieren": Dies ist die Ansicht derjenigen, die

Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS), versprechen keine Verbesserung, erst recht nicht, wenn man die derzeitigen Praktiken an den EU-Außengrenzen, insbesondere in Spanien und Griechenland, analysiert. Die Verabschiedung der lausigen Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems würde die ständigen Rechtsverstöße an den europäischen Außengrenzen nur legalisieren und die Menschenrechtsslage weiter verschärfen. Es besteht also kein Zweifel: Im Moment ist es besser, keine Reform durchzuführen als diese.

Zweiter Abschnitt - Zwischen Europa und Italien

Die Herausforderungen des Asylrechts in Italien und Europa heute: ein Gespräch von Duccio Facchini mit Gianfranco Schiavone In seiner Antwort auf die Fragen des Journalisten Facchini prangert der internationale Migrationswissenschaftler Schiavone die fortschreitende Aushöhlung des Asylrechts im aktuellen europäischen Kontext an, beginnend mit Fällen, in denen Verstöße - sobald sie ans Licht kamen - als mehr oder weniger isoliertes Verhalten gerechtfertigt wurden, während offizielle Erklärungen sich beeilten zu betonen, dass geeignete Maßnahmen ergriffen würden, um sicherzustellen, dass sich diese Verstöße nicht wiederholen würden. Wir sind dann zu direkteren und expliziteren Verstößen übergegangen, bis hin zur Verbreitung übertrieben restriktiver Auslegungen der geltenden Vorschriften, auch wenn diese - obwohl sie jeglicher Rechtsgrundlage entbehren - nicht mehr aufgehoben, sondern im Gegenteil immer wieder neu vorgeschlagen werden, vielleicht mit geringfügigen Änderungen, was sowohl auf europäischer Ebene als auch im jüngsten italienischen Szenario zu Spannungen und Verwirrung führt.

Verweigerte Rechte innerhalb und außerhalb der italienischen Grenzen - *"Die Liste der Rechte, die (potenziellen) Flüchtlingen nicht garantiert werden, ist lang. Die europäische Flüchtlingspolitik besteht hauptsächlich darin, Asylbewerber an den Grenzen zurückzuweisen*



kam als Flüchtling nach Italien und versucht nun, über die Vereinigung UNIRE (Unione nazionale italiana rifugiati ed esuli - Italienische Nationale Vereinigung der Flüchtlinge und Exilanten) eine Interpretation der europäischen Flüchtlingspolitik zu geben.

Jeder Teil des Buches wird von ebenso vielen statistischen Abschnitten begleitet, die von Giovanni Godio mit Grafiken, Tabellen, Karten und "Fakten und Zahlen" zur Zwangsmigration und zum Asylrecht in der Welt, entlang der verschiedenen Migrations-"Routen" nach Europa, in das EU-Gebiet und nach Italien herausgegeben wurden.

Der diesjährige Band enthält sechs ausführliche Länderprofile zwischen dem globalen Süden und dem globalen Norden: Nigeria, Côte d'Ivoire, Tunesien, die Türkei, um einige der Länder zu besuchen, die wir als "sicher" betrachten, sowie Deutschland und Spanien, um einen Eindruck davon zu gewinnen, wie andere EU-Länder mit den Herausforderungen des Asyls in der EU umgehen.

Flüchtlinge am Tor zu Europa - vor, während und nach der Flucht die Landung

herausg

egeben von

Chiara Marchetti

(Wissenschaftlerin und

Sozialarbeiterin,

Mitherausgeberin des Dossier

Migrantes)

Die Invasion ist nicht da. Ebenso wenig gibt es einen Notfall. Dennoch scheinen sowohl die Diskurse als auch die politischen Maßnahmen, die gegenüber Flüchtlingen ergriffen werden, zunehmend durch diese Interpretationsrahmen bedingt zu sein.

Das ist sicherlich nichts Neues: Der Siegeszug der Notstandsrhetorik ist spätestens seit den Arabischen Frühlingen (einige werden sich an die Ära des nordafrikanischen Notstands erinnern, der vom Zivilschutz verwaltet wurde) und der Europäischen Union ein Rohstoff der Migrationspolitik.



"Rohingya-Flüchtlinge" von AK Rockefeller (CC BY-SA 2.0 DEED)



der Kranich Iodis

besorgniserregende Bild die Angst vor einer Invasion legitimiert, der mit Gewaltig. Im Jahr 2023 blieben die Flüchtlinge und Zwangsmigranten wie immer überwiegend

Das Schreckgespenst der Invasion wird - nicht nur von rechten Politikern - seit mindestens zwanzig Jahren bemüht, ohne dass ein direkter Zusammenhang mit den absoluten Zahlen des Phänomens oder mit den relativen Zahlen, beispielsweise im Verhältnis zur einheimischen Bevölkerung, zur Gesundheit der lokalen Wirtschaft und zur globalen Verteilung der flüchtenden Menschen, besteht.

Sicher ist, dass die repressive Beschleunigung im vergangenen Jahr ein Tempo und eine Heftigkeit angenommen hat, die nicht nur diejenigen beunruhigen sollten, die in diesem Bereich tätig sind und sich für die Rechte von Migranten einsetzen, sondern auch die breite Öffentlichkeit der Bürger, die an der Schaffung von Grundlagen für ein positives Zusammenleben in zunehmend multikulturellen Gesellschaften interessiert sind.

Die Daten und Analysen im jüngsten Bericht der Stiftung Migrantes ***Liberi di scegliere se migrare o restare?*** zeigen, dass das Fragezeichen am Ende des Titels eine negative Antwort vorwegnimmt.

Im Jahr 2023 wurde die Wahlfreiheit der Migranten, in ihrem Herkunftsland zu bleiben, weiter eingeschränkt: 56 Länder sind von bewaffneten Konflikten betroffen, die Militärausgaben erreichen einen "Rekord" von 2.240 Milliarden Dollar (+3,7 % im Vergleich zu 2022), rund 800 Millionen Menschen, die mit Hunger kämpfen, zwei Milliarden Menschen ohne Zugang zu Wasser, mehr als 33,6 Millionen Menschen, die ihre Häuser wegen Stürmen, Überschwemmungen, Wirbelstürmen, Waldbränden, Erdbeben und Dürren verlassen mussten, etwa 50 Millionen Menschen, die in Sklaverei leben müssen (davon 12 Millionen Minderjährige), Verfolgung und Einschränkung der persönlichen Freiheiten in allen Breitengraden (so sind beispielsweise homosexuelle Handlungen in 66 Ländern der Welt kriminalisiert, in 12 Ländern droht sogar die Todesstrafe) und 61 Länder zählten Gewalt im Zusammenhang mit der Religionsfreiheit).

Die Freiheit, in Frieden, Sicherheit und Würde im eigenen Land zu verbleiben, wird so einer wachsenden Zahl von Menschen verwehrt, so dass es Ende 2023 weltweit 114 Millionen gewaltsam entwurzelte Menschen geben wird, das ist jeder 71ste Einwohner.

unverantwortliche Eltern schuldig gemacht hätten ("Verzweiflung kann niemals Reisebedingungen rechtfertigen, die das Leben ihrer Kinder gefährden"), oder die Worte von Ministerpräsidentin Giorgia Meloni, die den Migranten mit Inhaftierung und Rückführung drohte, um

in Gebieten in der Nähe ihres Herkunftsortes.

Trotz der Zunahme der Ankünfte und der Präsenz in Europa im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine steht unser Kontinent bei der Aufnahme von Flüchtlingen weiterhin an letzter Stelle.

Tatsächlich befinden sich 40 Millionen in Afrika, mehr als 30 Millionen in Asien, 15 Millionen in Lateinamerika und etwas mehr als 14 Millionen in Europa. 76 % der Flüchtenden befinden sich in Ländern mit niedrigem oder mittlerem Einkommen, 70 % in Nachbarländern der Herkunfts- und Fluchtländer und 20 % (jeder Fünfte) in Ländern, die zu den mit Abstand ärmsten der Welt gehören.

Die Länder mit den meisten Flüchtlingen in absoluten Zahlen sind die Türkei (3,4 Millionen), Iran (3,4 Millionen), Deutschland (2,5 Millionen), Kolumbien (2,5 Millionen) und Pakistan (2,1 Millionen). Nur ein europäisches Land ist also unter den ersten fünf, und keines, wenn man die Präsenz im Verhältnis zur einheimischen Bevölkerung betrachtet. An der Spitze stehen Aruba mit einem Flüchtling pro sechs Einwohner und der Libanon mit einem pro sieben Einwohner, gefolgt von Curacao (einer pro 14 Einwohner), Montenegro (einer pro 15 Einwohner) und Jordanien (einer pro 16 Einwohner).

Migranten haben nicht die Freiheit, zu bleiben. Aber es steht ihnen auch nicht frei, zu migrieren, erst recht nicht, wenn es darum geht, Europa zu erreichen. Das zeigen uns die Zahlen für 2023.

Und es tut noch mehr weh, angesichts dieses Szenarios ein Jahr später zu lesen, welche Auswirkungen die x-te Tragödie auf See, die sich im Februar 2023 wenige Meter vor der Küste von Steccato di Cutro ereignete, auf die Politik und die Vorschriften in unserem Land hatte. Vor allem aber in Bezug auf die Vorstellungskraft: Man darf die Worte von Innenminister Matteo Piantedosi nicht vergessen, der die Schuld an den Todesfällen auf die Migranten selbst schob, die sich als



Unabhängig von den Gründen für die Ausreise (*"Ich möchte denjenigen, die illegal nach Italien einreisen wollen, eine klare Botschaft übermitteln: Es ist keine gute Idee, sich auf Menschenhändler zu verlassen, denn sie verlangen viel Geld von einem, sie setzen einen auf Boote, die oft nicht für solche Fahrten ausgerüstet sind, und wenn man illegal nach Italien einreist, wird man in jedem Fall festgenommen und zurückgeschickt"*).

Die "wenigen" Migranten, die es dennoch schaffen, Europa über die gefährlichen Seewege oder den mit Ablehnungsketten gespickten Hindernisparcours zu erreichen, der die Landrouten über den Balkan kennzeichnet, sind nicht willkommen.

Wie ein Asylbewerber in einem Interview, das im Beitrag von Michele Rossi zum oben genannten Bericht über das Recht auf Asyl zitiert wird, bitter gesteht: *"Ich sage nicht, dass ich erwartet habe, wie ein Held behandelt zu werden, sondern dass Italien anerkennt, dass ich es geschafft habe, ja. Man ist entkommen, man hat es geschafft, es sind schlimme Dinge passiert, man hat sie überwunden, aber dann gerät man in eine Masse von Menschen und wird zu einer Nummer"*. Und die Dekrete - später Gesetze -, die nach der Tragödie von Cutro erlassen wurden, bekräftigen dies nur noch einmal. Man wird zu einer Nummer. Und man reiht sich ein in die Reihe derer, die nicht einmal mehr das volle Recht zu haben scheinen, Asyl zu beantragen und Mindeststandards für die Aufnahme zu genießen.

Es ist kein Zufall - wie der Jurist Paolo Bonetti in dem Bericht bitter feststellt -, dass eine neue und breitere Liste sicherer Herkunftsländer für die Zwecke des internationalen Schutzes verabschiedet wurde, die Staaten umfasst (darunter Elfenbeinküste, Gambia, Ghana, Nigeria, Senegal, Tunesien), aus denen 80 % der Asylbewerber in Italien tatsächlich kommen: *"Das erklärt vielleicht die wahre Motivation für die Verabschiedung des Dekrets, mit abschreckenden oder repressiven Absichten gegenüber möglichen Missbräuchen, die jedoch die vielen begründeten Fälle zu überlagern drohen"*.

Der Weg zum Schutz in Italien wird daher immer

steiler, und in der Zwischenzeit macht der Abbau des Aufnahmesystems die Menschen noch unsichtbarer, weniger geschützt und allein gegenüber dem, was ein sicherer Hafen werden könnte, in dem sie ihr Leben neu aufbauen können.

Die Europäische Union und ihre Krisen

herausgeg

eben von

Franco Russo

(Politikerin, Aktivistin und Publizistin)

Der Aphorismus von Jean Monnet "*Europa wird das Produkt seiner Krisen sein*" ist wieder in Mode und rechtfertigt die *Krisen*, die die Europäische Union (EU) durchmacht.

Die aktuellen Krisen sind vielfältig und wirklich traumatisch, weil sie das institutionelle Gefüge, die Strategien und, ich würde sagen, die Werte selbst betreffen, die die *Gründerväter in den Mittelpunkt* ihres Projekts gestellt haben: den Frieden in Europa, die *Rechtsstaatlichkeit*, d. h. das Recht als Grenze der Macht, und das Wohlergehen der Bürger. Werte, die in den Artikeln 2 und 3 des EU-Vertrags zu Grundsätzen erhoben wurden.

Diese Grundsätze werden durch die Realität widerlegt. Durch Krieg, gestern in Jugoslawien, heute in der von Wladimir Putin angegriffenen Ukraine, wobei sich die EU verpflichtet hat, Waffen zu liefern und eine eigene, in die NATO integrierte Armee zu organisieren; durch soziale Ungleichheiten, die sich immer weiter vertiefen; durch die Verweigerung der Menschenrechte von Migranten, die im Mittelmeer oder auf den Balkanrouten dem Tod überlassen werden; durch Regeln, die von einer Oligarchie mit zunehmend unbegrenzten Befugnissen beschlossen werden.

Die Krisen sind alle auf die Entscheidungen dieser Oligarchie zurückzuführen, die sich aus Regierungen, Unternehmen und Technokratie zusammensetzt und auf den Aufbau der *Festung* Europa ausgerichtet ist. Nach innen, indem sie eine Politik der Zentralisierung der Macht in Brüssel verfolgt, um die Entscheidungen der einzelnen Mitgliedstaaten von oben zu kontrollieren, an deren Bestimmung sie selbst durch die verschiedenen EU-Ratsformationen beteiligt sind. Nach außen durch die Errichtung von Barrieren für die Einreise von Migranten, mit einer Politik der absoluten Blindheit angesichts des demografischen Winters, den

die EU erlebt, und durch die Annahme einer *geopolitischen Haltung*, um die EU zu einer globalen Macht zu machen.

Diese Entscheidungen sollen die EU in Konflikten zwischen Wirtschaftsblöcken stärken, die sich ebenfalls nach den folgenden Kriterien zusammensetzen



große geografische Gebiete, um die Energie- und Rohstoffversorgung sowie die Wertschöpfungsketten zu sichern und die Absatzmöglichkeiten auf den globalen Märkten zu erweitern. Jahrhundert ist Afrika der Kontinent, der beherrscht werden soll, auf dem die USA, China, Russland und die EU Kriege und Putsch führen, um an Bodenschätze, landwirtschaftliche Flächen durch *Landgrabbing* und Energiequellen zu gelangen und eine neue Phase der kolonialen Ausbeutung einzuleiten, die als gleichberechtigte Partnerschaft getarnt ist, wie es die Regierung Meloni mit dem *Mattei-Plan* vorgibt.

An der Spitze der drei großen, von der EU initiierten Transitionen - Energie, Grün, Digital - stehen immer und ausschließlich die Unternehmen, deren Wettbewerbsfähigkeit gestärkt werden soll. Ihr Ziel ist sicherlich weder der Schutz und die Renaturierung der Umwelt noch die innovative Organisation der Produktion, um die Arbeit weniger belastend zu machen und den sozialen Bedürfnissen gerecht zu werden. Im Gegenteil, die technologische Innovation wird dazu genutzt, die Arbeitskräfte weiter zu segmentieren und Formen der Prekarität auszuweiten, auch in Berufen mit höherem kognitiven Gehalt.

Um diese Einschätzungen zu untermauern, genügt es, an einige Bereiche der EU-Aktivitäten zu erinnern. Der erste ist der militärische Bereich.

Die EU hat im März 2022 den *Strategischen Kompass* zur Stärkung ihrer strategischen Sicherheit und Verteidigung bis 2030 ausgearbeitet und vorgelegt, was zu einer Finanzierung der Rüstungsproduktion und der Beteiligung am Krieg in der Ukraine führte. Auf der Grundlage der Bestimmungen des EU-Vertrags, insbesondere der Artikel 42-46, werden seit einiger Zeit Aufrüstungsmaßnahmen der Mitgliedstaaten und eine verstärkte Zusammenarbeit zur Schaffung von schnellen Eingreiftruppen durchgeführt und Formen der Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen nationalen Industrien eingeleitet.

Der militärisch-industrielle Komplex expandiert weltweit: Im Jahr 2023 stiegen die Exporte von US-Rüstungsgütern um 16 Prozent auf einen Rekordwert von 238,4 Milliarden Dollar (*Il Sole 24 Ore*, 31. Januar 2024, S. 12). Der Greenpeace-Bericht "*Arming Europe*" vom November 2023 stellt fest, dass sich die europäischen Länder auf dem Weg zu einer vollständigen Militarisierung befinden, indem er dokumentiert, dass von 2014 bis 2023 die Militärausgaben der EU-NATO-Mitgliedstaaten



Foto von [Peter von Pixabay](#)



sind um fast 50 Prozent von 145 Milliarden auf 215 Milliarden Euro gestiegen und werden weiter wachsen: Allein Deutschland hat im Januar 2024 zusätzliche 100 Milliarden Euro für die Stärkung seines Militärapparats vorgesehen. Die Militärausgaben der EU-NATO-Mitgliedsstaaten werden im kommenden Jahr voraussichtlich real um 10 Prozent gegenüber 2023 steigen, und sie geben jetzt durchschnittlich 1,8 Prozent des BIP aus - Daten, die von NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg auf einer Pressekonferenz am 14. Februar 2024 bestätigt wurden - mit dem Ziel, das Ziel von 2 Prozent zu erreichen, ungeachtet der Drohungen von Donald Trump.

Der staatlich kontrollierte italienische Rüstungskonzern *Leonardo* bemüht sich intensiv um Aufträge und internationale Partnerschaften, insbesondere mit deutschen und französischen Unternehmen. In der EU werden zudem die Vereinbarungen zwischen den nationalen Rüstungsindustrien intensiviert, und es gibt sogar eine von der EU abgesegnete Allianz zwischen Großbritannien, Italien und Japan für die Entwicklung und Produktion eines neuen Kampfflugzeugs, das bis 2035 einsatzbereit sein soll. Ja, mit Japan, denn inzwischen sind die EU und die NATO auch auf dem östlichen Schachbrett aktiv geworden, um China, einem großen Konkurrenten im kommerziellen und militärischen Bereich, zu begegnen. Dies ist die neue geopolitische Haltung der EU als Großmacht, die auf globaler Ebene agieren will, wie Präsidentin Ursula von der Leyen wiederholt behauptet und in

seine anspruchsvolle Rede auf der Jahreskonferenz der *Europäischen Verteidigungsagentur* (30. November 2023).

Selbst die Tragödie im Gazastreifen, dessen Bevölkerung nach dem Terroranschlag der Hamas am 7. Oktober 2023 Opfer einer kollektiven Bestrafung durch Israel ist, wird, anstatt die EU zu veranlassen, sich für einen sofortigen Waffenstillstand und eine friedliche Lösung des Konflikts einzusetzen, dazu genutzt, ihre Rolle als Militärmacht mit dem Marineeinsatz im Roten Meer zum Schutz der Handelswege zu behaupten. Bei den Rüstungsausgaben sind Russland, China und Indien nicht zu übertreffen.

Während und durch Kriege werden weltweit Machthierarchien neu definiert und Produktionsketten und Handelsräume neu organisiert. Deshalb hat die EU nach Wladimir Putins militärischem Angriff auf die Ukraine die restriktive Regelung für staatliche Beihilfen, die bereits zur Bekämpfung der Pandemie im Jahr 2020 stark gelockert worden war, gelockert und zwischen März 2022 und Juni 2023 Beihilfen in Höhe von 730 Mrd. EUR genehmigt. Davon wurden bereits 140 Mrd. EUR an europäische Unternehmen ausgezahlt, damit diese ihre Produktion innovieren, um den Verlust von Marktanteilen zu vermeiden.

Sie sind in im Gange große Veränderungen in der Energie- und Rohstoffversorgung. Aus der Energieabhängigkeit von Russland hat sich die EU durch Abkommen mit afrikanischen Ländern und Ländern des Nahen Ostens befreit, indem sie Südtalien zu einer Energiedrehscheibe gemacht hat, von der aus der Strom in den Norden und in die EU-Länder gelangt. Bei den Rohstoffen, den neuen wie den *seltenen Erden* und den traditionellen (von Kupfer bis Eisen), hat die EU



Ausschnitt aus dem Titelbild des Greenpeace-Berichts "Arming Europe".



hat das *Global Gateway* ins Leben gerufen, um der chinesischen *Seidenstraße* entgegenzuwirken, und am 16. März 2023 hat die Kommission eine *Verordnung* und eine *Mitteilung* zur "*Risikominderung*" von "*kritischen Rohstofflieferketten*" vorgelegt, um diese zu diversifizieren und zu stärken.

Die Sparpolitik zur Überwindung der Großen Rezession führte über das *Six-* und *Two-Pack* zu einem System der wirtschaftlichen und sozialen Regulierung, das bei der Kommission, dem ECOFIN-Rat und der EZB zentralisiert ist und die Haushaltsentscheidungen der Mitgliedstaaten stark einschränkt, um die Liberalisierungs- und Privatisierungsprozesse weiter voranzutreiben und den Arbeitsmarkt zu reformieren, um die Unternehmen von den letzten Fesseln zu befreien.

Mit einer Reihe von Programmen - von *NextGenerationEU* über *STEP* bis hin zu *REPowerEU* - verteilt die EU öffentliche Mittel zur Unterstützung von Unternehmen in den *drei* Übergangsphasen, denen gegenüber sie sich mit dem Gesicht eines *interventionistischen Staates* präsentiert, während sie ihr liberalistisches Gesicht gegenüber den arbeitenden Klassen unverändert beibehält. In der Tat bewahrt die kommende *Verordnung*, die in den alten Stabilitätspakt eingreift und über die das Europäische Parlament und der Rat am 10. Februar 2024 (auf der Grundlage eines Vorschlags der Kommission vom April 2023) eine Einigung erzielt haben, die liberalistische Prägung der wirtschaftspolitischen *Steuerung* unversehrt. Die Austeritätspolitik gegenüber der Arbeiterklasse mit ihren Beschränkungen der öffentlichen Haushalte und Lohnkürzungen hat die Kämpfe der Arbeitnehmer nahezu ausgelöscht und zwei Figuren hervorgebracht, die Riccardo Bellofiore mit großer Schärfe stilisiert hat: den *Arbeitnehmer*, der wegen des Verlusts seines Arbeitsplatzes und der allgemeinen Unsicherheit *verängstigt ist*, und den *Verbraucher*, der wegen der niedrigen Löhne und der Notwendigkeit, privatisierte Sozialleistungen zu erbringen und zu bezahlen, *verschuldet ist*. Dies hat dem Populismus und der Rechten den Nährboden bereitet, denn die Volksschichten haben auf die erschwerten Kämpfe längst mit Wahlenthaltung oder mit der Wahl jener Kräfte reagiert, die sich als Feinde der *Eliten* ausgeben, die die Unteren gegen die Oberen verteidigen und die Migranten als Feinde bezeichnen, weil sie Konkurrenten auf dem

Identitäten sind.

Die Prinzipien der Gründungsväter der EU sind heute nur noch rhetorisches Beiwerk: An die Stelle von Frieden sind Krieg und Großmachtpolitik getreten, an die Stelle von Zusammenhalt und Solidarität soziale Ungleichheiten und an die Stelle von *Rechtsstaatlichkeit* die

eine rein politische Entscheidung, die als Regulierung getarnt ist. Und das alles in der Stille der Arbeiter- und Volkskämpfe, die in diesen Tagen nur durch den Lärm der Traktoren der Bauern, die zu Recht faire Preise für ihre Produkte fordern, und der Agrarunternehmer, die zu Unrecht chemisiertes und industrialisiertes Land wollen, durchbrochen wird.

Das besiegte Europa sucht nach Einheit im Krieg

herausg
gegeben von
Piero Bevilacqua
(Historiker und
Essayist)

Die Europäische Union steht derzeit vor den beiden schwersten historischen Niederlagen, die sie seit ihrem Bestehen erlitten hat. Zwei Niederlagen, die teilweise miteinander verwoben sind und sich gegenseitig beeinträchtigen.

Die erste ist eine Folge des Schachmattes, das Russland der NATO in der Ukraine zugefügt hat, die zweite ist in der gescheiterten Bilanz der ordoliberalen Wirtschaftspolitik zu sehen, auf deren Grundlage die Union gegründet wurde und die das Verhalten der Mitgliedstaaten weiterhin bestimmt.

In den vergangenen zwei Jahren haben sich fast alle europäischen Regierungen in den Dienst der USA und der NATO gestellt, um den sogenannten ukrainischen Widerstand gegen die russische Invasion zu unterstützen. Sie haben Waffen und Unterstützung

verschiedener Art geschickt, Sanktionen verhängt, mit denen sie auch ihre eigene Wirtschaft geschädigt haben, und wirtschaftliche Ressourcen von ihren eigenen produktiven Aktivitäten und ihrem *Wohlstand* abgezogen.

Europa setzte daraufhin sein Engagement für die NATO-Operationen fort und verstärkte es sogar noch, selbst als der wahre Grund für diesen Krieg deutlich wurde: Russland zu besiegen, den Verbund der NATO zu zerschlagen



Diese beiden offensichtlichen Niederlagen, von denen sich die zweite schon seit einiger Zeit abzeichnet, haben deutliche Auswirkungen auf die Unpopularität der herrschenden *Eliten*, die den alten Kontinent bisher regiert haben.

Und die Parteien, die sie vertreten (die deutsche CDU, die PD, die spanische EVP, die verschiedenen französischen Parteien, seit 2017 mit Macrons "*En Marche*" usw.), haben mit der Annäherung der meisten sozialistischen und selbsternannten Linksparteien (vor allem der deutschen SPD) an ihre Positionen ebenfalls eine Stärkung ihrer gemäßigten Politik erfahren.

Dank der zunehmenden politisch-ideologischen Vergänglichkeit der Sozialisten in den letzten Jahren hat das EU-Parlament wahrhaft unheilvolle Formen der Einheit gefunden. Als es beispielsweise mit offener intellektueller Unehrllichkeit die Gleichsetzung des Kommunismus mit dem Nazismus ratifizierte, als es für die militärische Unterstützung der Ukraine stimmte und als es sich gegen den Waffenstillstand in Gaza stellte. Eine Unschärfe der Positionen, die diese *Eliten* zu einem einzigen Gremium macht, gegen das sich seit geraumer Zeit eine breite Oppositionsfront formiert, sowohl aus der Zivilgesellschaft als auch aus den politischen Kräften, die sie zu Recht als alleinige Verantwortliche für die von uns diskutierten Misserfolge ansehen.

Was sind das für Kräfte, was ist ihre Kultur, was ist ihre politische Ausrichtung, was sind ihre Perspektiven? Es ist nicht einfach, in einem kurzen Artikel (vorausgesetzt, man hat die Kompetenz dazu) eine, wenn auch nur grobe, Vorstellung zu vermitteln. Was man mit einiger Sicherheit sagen kann, ist, dass unter anderen historischen Bedingungen eine *Elite*, die auf allen Ebenen so durchschlagend versagt hat, schnell von der Bildfläche verschwunden wäre, vielleicht sogar in gewaltsamen Formen.

Was derzeit geschieht, deutet auf ein anderes Szenario hin: den totalen Vormarsch rechter und rechtsextremer Gruppierungen. Formationen, mit denen sich die für 25 Jahre EU-Politik

verantwortlichen Parteien aller Voraussicht nach auf eine Strategie mit noch ungewissem Ausgang einigen werden. Ergebnisse, die mit Sicherheit den sozialen Bedingungen in Europa und seinen fortschrittlichen Projekten abträglich sein werden: *vor allem* die Einwanderungspolitik

Föderation mit ihren 24 Staaten und rund 200 ethnischen Gruppen einen Regimewechsel durchführen, dieses riesige Land kontrollieren können, ohne einen Atomkonflikt riskieren zu müssen, und dann das Endspiel mit China eröffnen.

Das Ergebnis des zweijährigen Krieges, aus dem Russland militärisch siegreich, wirtschaftlich gestärkt und sowohl in seiner Führungsgruppe als auch in dem nationalistischen Kitt, der die Bevölkerung zusammenhält, gestärkt hervorging (nachdem es vom gesamten Westen mit einer Invasion bedroht worden war), entlarvt nun den strategischen Irrtum der EU-Länder, die auf den NATO-Zug aufgesprungen sind, und bestätigt auf dramatische Weise die Unzulänglichkeit der EU-Außenpolitik.

In wirtschaftlicher Hinsicht weist der EU-Riese, der vor dem Brexit auf 28 Staaten angewachsen war und außergewöhnliche Entwicklungsergebnisse anstrebte, heute eine nicht unähnliche Misserfolgsbilanz auf. Selbst wenn man nur den sehr partiellen Indikator des Bruttoinlandsprodukts (BIP) heranzieht, sieht man, dass das Wachstum unbeständig und bescheiden war, nicht mehr als 3 % seit 2000, mit Phasen starker Stagnation von 2008 bis 2012 und mit ausgeprägten inneren Ungleichgewichten.

Während Deutschland mit seiner unfairen Handelspolitik erheblich gestärkt wurde, wurde Italien bekanntlich in einen proklamierten Niedergang hineingezogen. Natürlich erschöpft sich die Wirtschaft nicht in der bloßen numerischen Leistung eines abstrakten Indikators, sie ist ohne die Gesellschaft metaphysisch. Und, wie wir hinzufügen sollten, ohne die Umwelt und die Berechnung der ihr zugefügten Schäden. Hier ist jedoch kein Platz, um das Thema anzusprechen.

In den letzten dreißig Jahren hat die europäische Gesellschaft verheerende Phänomene erlebt: den Niedergang der Mittelschicht, der historischen Grundlage ihrer sozialen Stabilität; die rasante Zunahme der Ungleichheiten auf der Ebene der sozialen Klassen und der Gebiete; die explosionsartige Zunahme prekärer Beschäftigungsverhältnisse und das Wiederauftauchen von schlechter Arbeit, wie zu Beginn der industriellen Revolution. Die Sklaven- oder Halbsklavenarbeit ist auf dem Lande wiedergeboren worden. Ein Heer von Verdammten, Einwanderer aus den verschiedensten Ländern, ermöglicht relativ niedrige Lebensmittelpreise und die Profite der Agrargiganten und Vertriebsketten. Die ständig steigenden Temperaturen und das Klimachaos

verstärken Jahr für Jahr die Schäden an den Lebensräumen des Kontinents (Brände, Überschwemmungen usw.).



und die umweltpolitischen Programme des *Green New Deal*. Die dramatische Zersplitterung der linken Parteien und Gruppierungen, die immer noch damit beschäftigt sind, sich gegenseitig zu zerfleischen, und die nicht begreifen können, dass jede Form von kompromissbereiter Einheit tausendmal mehr wert wäre als jede unnachgiebige programmatische Reinheit, zeigt schon im Voraus, dass die schwerste Krise Europas seit dem Zweiten Weltkrieg vorerst keinen progressiven und demokratiefördernden Ausweg finden wird.

Es ist daher notwendig, sich in der begrenzten Ökonomie dieser Notizen zu fragen, wie die Aktionslinien der politischen Kräfte aussehen könnten, die dem Szenario, das sich aus den Europawahlen vom 6. Juni 2024 ergeben wird, entgegenwirken wollen. Denken wir daran, dass die Niederlage in der Ukraine zum Vorwand für eine Politik der allgemeinen Aufrüstung des alten Kontinents wird.

Am 10. Februar 2024 billigten der Rat und das Europäische Parlament den neuen Stabilitätspakt, der eine Erhöhung der Militärausgaben aller Mitgliedstaaten als Pflichtprogramm vorsieht

mit Sanktionen belegt. Deutschland, das Ursprungsland und Verursacher von zwei Weltkriegen, plant eine atomare Aufrüstung. Die SPD mit Olaf Scholz an der Spitze, einem politischen Zwerg, der von den USA gedemütigt wurde und Deutschland in die schwerste Wirtschaftskrise seit Jahrzehnten gestürzt hat, besinnt sich auf die glorreichen Zeiten der Kriegskredite von 1914, mit denen die Armee für das Massaker des Ersten Weltkriegs finanziert werden sollte.

Ich glaube - auch wenn die Regierungen über diese Strategie geteilter Meinung sind -, dass sich hinter der Hinwendung zum Bellizismus unausgesprochene Absichten und Ziele verbergen. In der Zwischenzeit handelt es sich um eine propagandistische Form der Wiedergutmachung angesichts der Demütigung, sogar der militärtechnischen Demütigung, die in der Ukraine erlitten wurde. Wahrscheinlich ist es der - getarnte, um die US-Regierung nicht zu sehr zu beunruhigen - Beginn einer von der NATO unabhängigen europäischen Verteidigungspolitik.





EUROPA UND ANDERE KONTINENT E

Die sich abzeichnende hypothetische Wiederwahl von Donald Trump zum US-Präsidenten scheint dies immerhin notwendig zu machen. Doch wie wir bereits festgestellt haben, werden diese *Eliten* - die bisher gespalten, unfähig zu einer gemeinsamen Außenpolitik, völlig ohne moralischen Sinn und ohne allgemeine Visionen sind - ihre Einheit und ihren Konsens in der öffentlichen Meinung des Kontinents suchen, indem sie die kollektive Vorstellungskraft mit einer beispiellosen Informationskampagne mit kriegerischer Rhetorik verändern. In Italien geschieht dies bereits in der Fernsehwerbung, in den Schulen, in der aktuellen politischen Debatte und so weiter.

Ich glaube jedoch, dass diese neue militaristische, schändliche und gefährliche Haltung eine große Chance bietet, die progressive Front auf dem Kontinent neu zu formieren. Eine populäre Linke, die sich von den Sektierertum des 20. Jahrhunderts befreit, kann offensichtlich einen breiten Massenkonsens finden, indem sie die Absurdität steigender Kriegsausgaben angesichts von Desinvestitionen in Gesundheit, Bildung usw. anprangert. Der gesamte Archipel der Umweltbewegungen kann in eine breite pazifistische Front eingebunden werden, um Regierungen anzuprangern, die Mittel zur Vernichtung der Menschen und zur Zerstörung der Natur bauen und damit Ressourcen von den Verpflichtungen zur Bekämpfung des ökologischen Ungleichgewichts und der globalen Erwärmung abziehen.

Schließlich sei noch auf ein weiteres politisches Potenzial hingewiesen, das die dramatische militaristische Wende der EU bietet. Es ist bekannt, dass man versuchen wird, nicht nur eine europäische Verteidigung aufzubauen, was akzeptabel wäre, sondern auch eine europäische Armee. Nun, ausnahmsweise wird die Linke auch in der Lage sein, die mächtige Waffe der Angst im öffentlichen Diskurs einzusetzen. Sie wird anprangern können, dass die neuen Generationen, denen die Stabilität ihrer Arbeitsplätze genommen wurde, deren Hoffnung auf

ein Leben auf einem bewohnbaren Planeten in Gefahr ist, nun mit der Wehrpflicht und der düsteren Zukunft eines neuen Krieges auf europäischem Boden bedroht werden.

Wir können also den Familien des Kontinents zurufen, dass die derzeitigen EU-Eliten ihren Kindern nach so vielen Versprechungen von großartigem und fortschrittlichem Reichtum eine Zukunft des Todes in den Schützengräben bereiten.

Europa und die Sackgasse des internationalen Handels

herausgegeben von

Monica Di Sisto

(Journalistin, Vizepräsidentin von Fairwatch)

Reshoring, Friendshoring, sichere Lieferketten: Von den Dokumenten der hyperliberalen *Think Tanks* bis zu den Vorschlägen der Regierung Meloni für die italienische G7-Präsidentschaft lautet die Parole, die längsten Wertschöpfungsketten innerhalb der regionalen oder nationalen Grenzen oder in befreundete Länder zurückzuholen. Dieser Vorschlag, der in den letzten Jahren als "red-baiting" oder Protektionismus abgetan worden wäre, ist angesichts des klimatischen, politischen und psychologischen Chaos, das sie selbst mitverursacht haben, die Bruchstelle im Netz der europäischen und damit auch der italienischen Handelsbeziehungen. Und um die von den Schwellenländern oder neuen Zusammenschlüssen erworbenen Positionen zu verteidigen, ist alles erlaubt, auch die Aufrüstung und die Ausweitung des NATO-Gebiets.

Ende 2023, dem letzten von Eurostat erfassten Zeitpunkt, standen die europäischen Ein- und Ausfuhren überhaupt nicht gut da. Nach der Erholung nach dem Kovid-Krieg ging der Wert der EU-Warenaus- und -einfuhren weiter zurück: Die Ausfuhren sanken im dritten Quartal in Folge und die Einfuhren im vierten Quartal in Folge. Im dritten Quartal 2023 sanken die EU-Einfuhren und -Ausfuhren um 4,6 % bzw. 1,2 % gegenüber dem Vorquartal, was zu einem Überschuss in der EU-Handelsbilanz von rund 18 Mrd. EUR führte. Einen Überschuss hatte es zuletzt im dritten Quartal 2021 gegeben (6,9 Mrd. EUR), also im ersten Aufschwung nach dem Ende der Pandemie. Was die Chancen angeht, so wurden laut Eurostat^[1] die höchsten Werte der industriellen Konzentration in Europa bei der Versorgung mit Strom, Gas, Dampf und Klimaanlage verzeichnet



(22,1 % der Beschäftigung konzentrieren sich auf die vier größten Unternehmensgruppen), Bergbau (13,7 %), Wasserversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen (10,8 %), Verkehr und Lagerei (9,8 %) sowie Erbringung von Verwaltungsdienstleistungen und sonstigen Dienstleistungen (5,4 %). Eine weitere sehr wichtige Zahl in diesem Zusammenhang ist, dass die in Europa tätigen, aber vom Ausland kontrollierten Unternehmen, auch wenn ihre Zahl begrenzt ist, einen erheblichen Beitrag zur Wirtschaft der EU leisten: 22,5 % der Wertschöpfung^[ii]. Wir müssen also davon ausgehen, dass unsere Regierungen, wenn sie von "nationalem oder europäischem Interesse" sprechen, nicht die Trikolore oder das sternblaue Feld an die erste Stelle setzen, sondern ein komplexes System von Interessen und Flaggen, die darum ringen, ihren Platz auf der Karte der physischen Geographie zu finden.

Als die Europäische Kommission nach der globalen Finanzkrise als Angriffsstrategie den Entwicklungsplan Europa 2020 unter dem Banner des uneingeschränkten Wettbewerbs auf den Weg brachte, setzte sie auf den Handel als unbestimmten Motor für die Expansion, sowohl inbound als auch outbound. Nach dem Scheitern der Ministerkonferenz in Seattle 1999 ist es ihr nicht gelungen, eine führende Position in der WTO zu erlangen,

versuchte, eine wachsende Zahl von Entwicklungsländern mit bilateralen Verträgen zur gegenseitigen Liberalisierung an sich zu binden. Die ersten, die damit konfrontiert wurden, waren die ehemaligen Kolonien in Afrika, der Karibik und dem Pazifik, die Europa bis dahin mit opportunistischen, aber teilweise kooperativen Beziehungen gebunden hatte. Mit den neuen Abkommen stellte es jedoch seine hochindustrialisierten Arbeitnehmer, Unternehmen und Ländersysteme in direkten Wettbewerb mit weniger strukturierten Ländern, deren Arbeitskosten, Regeln und Produktionsstandards, aber auch Umwelt- und Sozialschutzstandards weit unter den eigenen lagen. Auf diese Weise hat sie einen vertikalen Rückgang der Wettbewerbsfähigkeit der EU-Mitglieder und eine Hyper-Extraktion von Rohstoffen und Ressourcen, einschließlich der Humanressourcen, in den Partnerländern beschleunigt.

Mehr als zehn Jahre nach der von uns Verbänden so sehr kritisierten Entscheidung ist das Ergebnis, dass zwar viele Abkommen geschlossen wurden, diese aber nicht ausreichen, um dem Kontinent ein Netz stabiler Beziehungen zu garantieren, das die



Foto von Kevin Schwarz aus Pixabay



alle seine Mitglieder, Unternehmen und Lieferketten vor extremen und plötzlichen Ereignissen wie Pandemien und den jüngsten Konflikten zu schützen. Der Wettlauf nach unten bei den Einkommen und der Vergütung von Rohstoffen sowie der Zusammenbruch der Entwicklungshilfe haben viele der historischen Partner Europas dazu veranlasst, neue Allianzen zu suchen, die gleichberechtigter sind oder großzügigere Folgeinvestitionen vorsehen. Der Zusammenschluss der BRICS-Staaten, der neben Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika Dutzende weiterer Länder auf der ganzen Welt koordiniert, angefangen bei den "Big Players" der Afrikanischen Union, stellt sowohl in geopolitischer Hinsicht als auch in Bezug auf das Handelspotenzial eine konkrete Alternative zur atlantischen Achse dar und verbindet die jüngsten und bevölkerungsreichsten Binnenmärkte der Welt. So ist der bilaterale Handel Chinas mit Afrika zwischen 1990 und 2022 von gerade einmal 2,7 Mrd. USD auf über 209 Mrd. USD gestiegen, und China wurde zum größten Handelspartner Afrikas. Während zur Zeit der globalen Finanzkrise der Süd-Süd-Handel zum ersten Mal den Nord-Nord-Handel übertraf, entfallen heute 35 % des Welthandels auf den Süd-Süd-Warenhandel und nur 25 % auf den Nord-Nord-Handel^[iii].

Die Welthandelsorganisation, der größte neoliberale Zusammenschluss der Welt mit 164 Mitgliedsländern, leidet unter dieser Polarisierung in Bezug auf

alle Verhandlungstische. Ihre 13. Ministerkonferenz findet gerade in Abu Dhabi statt, aber seit Monaten erleben wir ein Tauziehen zwischen alten und neuen Führern, das sie auf jeden Fall weiter lähmen wird. Auf der einen Seite stehen die Vereinigten Staaten und Europa, die seit Jahren Subventionen erhalten und einseitige Sanktionen, zuletzt gegen Russland, verhängt haben, und die keine Hindernisse für ihre Produkte, Dienstleistungen und Marktdurchdringungsstrategien sehen wollen. Auf der anderen Seite stehen die Schwellenländer, allen voran China und Indien, die die Möglichkeit für sich in Anspruch nehmen, durch Maßnahmen und staatliche Unternehmen die Preise und Märkte zu steuern, wenn die internationale Instabilität sie einholt. Denn alle mögen den freien Markt, in Worten, aber sie wollen ihn vor allem in den Häusern der anderen praktizieren. In dieser Flut von Vorschlägen und Ablehnungen kommt die multilaterale Dimension zu kurz: der Tisch, der potenziell allen Ländern der Welt offen steht und in den Rahmen der Menschenrechte eingebettet ist, die die Vereinten Nationen garantieren sollten, um die Notsituationen auf dem Planeten anzugehen und zu lösen, die jeden Tag neue Konfliktherde entfachen. Ich denke dabei an Klimagerechtigkeit, soziale Gerechtigkeit, das Recht auf Nahrung und menschenwürdige Arbeit.

Europa sagt mit Worten, dass es ein Champion ist. In den Taten ist es weit weniger. So reagiert die Europäische Kommission auf die Traktorproteste nicht, indem sie die Marktprobleme der Landwirte angeht, die allesamt mit dem von ihr vertretenen hyperliberalen Modell zusammenhängen, sondern indem sie die ersten Aussichten auf Dekarbonisierung und Rückgewinnung, die in den letzten Jahren erreicht wurden, aussetzt



"Florenzer Sozialforum 2002" von Unisin BNL



in der Vergangenheit, zum Schutz ihrer Gesundheit und ihrer künftigen landwirtschaftlichen Möglichkeiten. Aber das ist noch nicht alles: Nach jahrelangen zermürenden Verhandlungen und Druck^[iv] sollten die europäischen Regierungen darüber abstimmen, die großen Unternehmen zu verpflichten, ein Minimum an Kontrollen im Hinblick auf mögliche Menschenrechts- und Umweltverstöße durchzuführen, indem sie die Richtlinie über die Sorgfaltspflicht von Unternehmen im Bereich Menschenrechte und Umwelt (CSDD oder CS3D) einführen. Eine nicht optimale, aber anständige Maßnahme, über die sich die Confindustria^[v] in der Presse beschwert, dass sie zwei bis vier Milliarden Euro verlieren würde, um diese Kontrollen durchzuführen. Die pseudopopuläre Regierung von Giorgia Meloni möchte, anstatt zu erwidern, dass Rechte keinen Preis haben, Anfang März 2024 die angekündigte Enthaltung Deutschlands unterstützen und die Richtlinie scheitern lassen. Und die Europäische Kommission, die alles daran setzt, die Konservativen, die angekündigten Gewinner der nächsten EU-Wahlen, von ihrem aufrichtigen neoliberalen Glauben zu überzeugen, schweigt eisern.

In diesem Jahr ist Italien Gastgeber der G7, die über den italienischen Stiefel und vom 13. bis 15. Juni 2024 nach Apulien fahren werden, mit dem Ziel, die Sichtbarkeit und Zentralität in der Steuerung der Erde wiederzuerlangen, aber, wie wir es verstehen, in die entgegengesetzte Richtung zu dem, was notwendig ist. Es liegt an uns, den organisierten Bürgern, den Verbänden, den Gewerkschaften, den Kirchen, aber auch den bewussten Unternehmen, ihrer Entscheidung ein neues Paradigma für das Überleben der Menschen auf dem Planeten aufzuerlegen. Vor zwanzig Jahren haben wir erklärt, dass "*diese Welt nicht zum Verkauf steht*", jetzt ist es an der Zeit, dass wir sie uns zurückholen.

[i] <https://ec.europa.eu/eurostat/en/web/products-eurostat-news/w/ddn-20240115-2>

[ii] <https://ec.europa.eu/eurostat/en/web/products-eurostat-news/w/ddn-20240209-1>

[iii] <https://www.brookings.edu/articles/why-south-süd-handel-ist-bereits-grösser-als-nord-trade-and-what-it-means-for-africa/#:~:text=The%20standard%20narrative%20suggests%20that,2022%2C%20economists%20from%20th>

[iv] <https://improvement30.org/>

[v] https://www.corriere.it/economia/lavoro/24_february_15/die-anti-slavery-directive-blocked-in-brussels-and-italy-s-decisive-choice-d3a306b8-e922-4d66-b68a-c388c0669xlk.shtml

EuropaAfri ka Neue Wörter Altkolonialismus

her
ausgegeben
von
**Marco
Bersani**
(Attac Italien)

Eurafrika: die Erbsünde der europäischen Integration

Man kann die Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Afrika nicht analysieren, ohne von einer Tatsache auszugehen: Der Kolonialismus ist eine der Säulen des europäischen Integrationsprozesses. Und **das Konzept von Eurafrika** fasst dies in aller Deutlichkeit zusammen.

Dieser Begriff bezieht sich auf ein Projekt der strategischen Integration zwischen europäischen und afrikanischen Ländern, das in den 1920er Jahren vom Pionier der Idee eines vereinten Europas, Richard Coudenhove-Kalergi, entwickelt und unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg wiederbelebt wurde.

Es war ein wirtschaftliches Projekt, das Afrika als Anhängsel des alten Kontinents betrachtete, aus dem man wertvolle und reichhaltige Rohstoffe schöpfen konnte, und es war ein politisches Projekt, d. h. der Versuch Europas, inmitten des Kalten Krieges und der Aufteilung des Planeten in Einflusszonen zwischen den USA und der UdSSR einen dritten geopolitischen Pol zu bilden.

Entgegen der vorherrschenden Darstellung, die die Geburt der Europäischen Union als ein **makellostes Konzept** darstellt, das einzig und allein auf Frieden, Eintracht und Wohlstand

unter den Völkern abzielt, hatten vier der sechs Gründungsländer - Frankreich, Belgien, die Niederlande und Italien - zum Zeitpunkt der europäischen Integration noch koloniale Besitztümer in Afrika, und es überrascht nicht, dass Teil IV der 1957 unterzeichneten Römischen Verträge die Assoziierung der "überseeischen Gebiete" unter der Kontrolle europäischer Länder mit dem Binnenmarkt vorsah. Neben der Festlegung der Modalitäten der



der Kranich Iodis sand

das Magazin für ein neues Sozialmodell von Attac Italien

Assoziierung wurde durch den Vertrag ein Europäischer Entwicklungsfonds eingerichtet, der diesen Ländern technische und finanzielle Hilfe leisten soll.

Trotz der Betonung der gegenseitigen Entwicklung der beiden Kontinente beinhaltet das Konzept von Eurafrika die typische Dynamik einer kolonialen Beziehung, sowohl in Bezug auf die Teilung zwischen einem Zentrum (Europa) und einer Peripherie (Afrika) als auch in Bezug auf die "modernisierende" Idee, die Europa als Landeplatz für eine politische Einheit und eine Bevölkerung - die afrikanische - sieht, die rückständig und unreif ist; und schließlich mit der stärker rassistisch geprägten Idee, die das Konzept von Eurafrika als ein Gebilde erklärt, in dem **"Europa der Kopf und Afrika der Körper" ist.**

Diese Entstehungsgeschichte muss in Erinnerung gerufen werden, da sonst die Gefahr besteht, dass

man - wie in der vorherrschenden Erzählung - den Kolonialismus nur auf den Nationalismus und die individuelle Politik der Nationalstaaten, schließlich überwunden

seit dem Beginn der europäischen Integration.

Mattei-Plan: der neue Kolonialismus

"Unser Ansatz gegenüber den afrikanischen Ländern wird weder räuberisch, noch paternalistisch, noch wohlwätig sein". Mit diesen Worten eröffnete Ministerpräsidentin Giorgia Meloni den Italien-Afrika-Gipfel, auf dem im Januar der so genannte **Mattei-Plan ins Leben** gerufen wurde.

Schon die Benennung eines Plans für Afrika nach einem italienischen Ingenieur sagt viel über den kulturellen Prozess aus, der dahinter steht, ebenso wie die Definition durch drei Negationen unsere Regierung in die Dimension der *"excusatio non petita, accusatio manifesta"* projiziert.

Ein Plan, der, obwohl italienisch, in seinen Zielen die doppelte koloniale Vision offenbart, die Europa in Bezug auf Afrika noch immer prägt: Einerseits rühmt er sich eines nachhaltigen Wachstums für den afrikanischen Kontinent, andererseits will er die Migration nach Europa stoppen.

5 x 1000

Codice Fiscale Attac Italia: 91223590372



der Kranich Iodis

Im Juni 2023 gestiegen, während die Schuldenlast der afrikanischen Länder südlich der Sahara, d. h. die Summen

Wie der ehemalige ENI-Chef Paolo Scaroni so treffend erklärt hat, handelt es sich um einen neuen Ausbeutungsprozess, der mit dem Satz **"Europa ist ein großer Markt, aber ohne Energie, Afrika ist kein Markt, sondern ein riesiges Rohstoffvorkommen"** auf den Punkt gebracht wird.

Es lohnt sich, daran zu denken, worüber wir hier sprechen: Afrika beherbergt 30 % der weltweiten Mineralienreserven, insbesondere zwei Drittel der Kobaltreserven (Ersterzeuger ist die Demokratische Republik Kongo); 10 % der Kupferreserven (Sambia); 30 % der Lithiumreserven (Demokratische Republik Kongo und Simbabwe); 15 % der Seltenen Erden (Demokratische Republik Kongo); 95 % des Chroms (Südafrika); 20 % des Graphits (Madagaskar, Mosambik und Tansania); 30 % des Mangans (Südafrika und Gabun); 80 % des Platins (Südafrika).

Wie ein neuer Verdrängungsprozess, der auf die Enteignung dieser Rohstoffe abzielt, die natürlich der *grünen* Innovation auf *dem* alten Kontinent gewidmet sind, ein nachhaltiges Wachstum für Afrika darstellen und vor allem die Migration stoppen könnte, bleibt ein Rätsel.

Ein Kontinent im Würgegriff der Schulden

Das Jahr 2024 begann mit der **Zahlungsunfähigkeit Äthiopiens**, dessen Regierung kurz vor Weihnachten erklärte, dass sie nicht in der Lage sei, die 33-Millionen-Dollar-Rate an Pensionsfonds und andere Gläubiger aus dem Privatsektor, die die entsprechende Anleihe halten, zu zahlen. Die Zahlungsunfähigkeit Äthiopiens ist die dritte, die auf dem Kontinent nach der Pandemie verzeichnet wurde; im November 2020 hatte **Sambia** die Tänze eröffnet, gefolgt von **Ghana** im Dezember 2022.

Sowohl die Folgen der Covid-19-Krise mit steigenden Haushaltsdefiziten und einer Verlangsamung des Wirtschaftswachstums als auch die Zinserhöhung der US-Notenbank, die sich verheerend auf die auf Dollar lautenden Auslandsschulden auswirkt, haben zu dieser Situation beigetragen.

Wie unschwer zu erraten ist, handelt es sich dabei nicht um Einzelfälle, sondern um eine Situation, die den gesamten Kontinent betrifft: Nach Angaben der Weltbank ist der Prozentsatz der afrikanischen Länder, die ein hohes Risiko tragen oder bereits

Menschen in Afrika direkt von klima- und wasserbedingten Gefahren betroffen, und Naturkatastrophen haben wirtschaftliche Schäden in Höhe von mehr als 8,5 Milliarden US-Dollar verursacht. Der Klimawandel hat

die für Zinszahlungen vorgesehen sind, **stiegen von 59 Milliarden im Jahr 2012 auf 109 Milliarden heute.**

Hinzu kommt die veränderte Zusammensetzung der Schulden, bei der der Anteil der so genannten "konzessionären" Darlehen im Rahmen der "öffentlichen Entwicklungshilfe" stark zurückgegangen ist und die bilateralen Darlehen privater Gläubiger exponentiell zugenommen haben. Dies macht das Bild noch angreifbarer: Nach Angaben der Weltbank werden die Zinskosten für die Schulden der gesamten Region **im Jahr 2022 31 % der Einnahmen** erreichen, und ein weiterer sprunghafter Anstieg in den nächsten zwei Jahren ist bereits absehbar.

Es lässt sich leicht erahnen, was diese Zahlen für die Möglichkeiten von Investitionen in die Rechte der Menschen bedeuten: Die durchschnittlichen öffentlichen Ausgaben für Bildung auf dem gesamten Kontinent beliefen sich in den letzten zehn Jahren auf 3,6 % des BIP, und die Gesundheitsausgaben erreichten nicht einmal 1,8 %.

Die Klimakrise

Die Widersprüche des Klimawandels sind heute eine bekannte Realität: Länder, die in der Vergangenheit am wenigsten zu den weltweiten Emissionen beigetragen haben, gehören zu denjenigen, die am stärksten von den Folgen betroffen sind. Ein einfacher Vergleich zeigt, dass die **jährliche Pro-Kopf-Produktion von CO₂ in Nordamerika bei 10,3 Tonnen liegt, in Ozeanien bei 10 Tonnen, in Europa bei 7,1 Tonnen, in Asien bei 4,6 Tonnen und auf dem gesamten afrikanischen Kontinent bei gerade einmal einer Tonne.**

Trotzdem ist es Afrika, das am meisten unter dem Klimawandel leidet, angefangen bei der Erwärmungsrate, die in Afrika in den letzten zwanzig Jahren 0,3 Grad Celsius pro Jahrzehnt betrug, gegenüber einem globalen Durchschnitt von 0,2.

Allein im Jahr 2022 sind 110 Millionen



eine negative Auswirkung auf die Landwirtschaft, die die wichtigste Quelle für den Lebensunterhalt und die Volkswirtschaften in Afrika ist: Die landwirtschaftliche Produktivität ist seit 1961 um 34 % zurückgegangen, und die jährlichen Nahrungsmittelimporte der afrikanischen Länder werden sich bis 2025 voraussichtlich auf 110 Mrd. USD verdreifachen. Nach Angaben des Afrikanischen Zentrums für Klimapolitik der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Afrika dürften **sich die** Kosten für Verluste und Schäden aufgrund des Klimawandels in Afrika je nach Grad der Erderwärmung auf **290 bis 440 Milliarden US-Dollar belaufen**.

Schuldenerlass, um eine Zukunft zu haben

Vor diesem Hintergrund ist es unvermeidlich, jeden Plan für Afrika abzulehnen, der nicht von den lokalen Gemeinschaften und der afrikanischen Zivilgesellschaft selbst erstellt wird. Und jeder neue akzeptable Plan muss auf dem Grundsatz der **Klima- und sozialen Gerechtigkeit beruhen**, auf die Afrika nach Jahrhunderten des Kolonialismus ein Recht hat.

Um in diese Richtung zu gelangen, ist ein Schuldenerlass von entscheidender Bedeutung. Es lohnt sich, hier die Worte zu zitieren, die **Thomas Sankara**, Revolutionär und Präsident von Burkina Faso, am 29. Juli 1987 auf dem Gipfeltreffen der Organisation für Afrikanische Einheit in Addis Abeba (Äthiopien) sprach: *"Die Schulden können nicht zurückgezahlt werden, vor allem, weil die Kreditgeber nicht sterben werden, wenn wir sie nicht zurückzahlen. Das ist sicher. Aber wenn wir sie zurückzahlen, werden wir sterben. Auch das ist sicher. Diejenigen, die uns in die Schulden gebracht haben, haben wie in einem Kasino gezockt. Solange sie Gewinne erzielten, gab es keine Diskussion. Aber jetzt, wo sie Verluste erleiden, fordern sie die Rückzahlung. Und wir sprechen von Krise. Nein, Herr Präsident, sie haben gezockt, sie haben verloren, das ist die Regel des S p i e l s und das Leben geht weiter."*

Sankaras Rede endete mit einem düsteren Omen: *"Wenn Burkina Faso sich weigert zu zahlen, werde ich bei der nächsten Konferenz nicht mehr anwesend sein"*, und tatsächlich wurde er drei Monate später von einer internen Verschwörung ermordet, die von Frankreich, den USA und Libyen unterstützt wurde.

Vierzig Jahre sind vergangen, aber wenn Afrika nicht den von Sankara vorgezeichneten Weg einschlägt, wird jeder neue globale Plan ein Schritt in den Abgrund sein.



"Thomas Isidore Sankara" von JonaRasTarzan für DeviantArt (CC BY-NC-ND 3.0 DEED)



Aufgrund dieser Niedrigkeit und der Unräumigkeit, einzelne Themen miteinander zu verknüpfen, sind die durch die Welt- und Kontinentalforen geschaffenen Räume der Konvergenz erschöpft, und es gibt keine anderen

BEWEGUNGEN EUROPÄEISCH

Für die Konvergenz der Bewegungen

Herausg

gegeben von

Roberto Morea
(Italien
transformieren)

Der Widerstand gegen die Globalisierung des Marktes und des Finanzwesens wurde viele Jahre lang vor allem von den zahlreichen Bewegungen getragen, die es sich zur Aufgabe gemacht haben, die kritischen Aspekte, um nicht zu sagen die Katastrophen, die dieses Entwicklungs- und Wirtschaftsmodell hervorgebracht hat, aufzuzeigen.

Diese Opposition ging von einer punktuellen Analyse einzelner Themen aus, war aber auch in der Lage, die Fäden zu erkennen, die die vielen Krisen, die sich durch das Leben des Planeten und seiner Bewohner ziehen, zusammenhalten. Global denken und lokal handeln war eine der Säulen dieser Saison, die die Verbindungen zwischen einzelnen Themen und verschiedenen Regionen der Welt verdeutlichte.

Diese historische Phase in den ersten Jahren dieses Jahrhunderts war durch die Fähigkeit gekennzeichnet, die vielen Themen miteinander zu verknüpfen und diese Opposition zu massieren und gleichzeitig eine Mobilisierung der öffentlichen Meinung herbeizuführen, so dass angesichts des Falls der Berliner Mauer und der Aufteilung der Welt in Blöcke genau diese globale Mobilisierung als zweite Weltmacht hervortrat, als es schien, dass die US-amerikanische und finanzielle Vorherrschaft nicht mehr herausgefordert werden konnte.

Die Ereignisse haben leider die Fähigkeit dieser Weltmacht widerlegt, der Wahl der Kriege entgegenzuwirken, die seit der Auflösung Jugoslawiens das Ende des Gleichgewichts des Schreckens im Kalten Krieg begleitet hatte.

Formen des Konflikts traten an die Stelle dieser Formen der Konvergenz.

Bei einigen der Organisationen, die daran beteiligt waren, herrschte die Vorstellung vor, dass ihre eigene Autonomie die Besonderheit des jeweiligen Themas verdeutlichte und dass dieses Thema gleichzeitig als Hebel verstanden werden konnte, mit dem der Konflikt und damit das allgemeine Interesse herausgestellt werden konnte. Diese These, die meines Erachtens auch eine gewisse Berechtigung hat, schwächte jedoch die Fähigkeit, die einzelnen Teile zusammenzufügen, und verwandelte das, was verschiedene Standpunkte und Ansätze zu sammeln vermochte, in eine sektorielle Militanz.

Heute sind wir mit einem völlig anderen Szenario konfrontiert. Die neue isolationistische Doktrin der westlichen Welt drängt darauf, die Globalisierung, zu der es keine Alternative zu geben schien, in Frage zu stellen. Die Wirtschaftskrise von 2008, die mit der Spekulationsblase begann, ging mit einer kapitalistischen Umstrukturierung einher, die die allgemeinen und kollektiven Interessen noch aggressiver angreift, noch mehr Ungleichheit und Armut schafft und eine Klimakrise beschleunigt, der keine Regierung viel Aufmerksamkeit schenkt.

Die Politik des globalen Marktes wird beiseite geschoben, um Platz für "*meine Interessen zuerst*" zu machen. So findet die Kritik an der Globalisierung, die darauf abzielt, die soziale und ökologische Gerechtigkeit auszuweiten, eine Alternative in der Verteidigung von Sonderinteressen, ohne dass die Dominanz des Marktes, wie eng auch immer, auch nur im Geringsten in Frage gestellt wird. Eine Alternative, die das Potenzial hat, einerseits auf Unzufriedenheit und Unmut über immer mehr Ungerechtigkeit und Armut, andererseits auf Verzagtheit und Ohnmacht zu wachsen.

Auf diesen beiden unterschiedlichen Positionen des Ressentiments und der Verzagtheit gedeihen die Rechte und die extreme Rechte, die es schaffen, sowohl System als auch Anti-



In diesem Szenario halte ich es für wichtig und notwendig, ein Netzwerk von Aktivisten wieder aufzubauen, das ausgehend von den Erfahrungen der letzten Jahre den Faden möglicher Alternativen aufnimmt, ausgehend von den universellen Merkmalen, die soziale Gerechtigkeit und Umweltverteidigung vorschlagen müssen. Vor allem aber muss dieses Netzwerk durch die Erfahrungen der Bewegung gestärkt werden, die mit neuen Rekruten die Frage nach dem Überleben der menschlichen Spezies auf dem Planeten stellt und angeht.

Dazu wäre aber meines Erachtens ein weiterer Schritt notwendig, den sich auch die Bewegungen zu Beginn des Jahrhunderts nicht gestellt haben: die Frage nach dem politischen Projekt.

Jahrzehntelang hat man uns gesagt und wiederholt, wie sehr es

Es ist wichtig, das Leben der Bewegungen von der Parteipolitik zu trennen, die Welt der Zivilgesellschaft als eigenständigen Körper zu spüren und zu erleben, ohne sich mit der Frage der Repräsentation und der Rolle der Macht zu befassen. Eine Fehleinschätzung, die auch die politischen Kräfte selbst begangen haben und weiterhin begehen. In Konkurrenz zum Primat des einen und des anderen ist auch ein Erbe der Mobilisierung verstreut worden. Ein Erbe, das weiterhin die Grundlage für den Aufbau nicht nur einer Forderungsplattform, sondern auch einer echten gesellschaftlichen Alternative bilden könnte und muss.

Dies erscheint heute auf europäischer Ebene umso notwendiger angesichts des Vormarsches der regressivsten und extremsten rechten Kräfte, die in den verschiedenen Ländern mehr denn je vorherrschen. Aber auch angesichts einer Scheinopposition, die sich dieser Rechten im Namen der Regeln des globalen Kapitalismus und der Interessen des marktwirtschaftlichen Pro-Europäismus entgegenstellen möchte, dem sie sich verschrieben hat



Quelle: The Care Society



weitere Privatisierung und Prekarisierung.

Wie die beiden Diebe von Pisa streiten und beschimpfen sie sich über mehr als nur nebensächliche Fragen, obwohl sie sich in den wesentlichen Fragen völlig einig sind. Krieg über alles.

Der Einmarsch der Russischen Föderation in die ukrainischen Gebiete markierte einen klaren epochalen Übergang. Es gibt ein Vorher und ein Nachher der

24. Februar 2022. Natürlich ist das, was geschehen ist, das Ergebnis intensiver Flankenarbeit und bellender Hunde, um es mit den Worten von Papst Franziskus auszudrücken, aber es besteht kein Zweifel, dass dieses Datum eine Grenzlinie markiert. Eine Grenze, an der das, was nach der Pandemie nicht vorstellbar war, innerhalb weniger Tage, wenn nicht gar Stunden, möglich wurde: die Entnahme öffentlicher Gelder aus dem Gesundheitswesen und den öffentlichen Diensten, um sie für Armeen und Rüstung zu verwenden. Während wir also einige Monate lang, in den Tagen der von Covid auferlegten Isolation, dachten, dass es uns besser gehen würde, finden wir uns heute in einem Krieg wieder, den der Westen weiterhin gegen diejenigen führt, die sich der außerhalb seiner Grenzen auferlegten Vorherrschaft nicht fügen, und zwar mit den Waffen der Finanzen, wenn nicht mit den Waffen der Rüstung, die aber im Innern Kriegsgesetze, Tränen und Blut für die Vielen und Rekordgewinne für die Wenigen bedeutet: Banken und genau definierte private Interessen.

Was zu tun ist, bleibt die grundlegende Frage. Mir scheint, dass die Frage der proletarischen Einheit auch heute noch ein unausweichliches Thema in Europa und darüber hinaus ist.

Es bleibt zu verstehen, wer die Proletarier von heute sind, mit welchen Lebens- und Arbeitsbedingungen wir konfrontiert sind und vor allem, wie der notwendige ökologische Übergang mit der ebenso notwendigen sozialen Gerechtigkeit verbunden werden kann. Argumente, die meines Erachtens alle in der Reichweite eines kollektiven Denkens liegen, das in den vergangenen Jahren Analysen und Vorschläge hervorbringen konnte und das sich auch heute noch durch die Klimamobilisierungen und die Arbeitskonflikte zieht.

Der erste Schritt besteht darin, ausgehend von den Unterschieden ein kohärentes politisches Projekt zu

Winnanisierung des Bewusstseins verpflichtet. Die Existenz in die Notwendigkeit, ihm eine Kraft zu verleihen, die in der Lage ist, den gewünschten Wandel durchzusetzen, ist der zweite.

Anmerkungen für einen Kompass der Bewegungen für Klimagerechtigkeit in

Europa

Her
ausgegeben
von **Alberto
Manconi**

(Klimaaktivist und Doktorand am
Institut für Geographie und
Nachhaltigkeit an der Universität von
Lausanne)

Seit dem "grünen Biennium" (2018-19) der von Greta Thunberg initiierten globalen Klimastreiks und den Aktionen des zivilen Ungehorsams von *Extinction Rebellion* ist kaum ein Fünfjahreszeitraum vergangen. Doch mehrere Pandemie-, Wirtschafts- und Kriegskrisen haben den Kontext, in dem Bewegungen für Gerechtigkeit agieren, schlagartig verändert. Darüber hinaus betreffen die aktuellen Beschleunigungen die Klimakrise selbst, damit verbundene Umweltkrisen und die Zunahme extremer Wetterereignisse. Die Ursachen für letztere sind zunehmend miteinander verflochten und komplex zu analysieren, auch wenn sie sich in der reduzierten, aber effektiven Zahl des Anstiegs der Durchschnittstemperatur und in dem wissenschaftlich nachgewiesenen Zusammenhang zwischen diesem Anstieg und der rücksichtslosen Nutzung fossiler Brennstoffe widerspiegeln.

Klimagerechtigkeit ist nicht "nur" eine Frage der Länder und der am stärksten betroffenen Menschen. Da das Phänomen, mit dem sie sich

befasst, den gesamten Planeten betrifft, wenn auch auf unterschiedliche Weise, wird die Zeit zu ihrer Hauptkoordinate. Daher geht es sowohl um die extreme Ungleichheit der Verantwortung zwischen dem Norden und dem Süden der Welt und innerhalb derselben Gesellschaften als auch um die Generationendimension, d. h. das Missverhältnis zwischen denjenigen, die die Folgen zu tragen haben. Diese Besonderheit und Neuheit der Idee der Klimagerechtigkeit, die sich seit 2018 in einem noch nie dagewesenen Ausmaß ausgebreitet hat, ist ein Zeichen für die Verwundbarkeit und das hohe Transformationspotenzial von Bewegungen in einer Welt, in der



ständiger Wandel. Das ständige Auftauchen neuer Krisen prägt die Bewegungen für Klimagerechtigkeit.

Versuchen wir nun, eine vorläufige Karte zu erstellen, die die Spuren des Wandels in den westeuropäischen Bewegungen aufzeigt, wobei die Rolle der oben genannten Krisen berücksichtigt wird.

Einer der neuen Trends besteht darin, die Dringlichkeit, gegen die Nutzung fossiler Brennstoffe vorzugehen, durch wiederholte Blockadeaktionen zu politisieren und zu mediatisieren. Diese Aktionen folgen einer präzisen Interpretation des gewaltlosen zivilen Ungehorsams, die eine klare anglophone Matrix hat und auf die Figuren von Gandhi und Martin Luther King oder die Suffragetten zurückgeht. Es handelt sich um einen Ausdruck des Dissenses, der freiwillig eine Verhaftung nach sich zieht, um auf den Klimanotstand und die Dringlichkeit einer radikalen Politik aufmerksam zu machen, die der geordneten Äußerung von Angst, Wut und Verzweiflung durch Menschen, die in erster Linie aktiv sind, Raum gibt. Man könnte von einer echten politischen Kultur sprechen, die durch *Extinction Rebellion* und das *A22-Netzwerk* (dem *Ultima Generazione* angehört) in ökologischen und klimagerechten Mobilisierungen in ganz Europa und darüber hinaus Raum gewonnen hat. In Ermangelung von Massenmobilisierungen werden diese Aktionen des zivilen Ungehorsams, die auf persönlichen Opfern beruhen, zum wichtigsten Mittel, um die Aufmerksamkeit der Medien auf die Klimakrise zu lenken. Dies geschieht jedoch um den Preis einer zunehmenden und immer gezielteren Repression sowie einer Polarisierung der öffentlichen Meinung, die sich weitgehend gegen radikale Störaktionen stellt.

In der Zwischenzeit werden soziale Grundbedürfnisse wie der Zugang zu Einkommen, Nahrung, Wohnraum und Mobilität durch politische Ausarbeitungen und Forderungen gestärkt, die ganz im Zeichen der Klimagerechtigkeit stehen. Dies ist im Vereinigten Königreich seit der *Insulate Britain-Kampagne* von 2021 immer noch offensichtlich, und es ist in allen Ländern, in denen Klimamobilisierungen eine längere Geschichte und größere Ressourcen haben, d. h. in Nordeuropa, noch deutlicher zu erkennen.

Es gibt auch eine neue "klimatische" Konfiguration der Kämpfe zur Verteidigung der Territorien. Zum Beispiel in den italienischen Bergregionen, wo die Beschleunigung der Klimakrise am deutlichsten ist. Die Kämpfe gegen die Verwüstungen, die durch die Vorbereitungen für die nicht nachhaltigen Olympischen Winterspiele Mailand-Cortina 2026 verursacht werden, gehen einher mit dem Einzug der Klimagerechtigkeit in das Repertoire bestimmter historischer territorialer Widerstände wie in Valsusa, wo die Gemeinden, die gegen die HST kämpfen, mit der enormen Dürre und dem Mangel an Schneefall in den Alpen zu kämpfen haben. Auch der Kampf gegen den wilden Abbau von Marmor in den Apuanischen Alpen wird 2020 mit dem *Athamanta-Kollektiv* unter dem Banner der Klimagerechtigkeit wiederbelebt.

In anderen Ländern nehmen die territorialen Kämpfe das Paradigma der Klimagerechtigkeit auf nationaler und europäischer Ebene auf. So wie in Frankreich im Jahr 2023, wo sich *Soulevements de la terre* als gemeinsame Forderungsfront zwischen Ökologen und Kleinbauern für eine gerechte Verteilung der immer knapper werdenden Wasserressourcen konstituierte und sich materiell gegen das Horten von Wasser durch die agroindustriellen Giganten mittels Mega-Reservoirs wehrte. Es ist aber auch der Fall von Lützerath, dem deutschen Dorf, das Anfang 2023 dem Erdboden gleichgemacht wird, um den Ausbau eines Kohlebergwerks zu vollenden, der für die Regierung wegen des Abbruchs der russischen Gaslieferungen notwendig war. In diesem kleinen Ort leisteten Tausende von Aktivist*innen aus ganz Europa monatelang Widerstand. Doch selbst bei diesen wichtigen Beispielen zeigen sich auch Grenzen. Die Kraft, die aus Momenten großer Mobilisierung erwächst, korrespondiert mit zunehmender Repression und Militarisierung. Auf diese Weise werden selbst die Vorstellungen von einem alternativen und ökologischen Leben, die diese Widerstände nähren, brüchig, wenn sich das entfaltet, was Sandro Mezzadra und andere das "Kriegsregime" nennen. Kriege, ihre energetischen Ursachen und Folgen sowie ihre sozialen Konsequenzen bilden einen unlöslichen Knoten für ökologische Bewegungen. Ein Knoten, der unter der offensichtlichen Erschöpfung der historischen ökopazifistischen Perspektive leidet und der in Deutschland, mit den *Grünen* an der Regierung, besonders schwer zu wiegen scheint.

Darüber hinaus wurde nach der Pandemie die breite

Generationsdimension, die für die Streiks 2019 kennzeichnend war, als Klimamobilisierungen auf andere Forderungen trafen, die die neuen jugendlichen Subjektivitäten im Entstehen kennzeichneten, wo die Klimakrise begleitet wurde von



sozioökonomische und kulturelle Faktoren, die die Ungewissheit und Unsicherheit der Zukunft erhöhen.

Wir sind also Zeuge eines europäischen Rahmens von Bewegungen für Klimagerechtigkeit, der sicherlich dynamisch, aber auch fragmentiert ist, was die Bilder von der Zukunft und den Kampf angeht. Misstrauen und apokalyptische Vorstellungen lassen sich sowohl bei jüngeren als auch bei älteren Generationen leicht durchsetzen. Aber auch apokalyptische Vorstellungen sind nicht für alle gleich. Manchmal, vor allem in Italien, hat man den Eindruck, dass die Ängste vor dem Klimakollaps und vor der Eskalation des Krieges verschiedenen Generationen angehören und unterschiedlich bleiben. Wie zwei Katastrophen, die nicht miteinander sprechen, sondern den alten Kontinent bevölkern, der sich in einer wirtschaftlichen Abwärtsspirale befindet.

In diesem Sinne erscheint die Entwicklung einer Vorstellung von ökosozialer Konvergenz als der vielversprechendste Weg nach vorn, der inmitten großer Schwierigkeiten unter dem Radar funktioniert. Deshalb ist die von den ehemaligen GKN-Arbeitern mit der Gründung der GFF-Genossenschaft vollzogene Neuerung der Gewerkschaftsbewegung und der Produktion hin zu einem echten ökologischen Übergang ein inspirierendes Beispiel für ganz Europa.

Gewerkschaft und noch mehr von der Klimabewegung.

Auch die jüngste Welle bäuerlicher Mobilisierungen, die den gesamten Kontinent erschütterte, zeigt - nicht ohne Risiko und Reibung - die untrennbare Verbindung zwischen ökologischen und sozialen Fragen. Eine Verbindung, die wir erkennen müssen, wie Paola Imperatore und Emanuele Leonardi in *L'era della giustizia climatica* (Orthotes Editrice 2023) erklären

Um sich in dieser neuen und chaotischen Zeit zurechtzufinden, müssen wir uns von der Vorstellung verabschieden, dass Klimagerechtigkeit mit Studentestreikplakaten endet. Andererseits beschränkt sich Greta Thunberg selbst nicht mehr auf diese Plakate, sondern lässt sich zur Verteidigung von Lützerath verhaften und spricht sich gegen das Gaza-Massaker aus, komplett mit Keffiyeh um den Hals. Klimagerechtigkeit ist eben auch dieses "Segeln im Sturm".



"Lakshmi Thevasagayam und Luisa Neubauer in Lutzerath" von Stefan Müller (CC BY-NC 2.0 DEED)



Das Europäische Netzwerk von Attac 25 Jahre Aktivismus

von
Stefano Riso
(Attac Italien)

Nach 25 Jahren muss über das Netzwerk der Attac-Vereinigungen nachgedacht werden, wobei der Schwerpunkt auf der internationalen und insbesondere der europäischen Dimension liegen sollte.

Die Vision ist natürlich global (Attac ist auch in Japan vertreten), aber enger und kontinuierlicher ist die Zusammenarbeit zwischen den europäischen Attac-Verbänden. Und auf diesem Terrain, dem europäischen, hat sie sich hauptsächlich entwickelt

die internationale Tätigkeit von Attac Italia.

Der derzeitige entmutigende Zustand Europas erfordert Nachdenken.

Ein Zustand, der durch eine akzentuierte Subalternität gegenüber dem nordamerikanischen Verbündeten gekennzeichnet ist, und, was noch schwerer wiegt, durch die Unfähigkeit, ein Akteur der Energiewende zu sein, weil sie in eine neoliberale Ideologie verstrickt ist, die jede notwendige, dem Augenblick angemessene Entschlossenheit verhindert. Die Rückkehr des grimmigen Monetarismus des Stabilitätspakts, die Blindheit der europäischen herrschenden Klassen gegenüber der dramatisch wachsenden Ungleichheit bereiten den Boden für die Rückkehr alter rassistischer Nationalismen.

Darüber hinaus ist in diesem Rahmen der begriffliche Unterschied zwischen der Europäischen Union und Europa (geografisch, historisch, kulturell) verloren gegangen, wodurch eine ernsthafte politische Debatte mit einer echten europäischen Perspektive unwahrscheinlich, wenn nicht gar unmöglich wird.

Dieses Vorwort zu einer kurzen Zusammenfassung war notwendig



"Attac SommerAkademie 2018. Widerstand zur rechten Zeit" von ATTAC Österreich (CC BY-SA 2.0 DEED)



der Kranich Iodis

unserer Aktionen und unserer Präsenz auf europäischer Ebene.

Zu Beginn dieses Jahrhunderts, nach dem *Sozialforum*, bei dem das Attac-Netzwerk eine wichtige Rolle spielte, wurde ein spezielles Netzwerk für die Kommunikation und Zusammenarbeit zwischen europäischen Attacs ins Leben gerufen: das *Europäische Attac-Netzwerk* (EAN).

Dieses Netzwerk ist wahrscheinlich das einzige, das auf europäischer Ebene nach etwa einem Vierteljahrhundert zwischen altermondialistischen Realitäten besteht, die nicht nur in einem bestimmten Bereich tätig sind oder sich durch einen bestimmten ideologischen Zusammenhalt auszeichnen. Damit sollen keineswegs andere wichtige und wertvolle Formen der Netzwerkzusammenarbeit geschmälert werden (man denke nur an das Europäische Netzwerk für öffentliches Wasser oder die Netzwerke Fighting for Peace), sondern die Möglichkeiten genutzt werden, die ein Netzwerk bietet, das verschiedene Interventionsthemen mit den verschiedenen europäischen Ländern, in denen sie stattfinden, verbindet.

Im Laufe der Jahre hat sich das Netz der Vereinigung Attac weiterentwickelt, und zu seiner Funktion als technische Struktur ist allmählich mehr politische Konfrontation hinzugekommen. Ein Vergleich, der früher *Mailinglisten* und *Newslettern* anvertraut war. Auch die Art der Kontakte hat sich geändert: Die zweimal jährlich stattfindenden Treffen während der Pandemie wurden durch kürzere, engere *Online-Treffen* ersetzt. Jetzt finden die persönlichen Treffen wieder statt, während die engeren *Online-Treffen* ebenfalls beibehalten werden.

Die Zahl der teilnehmenden nationalen Verbände hat sich zwar verringert, aber mit dem Beitritt der bedeutenden britischen NRO **Global Justice Now** (GJN) vor etwa zehn Jahren hat sie einen wichtigen Beitrag geleistet.

Derzeit sind folgende Attac-Verbände ständig vertreten: Attac Frankreich, Attac Deutschland, Attac Belgien, Attac Österreich, Attac Spanien, Attac Italien, Attac Norwegen, Attac Ungarn und GJN Großbritannien. Andere nationale Vereinigungen sind abwechselnd aktiv und nehmen manchmal die Kontakte wieder auf.

Nationalen haben die verschiedenen Verbände bei bestimmten Themen ihre eigenen Stärken. Wir Italiener, zum Beispiel, sind wurden scherzhaft, aber mit Bedacht, als "*Wasservolk*" bezeichnet. Unsere Vorschläge für Volksinitiativgesetze (insbesondere der Vorschlag zur Cassa Depositi e Prestiti) haben bei Attac Frankreich großes Interesse geweckt. Attac Spanien hat ein interessantes Projekt gestartet

zwischen Afrika und Europa anzugehen. An der letzten EAN-Sitzung vor der Pandemie (Januar 2020) nahm Attac Togo teil. Alo Lemou, der brillante junge Sekretär von Attac Togo, starb wenige Monate nach dem Treffen eines natürlichen Todes. Traurig,

die europaweite Kampagne für eine gemeinsame Steuerpolitik, an der wir uns beteiligen (ein [Artikel von Attac Spanien](#) zu diesem Thema findet sich in dieser Ausgabe von *The Grain*). Die Analyse und Studie von Attac Norwegen über die Beziehung zwischen Finanzen und Übergang und digitaler Demokratie liefert wichtiges Material. Das GJN hat sich mit wichtigen Aspekten der Gesundheitsversorgung befasst.

Diese Liste ist notwendigerweise kurz. Es ist jedoch erwähnenswert, dass Attac Frankreich und Attac Deutschland (die zahlreichsten Organisationen) eine Vielzahl von Aktionsbereichen mit einer beträchtlichen organisatorischen Kapazität zur Vorbereitung von Veranstaltungen von internationaler Bedeutung verbinden. Für eine korrekte Analyse der europäischen Situation, nicht nur der Europäischen Union, ist es wichtig, dass zwei wichtige Organisationen (GJN Großbritannien und Attac Norwegen) europäische Länder vertreten, die nicht Mitglied der Europäischen Union sind.

Aufgrund der sich verschärfenden politischen Konfrontation und der externen Komponente der sich verschärfenden Krisen, die Europa (nicht nur die Europäische Union) betreffen, ist es jedoch problematisch, einige Themen umfassend zu behandeln. Insbesondere die Migration, die Schulden und vor allem der Krieg (oder die Kriege).

Es gibt sicherlich keine allgemeine Vielfalt beim Thema Migration, denn die Sensibilität ist je nach dem Ausmaß des Phänomens in den verschiedenen Ländern unterschiedlich. Der Ansatz der Treffen im Rahmen des [Sabir Festivals](#) mit der Teilnahme von Vertretern anderer Attac-Vereinigungen wird jedoch sehr geschätzt.

Obwohl es keine Überschneidungen mit dem Thema Migranten gibt, ist es dennoch interessant zu wissen, dass vor der Pandemie die Idee einer Zusammenarbeit mit einigen afrikanischen Attac-Verbänden Gestalt annahm, um das Thema der Beziehungen



Die enormen Schwierigkeiten bei der Freizügigkeit (Kosten und Visa) unserer afrikanischen Freunde machen diesen Prozess kompliziert, von dem wir hoffen, dass er nur aufgeschoben wird.

Auch bei der Verschuldung gibt es Probleme, da eine gemeinsame Analyse schwierig ist. Der Grund dafür ist jedoch der Mangel an Informationen über die Mechanismen der Schuldenbildung in Ländern, in denen das Problem (noch) nicht so präsent ist. Die Zusammenarbeit mit dem Komitee für die Abschaffung der illegalen Verschuldung (**CADTM**) hilft jedoch, dieses Hindernis zu überwinden.

Anders und komplexer ist die Frage der unterschiedlichen Analyse und Haltung gegenüber dem Krieg (oder vielmehr den Kriegen).

Die unterschiedlichen Vorstellungen bestehen nicht nur zwischen den Verbänden, sondern natürlich auch zwischen den Personen innerhalb der Verbände. Insgesamt zeigen sich jedoch Unterschiede zwischen den Verbänden.

Ich glaube, dass es ein Erfolg war, Verletzungen zu vermeiden. Wir müssen jedoch über die Ursprünge dieser Unterschiede nachdenken, die auf unterschiedliche kulturelle Traditionen und Empfindlichkeiten zurückzuführen sind. Es liegt auf der Hand, dass das historische Erbe in einigen Fällen eine Hemmschwelle für scharfe Kritik am Verhalten der israelischen Regierung in Gaza darstellt. Dies ist eine Tatsache, die bleiben wird.

Man muss sich bemühen zu verstehen, dass diese Unterschiede nicht nur aus rein geografischen (also geopolitischen) Unterschieden resultieren, die historisch verwurzelte Sympathien und Misstrauen in den Völkern hinterlassen, sondern auch aus einem tiefen, inhomogenen kulturellen Substrat.

Eine sofortige logisch-rationale Herangehensweise an einen Konflikt führt zu einer radikalen Trennung von Recht und Unrecht, manchmal unter juristischen, manchmal unter moralischen Gesichtspunkten, wobei alle Konsequenzen gezogen werden.

Diejenigen, die in einer Tradition geboren sind, die den Konflikt als eine historische Tatsache betrachtet, die durch eine Komplexität von Faktoren (historisch, geografisch, wirtschaftlich, kulturell, religiös usw.) bestimmt wird, die ihrerseits durch andere Tatsachen bestimmt werden, können auch folgende Schlussfolgerungen ziehen

radikal unterschiedliche Folgen. Dies ist nicht der richtige Ort, um diese Aspekte zu vertiefen oder zu analysieren (abgesehen davon, dass d e r Verfasser über keine geeigneten Instrumente verfügt).

Es gilt, diesen Aspekten, dieser tieferen Ebene, im Dialog über diese Themen besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Wenn man dem Gesprächspartner den Respekt für seine intellektuelle Ehrlichkeit verweigert, könnte dies zu schrecklichen, vielleicht irreparablen Rissen in der altermondialistischen Bewegung führen.

Die Notwendigkeit, dramatische Brüche zu vermeiden, muss insbesondere bei Treffen zwischen einer großen Anzahl von Aktivisten aus verschiedenen europäischen Ländern berücksichtigt werden.

Es gibt eine weitere wichtige Form der Verbindung zwischen den europäischen Attac-Vereinigungen: die **Europäischen Sommeruniversitäten** (ESU). Diese Sommertreffen sind aus den Universitäten der einzelnen Attac-Vereinigungen hervorgegangen. Der Name und die Tradition leiten sich von der französischen *Université d'été ab*, bei der sich Parteien, Gewerkschaften und Verbände vor der Rentrée nach den Sommerferien ein paar Tage zum Lernen und Nachdenken anbieten.

Seit 2008 werden die ESUs des Europäischen Attac-Netzwerks alle drei Jahre organisiert. 2008 in Saarbrücken (Deutschland), 2011 in Freiburg (Deutschland), 2014 in Paris (Frankreich), 2017 in Toulouse (Frankreich) und 2022, wegen der Pandemie verschoben, in Mönchengladbach (Deutschland).

An diesen Veranstaltungen nahmen stets zwischen 1.700 und 2.500 Teilnehmer und sind eine hervorragende Gelegenheit, Erfahrungen und Meinungen zwischen Aktivisten aus verschiedenen Ländern kennenzulernen und auszutauschen. Anders als bei ähnlichen Aktivitäten ist die Arbeitssprache nie nur Englisch, sondern es wird immer eine zweite Sprache garantiert. Dies ist sehr wichtig für Aktivisten, die, auch aus Altersgründen, nicht an Englisch (und nur Englisch) als Arbeitssprache gewöhnt sind.

Die Beteiligung ist überwiegend französischsprachig (Attac Frankreich, Attac Belgien und Attac Schweiz) und deutschsprachig (Attac Deutschland, A t t a c Österreich und Attac Schweiz), andere Sprachräume sind jedoch im Kommen. Leider sind wir Italiener sehr wenig präsent, obwohl wir relativ häufig als Redner oder Teilnehmer an Debatten anwesend sind. Manchmal übersteigt die Zahl der offiziellen italienischen Redner die Zahl der

einfachen Teilnehmer. Spanische Freunde,



Ausgehend von einer ähnlichen Situation wie bei uns haben sie ihre Präsenz schrittweise erhöht und verstärkt, indem sie ebenfalls mit geflüsterten Übersetzungen in kleinen Gruppen begannen (mit der so genannten *Chouchoutage-Technik*).

Was noch wichtiger ist, ist, dass diese Sommeruniversitäten nicht nur dem Namen nach, sondern ganz konkret von Attac, sondern von den sozialen Bewegungen getragen werden.

Diesen Europäischen Universitäten gingen ab 2006 Treffen voraus, die direkt von einigen Gebietsausschüssen organisiert wurden. In Weimar, dann in Berlin und Toulouse. Die Zahl der Teilnehmer war natürlich viel kleiner, aber sie brachten die Frische direkter Treffen zwischen Aktivisten zurück. Im Jahr 2009 wurde in Nanterre ein allgemeines Treffen von Militanten organisiert (diesmal mit breiter Unterstützung der EAN), an dem eine zahlenmäßig gleiche Anzahl von ESU-Teilnehmern teilnahm.

In viel kleinerer Form gibt es auch die Teilnahme einzelner Aktivisten an Sommeruniversitäten in anderen Ländern. Auf der Ebene der einzelnen Verbände ist eine große Initiative zum Nachdenken über Europa (und nicht nur über die Europäische Union) zu erwähnen, die von Attac Deutschland 2018 in Kassel organisiert wurde,

mit mehr als 800 Teilnehmern. Es war ein authentisches Beispiel für die Selbstbildung des Volkes auf höchstem Niveau.

Die direkte Teilnahme von Aktivisten (oder einfach nur Interessierten) an diesen Veranstaltungen ist von großer Bedeutung, da dies nicht nur Gelegenheiten zur Selbstbildung im wahrsten Sinne des Wortes (und noch mehr zur Motivation) sind, sondern auch großartige Gelegenheiten, um jene Verbindungen herzustellen, die die Schaffung eines gemeinsamen Bewusstseins in verschiedenen Ländern und die Entwicklung gemeinsamer Kampagnen ermöglichen.

In diesem Sinne bietet sich Ende April 2024 in Marseille eine großartige Gelegenheit für das Treffen **des Europäischen Gemeinsamen Raums für Alternativen** (ECSA), das auf das Treffen in Florenz im Jahr 2022 folgen wird und auf das *in einem* anderen Artikel in dieser Ausgabe von *Il Granello* näher eingegangen wird.

Die Einladung lautet, sich Ende April 2024 in Marseille mit möglichst vielen von uns zu treffen.



"Attac 20151003_Flüchtlinge Willkommen" von ATTAC Österreich (CC BY 2.0 DEED)



Europa und die Unterdrückung von Konflikten social

Herausgegeben von
Italo Di Sabato
(Beobachtungsstelle für Repression)

Die strengen Finanzgesetze der Europäischen Union haben zu einer Vorstellung von Europa beigetragen, die vor allem als ein korporatives System konzipiert ist, dessen Mitglieder ihr Ansehen von ihrer Fähigkeit abhängen, über die Runden zu kommen, und nicht vom Wohlergehen seiner Bewohner.

Die Debatte über politisch-ökonomische Entscheidungen wird an diejenigen delegiert, die über die technischen Fähigkeiten verfügen, die "Mechanismen des rationalisierten, mechanisierten und finalisierten Sozialen", wie Michel Maffesoli sie nennt, in die Praxis umzusetzen.

Die europäische Jugend, die zu Beginn des neuen Jahrtausends aufzusteigen schien, hat erlebt, wie ihre wirtschaftlichen und kulturellen Grundlagen an der Wurzel untergraben wurden, während die Flexibilität der Arbeit ihre existenzielle Unsicherheit und ihr Nomadenleben sanktioniert hat, auch wenn sie den Kontrollen an den Binnengrenzen entkommen ist.

Die Diskrepanz zwischen dem *Regieren* und den europäischen Bürgern hat zu einer strukturellen Krise der Repräsentation geführt, die sich mit der Zeit noch verstärkt.

Die offensichtliche neoautoritäre Wendung, in die die Europäische Union gerät, ist nicht zufällig, sie wird nicht durch obskure exogene Kräfte oder komplexe sozio-politische Prozesse verursacht. Sie ist vielmehr Ausdruck der Phase, in die wir eingetreten sind, der vollständig ordoliberalen Phase des *Regierens* in der Union. Eine Phase, in der zum Neoliberalismus ein Leviathan hinzukommt, der den Prozess der Enteignung von unten nach oben, von den Vielen zu den Wenigen, polizeilich steuert und die Demokratie seinem Willen unterwirft, während er Territorien und Leben militarisiert.

Eine Europäische Union, reduziert auf eine Reihe von Disziplinierungs- und Kontrollmechanismen. Der permanente Ausnahmezustand schweißt das Strafrecht der



"Blauhelme" von Federico Filippini (CC BY-NC-ND 2.0 DEED)



der Kranich Iodis

Spezifische Einsatzbereiche beschränkt - immer weiter ausgedehnte werden, ohne dass diese neue europäische Polizei

Feind des Stigmas von Schuld und Schuldgefühlen, der Verurteilung von Lebensformen, die als nicht "anständig" oder einfach als dysfunktional für den kapitalistischen Wert angesehen werden.

Um das Bild der Veränderungen bei den Repressionsmitteln zu vervollständigen, könnte man noch das Verwaltungs- und Arbeitsrecht hinzufügen, das immer mehr zum Handelsrecht wird, sowie die Verringerung des Raums für die Ausübung von Konfliktformen am Arbeitsplatz (Einschränkung des Streikrechts), aber auch eine völlige Verlagerung der Befugnisse auf Präfekturen, Polizeipräsidien und Gemeinden, polizeiliche und territoriale Einrichtungen, die außerhalb der ordentlichen Gerichtsbarkeit stehen und daher keine Gerichtsverfahren, keine Möglichkeit der Berufung und keine Möglichkeit der Verteidigung vorsehen.

Es gibt also eine biopolitische Drift der zeitgenössischen Macht. Gilles Deleuze hatte Recht: *"Der zeitgenössische Ausnahmezustand wird unmittelbar zum Staat der Kontrolle"*.

Es gibt also ein autoritäres Wiederaufleben jeglicher Segregation, das in erster Linie soziale Aktivisten betrifft. Es handelt sich um den globalen Verbrecherstaat, eine Demontage der Rechtsstaatlichkeit, sowohl in Form als auch in Inhalt. Eine Unterordnung der Justiz unter den Polizeiapparat. Es handelt sich nicht nur um eine Aussetzung des Rechts und eine Einschränkung der Mechanismen zum Schutz der Grundfreiheiten im Namen des Notstands, sondern die Besonderheit der jüngsten Sondergesetzgebung liegt in ihrer allgemeinen Tragweite, die die gesamte Bevölkerung betrifft. Eine echte Umwälzung des Strafrechts und eine globale Umgestaltung des Verhältnisses zwischen Gesellschaft und Staat.

Eine europäische Sicherheitsdrift, die sich unter Bedingungen eines absoluten Demokratiedefizits herausgebildet hat. Enorm weitreichende Neuerungen in der Straf- und Sozialkontrollpolitik, die ohne jegliche Kontroll- und Steuerungsfunktion der Institutionen der repräsentativen Demokratie zustande kamen.

So haben beispielsweise die Shengen-Abkommen die Regelung des Personenverkehrs revolutioniert, indem sie de facto eine Verallgemeinerung des Status der Illegalität einleiteten, oder die Einrichtung der

*Rosalba" von
Notavinfo Notav*

vorbehaltlich einer wirksamen gerichtlichen Kontrolle durch den Gerichtshof.

Das völlige Fehlen einer Debatte über die Entscheidungsprozesse, auf deren Grundlage das neue europäische Strafrechtsszenario definiert wurde, der Mangel an Informationen, die schlechte Zugänglichkeit offizieller Dokumente und der bewusste Ausschluss von Gruppen, Verbänden und Organisationen, die im Bereich der sozialen Rechte tätig sind, führten dazu, dass die Wahrnehmung der Geschehnisse so abstrakt wie eh und je war, weit entfernt von direkter Erfahrung, beeinflusst durch die Manipulation der Medien und daher geschützt vor breiter Kritik.

Andererseits wurden die Subjekte, gegen die sich der neue Horizont des Notstands abzeichnete - in erster Linie Migranten und Flüchtlinge, die zunehmend mit potenziellen Terroristen gleichgesetzt wurden, aber auch antiliberale Bewegungen (man denke an die Ereignisse in Genua während des G8-Gipfels im Juli 2001 oder in Hamburg während des G20-Gipfels im Juli 2017) - zum Gegenstand einer medialen Überrepräsentation gemacht, die dazu beitrug, die Figur des öffentlichen Feindes zu skizzieren, gegen den eine wütende öffentliche Meinung mobilisiert werden sollte.

Die Festlegung der Grenzen, die Schaffung einer hochselektiven Strafgewalt, die Konstruktion von Staatsfeinden, die populistische Legitimierung rassistischer und liberalistischer Strömungen und die Kontrollpolitik sind die wichtigsten Elemente, die die Europäische Union eingesetzt hat, um ihre "Festung" zu errichten und die





und allen Auseinandersetzungen werden immer die Flügel gestützt werden.

Sicherheit eines der inspirierenden Motive und eine der Grundlagen der neuen Staatsbürgerschaft. Bei aller Rhetorik über "liberale Demokratie" und "Freiheit" ist Europa still und leise zu einer Brutstätte der politischen Unterdrückung geworden. All dies zeigt, dass die verschiedenen europäischen Regierungen gewillt sind, soziale Realitäten zu unterdrücken, die das Recht einfordern, selbst zu entscheiden, wie sie leben, wo sie leben und unter welchen Bedingungen sie arbeiten wollen.

Man fragt sich, ob es im Europa der Krise noch einen Raum gibt, der nicht in irgendeiner Weise von der Ausnahme betroffen ist, und selbst wenn dieser Begriff als bloßes Synonym für Außergewöhnlichkeit verstanden wird, hat er wichtige Implikationen in Bezug auf das Recht. Die Sphäre des Juristischen ist nicht nur Ausdruck der Technik, sondern auch einer der tiefgreifendsten Aspekte des Politischen: die ständige Neudefinition der Grenzen von Legalität und Illegalität, von Legitimität und Illegitimität, diese Art von Pendel, das die Legalität darstellt. Wir wissen, dass die Befehlskette komplexer ist und dass die Richtlinien, die die nationalen Gesetzgebungen anregen, oft von der Mitte Europas in die einzelnen nationalen Rechtssysteme ausstrahlen. Die Sphäre des Rechtlichen ist ein Konfliktfeld, in dem jedoch nur eine der Parteien gerüstet ist.

Es führt kein Weg daran vorbei, eine politische Intervention zum Thema Legalität zu konstruieren. Die Eröffnung einer Diskussion ist ein Versuch, noch vor einer konkreten Lösung einen Horizont zu definieren: eine Strategie zu erarbeiten, die den zentralen Knotenpunkt des entstehenden Konflikts identifiziert, nämlich den Angriff auf die eigentliche Legitimität des faktischen Dissenses, auf die Möglichkeit, dass Bewegungen existieren und sich in den Weg stellen können, um ein zunehmend oligarchisches System zu blockieren. Keine Kritik an der gegenwärtigen liberalistischen Gesellschaft kann ohne eine gleichzeitige Infragestellung des kriminellen Apparates, der sie stützt, Erfolg haben. Dazu muss das justizialistische Gerüst, das in den letzten Jahrzehnten aufgebaut wurde, abgerissen werden, denn ohne einen wirklichen politischen Paradigmenwechsel, der sich ein für alle Mal von der Justiz- und Strafrechtsideologie befreit werden soziale Kämpfe niemals Legitimität er



Die Bibliothek muss her: Das Projekt von Attac Palermo, unterstützt von der Waldenser Tafel

herausgeg

eben von Rita Masseria, Donatella Natoli,
Isabella
Rot, Teresa Vinci
(Gruppe von Attac Palermo-Mitarbeitern)

Das Projekt *L'indistruttibile Babele fra libri e piante. Die Bibliothek*, die in der Gesamtschule Maneri-Ingrassia-don Milani (2. Bezirk von Palermo) *benötigt wird*, wurde von der Vereinigung Attac Italia Anfang 2022 der Tavola Valdese zur finanziellen Unterstützung vorgeschlagen.

Bei einem früheren Projekt hatten die Mitarbeiter von Palermo bereits mit Lehrern und Schülern einen Vorbereitungskurs für die Einrichtung einer Bibliothek in der Schule entwickelt. Im Herbst 2022, nachdem wir die beantragte Unterstützung von der Tavola Valdese erhalten hatten, machten wir uns erneut auf den Weg, um das Ziel der Eröffnung der Schulbibliothek zu erreichen, die bereits untersucht und durchdacht worden war, indem wir einige spezifische Merkmale entwickelten, die wir gemeinsam mit den Schülern erdachten:

- innerhalb der Schule war es das Ziel, die Sichtweise der Lehrmethodik zu verändern, indem man über die Disziplinen hinausgeht und mit der Transversalität des Wissens experimentiert,
- Außerhalb der Schule war es das Ziel, auf die Bedürfnisse der lokalen Umgebung einzugehen, um





mit ihnen zu interagieren und Fachwissen von außerhalb der Schule zu begrüßen.

In der Vorbereitungsphase war es wichtig, die Beziehungen zum Stadtbezirk, zum städtischen Bibliothekspol und zu den kulturellen und sozialen Vereinen in der Umgebung wiederherzustellen, denn unser Wunsch ist es, dass Initiativen und Projekte innerhalb und außerhalb der Schule so weit wie möglich geteilt und mitgestaltet werden können.

Die wichtigsten Protagonisten bleiben jedoch die Kinder, Mädchen und Erwachsenen, die in den Vierteln des 2. Den Schülern haben wir im Rahmen des Unterrichts Workshops zum Vorlesen, zur Präsentation und Animation von Büchern gewidmet, und vor allem haben wir kreative Wege entwickelt, um mit aufkommenden Themen umzugehen, über die wir in einem wechselseitigen Bezug von literarischen und künstlerischen Texten Überlegungen anstellen.

In der letzten Februarwoche konnten wir unsere Türen für die Erwachsenen öffnen, und in dieser kurzen Zeit haben wir uns mehrmals getroffen, aber vor allem ist es uns gelungen, eine

Einigung über einige grundlegende Fragen:

- um in einem Gebiet positiv zu intervenieren, muss man es gut kennen und daher die Notwendigkeit gemeinsam Ortsbegehungen in Begleitung von Experten,
- Für einen positiven Austausch ist es notwendig, die Projekte der Stadtverwaltung in diesem Bereich zu kennen und die Möglichkeit zu haben, sie gemeinsam zu diskutieren. Zu diesem Zweck haben wir den Bürgermeister und die Ratsausschüsse zu möglichen Treffen eingeladen,
- Um ein besseres Leben zu beginnen, muss jeder von uns bei sich selbst anfangen, und zu diesem Zweck begannen wir, über den Lebensstil und die mediterrane Ernährung für die Gesundheit des Einzelnen, der Gemeinschaft und des Planeten zu sprechen. Wir begannen, die Gründe für den radikalen Wandel in der menschlichen Ernährung nach dem Zweiten Weltkrieg zu erörtern, der schwerwiegende Auswirkungen auf die Gesundheit hatte, da vor allem im Mittelmeerraum die gesunden Ernährungsgewohnheiten





kann die Idee der Veränderung leben und entwickeln, die von denjenigen gewünscht wird, die in den großen Härten eines peripheren und degradierten Bezirks leben, der jedoch große Ressourcen birgt.

seit Jahrtausenden ähnlich gehalten.

Nachmittags, parallel zu den Treffen mit den Erwachsenen, unterhält eine Attac-Mitarbeiterin die Kinder im Raum der Kinderbibliothek mit Vorlesen, kostenlosen Lesungen und kleinen Workshops.

In der Zwischenzeit hat die Schule zusammen mit Lehrern und Mädchen die Grünfläche vor der Bibliothek gestaltet, eine Gelegenheit, eine Studie über die Bedeutung von Grün für das Leben auf unserem Planeten und damit auch über den Klimawandel zu beginnen.

Die Bibliothek wurde am 21. März 2023 offiziell eingeweiht und nach Malàla benannt, der jungen pakistanischen Friedensnobelpreisträgerin, die sich weiterhin für den Zugang zu Bildung für alle Kinder in ihrem Land und auf der ganzen Welt einsetzt. Wir möchten, dass diese Bibliothek ein Ort wird, an dem

Wir glauben, dass eine offene Bibliothek das Schloss sein kann, das die erstickenden sozialen Organisationen aus den Angeln heben kann, die junge Menschen daran hindern, ihre Fähigkeiten voll zu entfalten und glückliche und gesunde Entscheidungen für ihr Leben zu treffen. Wir glauben, dass die Schaffung von Orten der Begegnung, des Austauschs und der städtischen, kulturellen und künstlerischen Planung, an denen Jugendliche und Erwachsene teilnehmen können, das wirksamste Mittel ist, um Mafia, kulturelle Benachteiligung und soziale Ausgrenzung zu bekämpfen und gleichzeitig eine echte Beteiligung zu fördern.

Das Projekt wird von Tavolo Valdese unterstützt.

**otto
8 per
mille**
CHIESA VALDESE
UNIONE DELLE CHIESE METODISTE E VALDESI





Index

EDITORIAL

Trans-Europa-Express 2
(Vittorio Lovera)

Gibt es Europa noch? 6
(Marco Bersani)

AUSTERITY

Die Europäische Union und ihre Neugründung 9
(Eric Toussaint)

Reform des Stabilitätspakts: Gleicher Inhalt, neue Strategie 12
(Matteo Bortolon)

ESM: vom Notfall zur Normalisierung (gescheitert?) 15
(Matteo Bortolon)

Steuerprogressivität versus Ungleichheit 18
(Antonio De Lellis)

Von Vorschlägen zu Taten: eine Attac-Kampagne für ein gerechtes und progressives europäisches Steuersystem 20
(Domenico Tinelli)

FRIEDEN KRIEG

Europa zieht in den Krieg 22
(Raffaella Bolini)

Das ungezügelte europäische Wettrüsten 26
(Elio Pagani)

Ausstieg aus der Kriegswirtschaft, für eine Wirtschaft des Friedens 29
(Antonio De Lellis)

KLIMAKRISE

Europa und die Klimakrise: Was ist aus dem Green Deal geworden? 32
(Paolo Cacciari)

Europa im Rückwärtsgang bei der Klima- und Energiewende 37
(Mario Agostinelli)

Ein ESRB ist geboren. Die ersten 44 Katzen der Energiewende 39
(Alessandra Filabozzi und Vittorio Lovera)

LANDWIRTSCHAFT

Europa, Fonds, Klimakrise und Landwirtschaft 43
(Antonio Onorati)



das Magazin für ein neues Sozialmodell von Attac Italien

WELFARE

Das Recht auf Existenz 48
(Roberto Ciccarelli)

DIGITALE RECHTE

Digitale Rechte: Die ganze Kurzsichtigkeit Europas 51
(Marco Schiaffino)

MIGRATIONS

Das Recht auf Asyl in Europa heute 54
(Mariacristina Molfetta)

Flüchtlinge am Tor zu Europa: vor, während und nach der Ausschiffung 56
(Chiara Marchetti)

DEMOKRATIE

Die Europäische Union und ihre Krisen 58
(Franco Russo)

Das besiegte Europa sucht nach Einheit im Krieg 61
(Piero Bevilacqua)

EUROPA UND ANDERE KONTINENTE

Europa e die Sackgasse von internationalen Handels 64
(Monica Di Sisto)

Europa-Afrika: neue Worte, alter Kolonialismus 67
(Marco Bersani)

EUROPAEISCHE BEWEGUNGEN

Für eine Konvergenz der Bewegungen 71
(Roberto Morea)

Anmerkungen für einen Kompass der Bewegungen für Klimagerechtigkeit in Europa 73
(Alberto Manconi)

Attac Europäisches Netzwerk: 25 Jahre Aktivismus 76
(Stefano Risso)

Europa und die Verdrängung von sozialen Konflikten 80
(Italo Di Sabato)

Die notwendige Bibliothek: Ein Projekt von Attac Palermo, unterstützt von Tavolo Valdese 82
(Rita Masseria, Donatella Natoli, Isabella Rosso, Teresa Vinci)

diese Ausgabe wurde realisiert von:

Marco Bersani
Vittorio Lovera
Riccardo Arizio
Fiorella Bomé
Fiorenza Bettini
Alessandra Filabozzi
Roberto Guaglianone

zu dieser Ausgabe beigetragen:

Luisa Mortola
Stefano Biserni
Corrado Conti
Mauro Giampaoli
Giovanni Maniscalco
Marco Noris